

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3.00 Mk. monatlich, 1.10 Mk. vierteljährlich, 3.00 Mk. halbjährlich, 5.00 Mk. jährlich. Einzelhefte 10 Pf. Sonntagshefte 15 Pf. Postgebühren sind in den Preisen eingeschlossen. In den Postämtern sind die Postgebühren zu zahlen. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Wochentag täglich außer Montags.

**Die Interaktions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgeheften Kolonienzeitung oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Sammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehgedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Jede über 15 Buchstaben gehende für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 2. März 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Das Verdikt von Dessau.

Es ist ein Verdikt über ein System, das am Donnerstag zu Dessau im Schwurgerichtssaale gefällt worden ist. Nicht der Präsident des Gerichts hat es verkündet, aber festgelegt ist es worden in den Tatsachen, die die Verhandlung festgestellt hat. Das Verdikt über das System der Verleumdung der Sozialdemokratie, über eine elende Praxis, die nie in üppigerer Fülle prangte, als in den Tagen des verflorenen Wahlkampfes und die seitdem mit verstärkten Kräften weiter geübt wird. Nachdem es in den Kolonialwahlen gelungen ist, den Sozialdemokraten Mandate abzugewinnen, sind unsere Feinde, entzückt von dem unerwarteten Erfolg ihrer Lügenpraxis, eifriger denn je im Verleumdung der Arbeiterbewegung. Sie meinen, wie der Oberst Kottwitz in Meißens Prinz von Homburg an jener Stelle, die der Kaiser in seiner Stichwahlrede zitierte: „Die Kunst jetzt lernten wir, ihn zu besiegen — Und sind voll Lust, sie ferner noch zu üben.“ Ob ein mit solchen Mitteln ersuchter Sieg dauernde Erfolge verbürgt, das kümmert diese kurzfristigen Augenblickspolitiker nicht. Und wenn sie's selbst einsehen, sie müssen ja froh sein, über jede noch so kurze Galgenfrist, die sie sich erkaufen oder erlisten können. Und so denken sie mit dem Obersten Kottwitz des Meißenschen Dramas, der dem Kurfürsten auf seine Worte: „Den Sieg nicht mag ich, der ein Kind des Zufalls mir von der Bank fällt“, erwidert:

„Was kümmert dich, ich bitte dich, die Regel,  
 Nach der der Feind sich schlägt; wenn er nur nieder  
 Vor dir mit allen seinen Zähnen sinkt?  
 Die Regel, die ihn schlägt, die ist die höchste.“  
 Und so sind sie voll Lust, die Kunst des Verleumdens ferner noch zu üben — „die Regel, die ihn schlägt, die ist die höchste“!

Mit Hier hat sich deshalb die bürgerliche Presse — wenige Blätter ausgenommen — auf die Schauergeschichte vom sozialdemokratischen Mord in Klein-Möhlan gestürzt, die der anhaltische Staatsminister v. Dallwitz, den „Zeitsstellungen“ eines eifrigen Staatsanwalts vorzeitig vertrauend, im Landtage des Herzogtums Anhalt als Waffe gegen die Sozialdemokratie benutzt hatte. Ein freisinniges Blatt, die „Vossische Zeitung“, war bezeichnenderweise das erste Berliner Blatt, das diese Rede des Herrn v. Dallwitz brühwarm seinen Lesern vorsetzte und das sich ebenso wie seine ehrenwerte Nachtreterin, die „Nordd. Allg. Ztg.“, das Blatt des Kanzlers, beharrlich geweigert hat, die Entgegnung und Widerlegung des Genossen Peus seinen Lesern vorzulegen, obgleich es selbst bei der Wiedergabe der Ministerrede heuchlerisch bedauert hatte, daß ihm die Erwiderung des Abg. Peus auf diese „furchtbare Anklage“ nicht mitgeteilt worden sei!

Jetzt, wo die freche kurzzeitige Lüge von der Wahrheit eingeholt und schmähtlich erwidert worden ist, wo die Verhandlung Licht verbreitet hat über Tat und Täter, über Opfer und Begleitumstände, jetzt ist es Zeit, sich die Veröffentlichung der „Vossischen Zeitung“ und der „Nordd. Allg. Zeitung“ noch einmal in ihrer ganzen Pracht zu vergegenwärtigen. Sie lautete:

„Nach staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen ist in Klein-Möhlan, wie der Minister v. Dallwitz im Landtage bekannt gab, ein junger, tüchtiger Arbeiter, der den Abg. Schrader gemöht hatte, weil er es verheimlicht hat, seine nationale Gesinnung zu verheimlichen, noch am Wahltage von sozialdemokratischen Arbeitsgenossen meuchlings mit dem Messer überfallen und so lange mit Messerschlägen bearbeitet worden, bis er verstarb. Mit 22 Messerschlägen war der Körper des unglücklichen Mannes durchbohrt. Weiter sagte der Minister: „Es ist in der Tat weit gediehen in Anhalt, wenn ein deutscher Mann, ein deutscher Arbeiter, weil er seine Gesinnung frei und offen bekennt, weil er einen nationalen, noch dazu linksliberalen Kandidaten wählte, seine Gesinnungstreue und Gewissenhaftigkeit mit dem Tode büßen muß. Der elende Mörder wird der gerechten Strafe ja nicht entgehen; es bleibt aber doch immer nur eine unbefriedigende Sühne, wenn zwar die Schwere des Gesetzes die betörten Werkzeuge trifft, die geistigen Urheber solcher bestialischen Verbrechen aber frei ausgehen. ... Herr Peus, die Saat des Hasses, die zu solchen Taten führt, die wird der Jugend eingepfropft durch gewissenlose Volksführer, die den Kampf gegen Staat und Gesellschaft erwerbsmäßig betreiben. Die moralische Verantwortung für diese Tat fällt demjenigen Teil der sozialdemokratischen Presse zur Last, deren Schreibweise zu derartigen Verbrechen geradezu anreizt. Aber auch die sozialdemokratische Parteileitung wird sich dem Vorwurf nicht entziehen können, daß sie das gemeingefährliche Treiben ihrer Organe nicht nur geduldet, sondern auch begünstigt und teilweise gefördert hat.“

Dagegen halte man nun die Ergebnisse der Verhandlung! Der notorische Säuer und Raufbold Danisch, der fünfmalig aus einer und derselben Wirkstoff hinausgeworfene, der ehemalige Schulkamm, der in der Trunkenheit sich als Patriot und Autorität aufspielte, friedliche Leute belästigte und fälschlich beschuldigte, er marschiert zur höheren Ehre des „Patriotismus“ als ein junger tüchtiger Arbeiter“ voll Gesinnungstreue und Gewissenhaftigkeit auf, der „es verheimlicht hat, seine nationale Gesinnung zu verheimlichen“ und der deshalb von sozialdemokratischen Mörderläusen den bitteren Tod erleiden mußte, als ein weißes Unschuldslamm, das kein Wasserlein getrübt hat.

Doch das ist nur die eine Seite des Aufbaus der Schauergeschichte. Man beachte wohl, daß jede Angabe über die Person des Täters fehlt. Den Hörern des

Herrn v. Dallwitz, den Lesern der „Vossin“, der „Nordd. Allg. Ztg.“ und der übrigen Ordnungspresse blieb es so unbenommen, sich unter dem Täter einen wackelnden Sozialdemokraten vorzustellen, einen Durchschnittsmenschen, der nicht besonders zu Gewalttätigkeiten neigt, der lediglich durch die „Hegbarkeit“ der sozialdemokratischen Presse zu seiner Tat aufgereizt worden sei. Gäßen sie erfahren, daß der Täter ein notorischer Säuer, einer der durch die Schuld der Herrschenden in Unwissenheit und Unkultur stedengebliebener Proletarier aus jenen Gebieten war, wo die Messerschere Tagesereignisse sind, daß er wegen Diebstahls und wegen Körperverletzung bis in die jüngste Zeit vorbestraft war, dann hätte ihnen — oder wenigstens den Denkenden unter ihnen — ja die Erkenntnis kommen müssen, daß für die Tat eines solchen Menschen, der wahrscheinlich in seinem ganzen Leben noch kein politisches Blatt gelesen hat, die Sozialdemokratie unmöglich verantwortlich gemacht werden könne. Und von diesem Verstande in der Ministerrede führen Fäden hinüber zum Plaidoyer des Staatsanwalts in der Dessauer Gerichtsverhandlung. Wir wissen nicht, ob Herr Erster Staatsanwalt Brüdner das Konzept für die Rede des Herrn v. Dallwitz geliefert hat oder ob es ein anderes Mitglied der Dessauer Staatsanwaltschaft war, das den Minister so „vollständig“ informierte. Jedenfalls hat aber der Erste Staatsanwalt, wie wir schon gestern gesagt, das eifrigste Bestreben gehabt, trotz des geschmetternden Ergebnisses der Beweisaufnahme von den Trümmern der Anklage wider die Sozialdemokratie zu retten, was — nicht zu retten war. Zu diesem guten Zwecke brachte er es fertig, von dem mehrmals vorbestraften Raufbold Gallbierisch zu sagen, daß er „nicht über seine Kreise hinaus gewalttätig“ sei, das heißt also, daß der Mord sich nicht aus der Natur des Angeklagten heraus ohne weiteres erkläre, sondern daß es ganz besondere Umstände bedurft hätte, um ihn zum Mörder zu machen! Der Angeklagte wurde leichter dargestellt, um etwas Schwarz für die Sozialdemokratie übrig zu behalten. Herr Brüdner ist der Ansicht, daß die Verhandlung keine volle Klarheit über die Motive gebracht habe — was ihn aber nicht hindert, sofort eingehend seine „Schlüsse“ über die Motive vorzutragen. Und er schließt, es sei doch wenigstens Wahrscheinlichkeit vorhanden für die Meinung, daß der Täter aus politischen Motiven gehandelt hat. Seine Stützen sind der dem Ortsvorsteher, der Person, die beim Verhör des Täters naturgemäß die gespannteste Aufmerksamkeit aufbieten mußte, nicht erinnerliche angebliche Aussprüche des Gallbierisch: „Er hat ja falsch gewählt“ und das Lied auf den „kleinen Cohn“, das der feigenkommene Mörder bei seiner Verhaftung anstimmte und das auf den im Mittelpunkt des Dessauer Wahlkampfes stehenden linksliberalen Landtagsabgeordneten Cohn hinweisen soll. Ein Lied, das der Gallbierisch wohl hundertmal während des Wahlkampfes hat hören können. Deshalb ers aber gerade bei seiner Verhaftung anstimmte? Es wäre gerade so geistig, zu fragen, weshalb der Täter bei seiner Verhaftung und Vernehmung andere unsinnige Aeußerungen tat, wie die: „Es könne mir jeder (der Umstehenden) zwei Pfennige geben, dann hätte ich schönen Schnaps.“

Wer weiß, wie sich in dem armen Kopf dieses unglücklichen Opfers des Alkohols, der Unterdrückung und Ausbeutung die Vorstellungen wirt durcheinanderdrängen, zumal in dem Zustand, in dem sich der Täter damals befand. Aus solchen nichtsfagenden Aeußerungen eines solchen Menschen bei solcher Gelegenheit der Sozialdemokratie einen Streik zu drehen, dazu gehört allerdings eine besondere Vorurteilsfreiheit, über die die öffentliche Meinung, soweit sie nicht von wildem Sozialistenhass geblendet ist, nur ein Urteil haben wird.

Der Staatsanwalt hat aber noch einen Grund für seine „Schlüsse“ wider die Sozialdemokratie. Wenn der politische Haß nicht angenommen wird, so fehlt der zureichende Grund für die Tat! Die kleine Kumpel ist ihm nicht hinreichender Grund. Man sagt sich an den Kopf, wenn man das liest! Bei einem zweifellos geistig minderwertigen, wenn auch nach dem Urteil der Sachverständigen — wozu allerlei zu sagen wäre, was wir aber hier nicht tun wollen — nicht direkt unzurechnungsfähigen Menschen, bei einem notorischen Säuer, der unter der Wirkung des Alkohols seinen Vorschlag faßt und der bei Begehung der Tat mindestens „noch ein wenig rauschig“ war, verlangt der Herr Erste Staatsanwalt einen zureichenden Grund für die Tat! Es erübrigt sich, dazu noch mehr zu sagen!

Wenn diese Verhandlung die Tat und ihre Motive nicht erhellt hat, wenn sie nicht zeigt, daß es unerhört ist, die Sozialdemokratie mit ihr auch nur in indirekte Verbindung zu bringen, dem ist nicht zu helfen, den zu belehren müssen wir aufgeben. Die Haltung des Staatsanwalts, die Rede des Ministers zeigen uns lediglich, mit welcher Befangenheit die beamteten Hüter der Ordnung der Partei der Arbeiter gegenüberstehen. Da die Herrschenden uns im sachlichen Kampf zu überwinden nicht zu hoffen wagen, so sind sie allmählich in einen Zustand der Gereiztheit und der Erbitterung gegen die Sozialdemokratie geraten, der sie dahin bringt, in den verhassten Gegnern Unmenschen, schwarze Bösewichte zu sehen, denen alles zuzutrauen ist. Aus dieser Stimmung heraus fallen sie auf jede Beschuldigung gegen die Sozialdemokratie herein, werden sie, wie die Dessauer Staatsanwaltschaft, leichtgläubige Selbstbetrogene, die nur noch das sehen, was

sie sehen möchten, und so wuchern aus solchem Grunde die Giftpflanzen auf, die Anwürfe gegen die Arbeiterpartei, mit deren Zucht die eifrige Dessauer Staatsanwaltschaft dem Anhalter Staatsminister einen so sehr schlechten Dienst geleistet hat.

Wir bestreiten, wie die Leser hieraus ersehen, den Herren den „guten Glauben“ nicht — daß sie diesen „guten Glauben“ aber hatten und womöglich noch haben, das ist für das herrschende System viel blamabler, viel vernichtender noch, als es das Gegenteil wäre.

Bei der bürgerlichen Presse kommt zu all dem die bewußte Fälschung und die vorsätzliche Unterfälschung hinzu. Heute prangt in allen Berliner Ordnungsblättern der Gerichtsbericht unter dem schönen Titel: „Ein blutiges Nachspiel zur Reichstagswahl“, obgleich der Bericht mit messerscharfer Deutlichkeit beweist, daß der Mord mit der Wahl nichts zu tun hat. Am gestrigen Abend brachte die ehrenwerte „Post“ einen Artikel „Ein sozialdemokratischer Mord“, obgleich in derselben Nummer schon der Anfang des Gerichtsberichts erschien, aus dem ein Kind entnehmen mußte, daß die Anklage wider die Sozialdemokratie zusammenzubrechen drohe. Und die höchst ehrenwerte „Tante Boh“ bringt in ihrer heutigen Morgennummer noch keinen Bericht über die Verhandlung zu Dessau, sondern bloß ein kurzes telegraphiertes Notizchen, das das Urteil meldete. Das tut das Blatt, das bedauerte, daß ihm die Entgegnung des Abg. Peus auf die „furchtbare Anklage“ nicht zugeht!

Unfassbarer Ekel steigt im Halse auf bei der Beobachtung solcher „Bohlanständigkeit“, die sich hoch über den sozialdemokratischen „Sauberebenton“ erhaben fühlt. Das sind unsere Gegner, das sind ihre Waffen!

Wie jämmerlich muß es um eine Sache bestellt sein, die mit solchen Mitteln verteidigt wird!

Und die Lüge vom sozialdemokratischen Mord zu Klein-Möhlan ist nur ein Tropfen aus einem schier unabsehbaren Meer von Lügen, das sich nimmer erschöpfen und leeren will. Mag es, mag es immer aufs neue seine schmutzigen Wellen gegen den Felsen der Arbeiterbewegung schleudern, es wird ihn nicht zerbröckeln noch überfluten. Schließlich erkennt auch der politisch Harmloseste den Schwindel, wenn allzuhäufige Wiederholung ihn erst einmal stutzig gemacht hat. Es ist der Wahlspruch verzweifelter Spieler, das Wort: „Die Regel, die ihn schlägt, die ist die höchste“, verzweifelter Spieler, die auch der eben gelungene glückliche Fischzug auf die Dauer nicht vor dem Bankrott bewahrt.

## Die russische Revolution.

### Petersburg in der Duma.

Petersburg, 1. März. (Rebung der Peterburger Telegraphenagentur.) In Petersburg sind 6 Abgeordnete für die Duma gewählt worden. Unter ihnen befinden sich 6 Kadetten: der frühere Minister für Ackerbau, Sattler, Strube, Hessen, der Priester Petrow und Fedorow. Ferner wurde noch ein Mitglied der Arbeiterpartei, ein Arbeiter, gewählt.

### Demonstrationsstreik.

Die Arbeiterkreise in Petersburg gehen mit dem Gedanken um, am Tage der Eröffnung der Duma einen eintägigen Streik zu veranstalten, um den Sieg der Opposition bei den Wahlen feierlich zu begehen und die Gemeinschaft zwischen der Arbeiterbevölkerung Petersburgs und der Reichsduma zum Ausdruck zu bringen! Auf der Wiborgischen Seite in Petersburg fand eine Reihe von Versammlungen statt, in welchen sich die Teilnehmer für den eintägigen Streik aussprachen.

### Die Offiziere.

Die Regierung hat dafür gesorgt, daß die Namen der Offiziere, die in den Feldkriegsgerichten als Richter fungierten, nicht an die Öffentlichkeit dringen! Nun wird aber der Schleier des Geheimnisses ein wenig gelüftet. In Nr. 2 des „Wojenny Sojuz“ („Der Militärverband“), Organ des wöchentlichen Organisationskomitees des Offiziersverbandes, finden wir folgende Zeilen:

„Die ganze russische Armee hat ein Interesse daran, daß das Dunkel weiche und daß die Namen der Offiziere, die an den Feldkriegsgerichten teilgenommen haben oder teilnehmen, bekannt gemacht werden. Aus schwarze Brett mit diesen Namen! Wir fangen heute mit der Veröffentlichung dieser Schandliste an: Moskauer: Kobinder, Kommandeur des Astrachanschen Regiments, Vorshender, Richter: Oberleutnant Nikolsky, Kapitän Pogninow, Stabskapitän Rogowikow. Vertreter: Oberleutnant Iwanow, Kapitän Stanajtes.“

### Die Studenten.

St. Petersburg, 28. Februar. Die hiesige Unwersität ist heute geschlossen worden, weil die Studenten gestern trotz eines entgegenstehenden Beschlusses des Professorenrats eine Versammlung abgehalten hatten.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. März 1907.

### Wahlnachläge.

Die Aufregung über die unter noch nie dagewesenem offiziellen Druck vollzogenen Reichstagswahlen zittert in allen Reden zum Etat nach. Kein Redner des „nationalen Blocks“ vermag es, die Anklagen Debelis und Gröbers gegen die Wahl-

Beeinflussungen der Regierung und der durch sie begünstigten Parteien zu entkräften, obgleich die Redner in dieser Richtung ein kampfhaftes Bemühen an den Tag legen. Jeder Fürst hat sich noch der Landrat a. D. Winkler von den Konservativen vermachte die Monotonie ihrer Reden mit Beweisen zu spüren, durch welche die amtliche Beeinflussung der Wahlen oder die läghafte Wahlagitator der Wählerpartei entlastet werden könnte. Von ganz besonderer Bedeutung war die schwache Abwehr des Fürsten Sachfeldt gegen den Vorwurf absolutistischer Bestrebungen und Neigungen in Richtung auf den Staatsstreik, wie es denn auch von demagogischer Wahlkreispolitik zeugte, daß der mit freisinniger Hilfe gewählte Fürst die „Ernennung und den Aufschwung des deutschen Bürgertums“ pries, um sich auch künftig die freisinnige Wahlhilfe zu sichern.

Noch tiefer als die Reden dieser Konservativen stand jedoch die Leistung des Nationalliberalen Semler, der unter spöttischen Juristen und ironischer Heiterkeit wie ein wildgewordener Spießer mit geradezu ungläublichen Blattheiten und Widersprüchen die Zeit totschlug. Er hatte sich vorgenommen, seinen Fraktionsführer Wasser mann herauszuheulen! Ist dies nun bei der jämmerlichen Windfahnenpolitik Wasser matts überhaupt unmöglich, so kann Wasser mann seinem Verteidiger Semler mit ganz besonderer Verehrung das Wort zurufen: „Gott beschütze mich vor meinen Freunden!“ — Semler bestritt z. B. die nachgerade weltbekannte Tatsache, daß Wasser mann seine bekannte Interpellation über die auswärtige Politik in der letzten Session des aufgelösten Reichstages mit dem Reichskanzler verabredet habe! Für diese beweislose, noch dazu selbsthaft vorgetragene Behauptung fand er nur Gelächter, ebenso lohnte ihn schallende Heiterkeit, als er die Mandatsfälschung Wasser matts mit der Behauptung zu demanteln suchte: es seien Wasser mann ein Duzend sichere Wahlkreise angeboten worden! Danach scheint Wasser mann die parteiwidrige Neigung zu haben, partout nur mit fremder Hilfe ein Mandat zu erhaschen; denn seine Wahl verdankt er bekanntlich den Konservativen und den Freisinnigen. Bezeichnend für die Drehscheibenpolitik war übrigens noch die Dankagung Semlers an die Regierung für deren Wahlbeihilfe.

Genosse Singer hielt nunmehr dem Herrn v. Bülow und seinem Trost ein Spiegelbild der amtlichen Wahlbeeinflussung vor, das den reichskanzlerischen „Dirigenten der Wahlen“ als Nachahmer der französischen Präfektenwahlen defolietierte. Angefaßt der Uebertriebung der sozialdemokratischen Mandatsverringerung führte Singer die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen sowie das Wachstum unserer Organisationen und der Abonnentenzahl unserer Presse an. Für die niederträchtige, verlogene und gemeine Agitation des „Reichs-Verleumdungsverbandes“ brachte er eine Masse unwiderlegliches Beweismaterial bei. Unter anderem fertigte er die vom Reichskanzler nachgesprochene Unwahrheit ab: in Anhalt habe ein sozialdemokratischer Wähler einen anderen ermordet, weil dieser freisinnig gewählt hätte. Die Gerichtsverhandlung in Dessau hat die Bodenlosigkeit dieser Unwahrheit erwiesen. Auch die Frankfurter Affäre und deren unwahre Darstellung blieb dem so miserabel informierten Kanzler nicht geschenkt. Die pastorale Belehrung der Sozialdemokratie seitens des Herrn v. Bülow lehnte Singer ironisch ab, und er verbat sich die Moralpredigten über guten Ton von Seiten derjenigen, die selber gegen den guten Ton aufs gröblichste verstößen.

Die vom Reichskanzler wiederholte Behauptung, daß der Dresdener Parteitag die „Niederlage“ der Sozialdemokratie herbeigeführt habe, stellte Singer in die richtige Beleuchtung, indem er sagte, der Reichskanzler müsse sich doch eigentlich freuen über den Dresdener Parteitag, falls dieser wirklich der Sozialdemokratie geschadet haben sollte! Daß im übrigen all das Geschwätz durch den Wamheimer Parteitag entkräftet ist, der eine großartige Bekämpfung der Ueber-einstimmung der überwältigenden Mehrheit der Partei bedeutet, gegen die das Auftreten einzelner Genossen wie Schippel, Calver, Bernstein usw. gar nichts zu bedeuten habe, verabsäumte Singer auch nicht zu betonen. Nach kräftiger Abstrafung des Freijünn für seine reaktionären Wahldienste und nach einer durch Beweise erhärteten Schilderung der Vorfottlerung und Vergewaltigung der Arbeiter durch die kapitalistischen Ausbeuter legte Singer ein die national-liberale Wahlmoral charakterisierendes Stichwahlflugblatt für Paasche vor, in welchem der Gegner, der General v. Gröben, gerade das zum Vorwurf gemacht ist, was Paasche selber begangen hat, nämlich die Unterstützung der Lebensmittel-vertenerung durch den Zollwucher!

Graf Posadowsky nahm nach Singer das Wort und bestritt, daß der Zollwucher die deutschen Arbeiter schwer belaste: die englischen Arbeiter seien durch Zölle schwerer belastet als die deutschen Arbeiter! Dieser Hauptvertreter des Wucherzolltarifes unterließ es aber wohlweislich zu sagen, daß die deutschen Arbeiter über die reichsfinanziellen Ertragnisse des Tarifs hinaus die im Inland erzeugten, durch die Zollwucher verteneren Produkte auch verbrauchen und dafür höhere Preise zahlen müssen, die ihnen weit, weit mehr abdringen, als die Zahlen des Staatssekretärs glauben machen wollen.

Nach einer mißglückten Selbstverteidigung des freisinnigen Regierungskandidaten Eichhoff, der nichts, aber auch gar nichts von einer amtlichen Beeinflussung zugunsten seiner Wahl verspürt haben will und zum Beweise dessen einen Briefwechsel zwischen ihm und dem Flotten-Keim verlas, und sich bitter über Angriffe des „Vorwärts“ beschwerte, ritt noch der Generalissimo des Reichslügenverbandes, der Abgeordnete v. Siebert, sein Köhlein in die Arena. Er legte die verlogene Wahlagitator des von ihm geleiteten Verbandes durch die Wiedergabe erfundener und bereits während der Wahlbewegung eingehend widerlegter Behauptungen fort. Auch die Klüge wiederholte er. Genosse Schöpslin habe die deutsche Reichsflagge beschimpft, obgleich ihm von sozialdemokratischer Seite mehrfach zugerufen wurde, die Behauptung sei erlogen und öffentlich widerlegt! — Es wird mit dieser die öffentliche Moral vergiftenden Tätigkeit des Reichsverbandes noch abzurechnen sein.

### Abgeordnetenhaus.

Im Abgeordnetenhaus bewegte sich am Freitag die Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung in gewohnter Langweiligkeit. Die wichtige Frage der Gewerbeaufsicht wurde nur ganz oberflächlich gestreift. Der Standpunkt der Regierung ist ein durchaus ablehnender gegenüber allen Reformvor schlägen! An die Hinzuziehung von Arbeitern ist nicht zu denken, von der Anstellung von Ärzten und Hygienikern will man nichts wissen, und bezüg-

lich der weiblichen Assistenten läßt man es bei dem bereits vor Jahren gemachten Versuch bewenden! In ganz Preußen sind vier weibliche Fabrikinspektoren als Assistentinnen angestellt. Und da wagt man es, von einem Fortschritt der Sozialreform zu reden!

Ein großer Teil der Sitzung wurde durch die Erörterungen über das Fortbildungsschulwesen ausgefüllt. Es zeigte sich, daß die zuerst nur von den Sozialdemokraten propagierte Forderung auf Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts und um Verlegung des Unterrichts in die Abendstunden jetzt sogar im Ministerium Anerkennung finden! Trotzdem wird man sich natürlich auch in Zukunft nicht scheuen, die Sozialdemokratie als eine Partei hinzustellen, die „niemals positive Anregungen gegeben“ hat.

Sonnabend: Fortsetzung der Etatsberatung.

### Scharfmacher-Terrorismus.

Der Verlust des Riesenindustriekreises Duisburg-Rülheim, der Kreis, in dem ein Stinnes und Thyssen und ähnliche Größen residieren, scheint das Scharfmachertum in eine geradezu maßlose Wut versetzt zu haben. Daß Maßregelungen unserer Genossen, soweit dieselben durch die Macht des Proletariats erreichbar, eintreten würden, war voraussehen; aber daß diese Maßregelungen sich auch gegen die katholischen Arbeiter, die unseren Genossen Hengsbach in der Stichwahl geholfen haben, mit solcher Schärfe richten würden, wie das jetzt der Fall ist, das hat man doch nicht erwartet. Bisher galt das Junkertum als das brutalste, aber auch ehehächste Feind der Arbeiterbewegung. Es scheint jedoch, als ob ihm das rheinisch-westfälische Schloßjunkerthum die Palme der Brutalität streitig machen will. Das Organ der Kapitalproben, die „Rhein- und Ruhrzeitung“, fordert heute nicht mehr und nicht weniger — als den Boykott der gesamten Geschäftswelt, die im Verdacht stehen, in der Stichwahl für Hengsbach gestimmt zu haben, sowie die Massenmahrregelung der Arbeiter. Weil nun aber das Raffenskartell im Duisburger Wahlkreise ebenfalls von den „besseren“ Katholiken einen ansehnlichen Zuwachs erhalten hat, so soll der Geschäftswelt gegenüber Vorzicht geübt werden. Die „Rhein- und Ruhrzeitung“ schreibt: „Man würde durch einen Boykott der katholischen Geschäftswelt zum großen Teile sich die Leute entfremden, die in der Stunde der Noth mit den nationalen Parteien Schulter an Schulter kämpfen. In Privatkreisen muß man also sehr sorgfältige Mäßigung halten, ehe man die schwarzen Böde in die Wäse löst. Lieber ein solches schwarzes Schaf ungestraft laufen lassen, als Tausenden unserer gut nationalgesinnten katholischen Mitbürger Grund zu geben, über politische Ungerechtigkeit zu klagen.“

Andere Töne schlägt das Scharfmacherorgan gegen die Arbeiter an. Das charakteristischste sind folgende Sätze:

„Wesentlich wichtiger als die Gesinnungsschnüffel in den Kreisen der katholischen Geschäftswelt usw. scheint es uns, die Aufmerksamkeit der Industrie auf einen Punkt zu lenken, der bisher leider viel zu wenig Beachtung fand, der die nationale Niederlage zum guten Teil mit verschuldet hat. Die Annahme der Arbeiter liegt auf diesen Werken zum Teil in Händen, die keineswegs irgendwelche nationalen Interessen im Auge haben, sondern ganz einseitig andere politische Wünsche berücksichtigen. Für einen evangelischen Arbeiter hält es auf manchen Werken, namentlich in Zeiten wirtschaftlicher Ruhe, ganz außerordentlich schwer, lohnende Arbeit zu bekommen. Die schwarzen und roten Agitatoren, die auf den Werken unter den Augen der Meister und Betriebsbeamten ganz offen rücksichtslos Propaganda treiben, sollte man scharf ins Auge fassen und ihnen bei gelegener Zeit die Möglichkeit rauben, ihre destruktive politische Tätigkeit innerhalb der Fabrikmauern auszuüben. Ein scharfes Vorgehen in dieser Beziehung ist die Forderung des Tages.“

Es ist natürlich Blödsinn, wenn man es so hinzustellen sucht, als ob die „roten und schwarzen Agitatoren“ in den Industriewerken eine Koalitionsfreiheit genossen hätten. Von dem Regiment der Feindenparvenus kann nur der sich ein richtiges Bild machen, der selbst in den Werken gearbeitet hat. Soll das noch schlimmer werden? Eine Steigerung gibt es kaum. Aber dankbar können wir dem Scharfmacherorgan sein für seine Offenheit. Die liberale Presse hat in den letzten Wochen viele von ihr selbstfabrizierte oder ihr von Korrespondenzbüros gelieferte verlogene Nachrichten über sozialdemokratischen Terrorismus veröffentlicht; gegen den Terrorismus ihrer Anhängerschaft energisch Stellung zu nehmen, fällt ihr jedoch nicht ein. Das höchste, was sie sich leisten, sind einige kleine konfessionelle Bedenken. Wegen die Terrorifizierung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft haben die „unabhängigen“ Blätter nichts einzuwenden. Soweit reicht die „Anständigkeit“ nicht.

### Die Regierung als Wahlagentin.

In einer Versammlung des nationalliberalen Vereins in Köln besprach dessen Vorsitzender, Professor Moldenhauer, in einem Vortrage über den neuen Reichstag eingehend die bekannten Kompromißverhandlungen, die zwischen Haupt- und Stichwahl in Rheinland-Westfalen zwischen dem Zentrum und den Nationalliberalen gepflogen worden sind. Wie sich aus dem Vortrage ergab, hätten die Nationalliberalen gerne einen Kuhhandel mit den bis zur Hauptwahl wild bekämpften Merkmalen gemacht; das Zentrum hat aber den Nationalliberalen zu geringe Zugeständnisse gemacht und, wie Herr Moldenhauer sagte, absichtlich unerfüllbare Bedingungen gestellt, um das Kompromiß unmöglich zu machen. Man hatte die nationalliberal-freisinnige Wahlkommission ermächtigt, mit dem Zentrum Verhandlungen zu pflegen, wenn es solche beantrage. Aber das Zentrum kam nicht. Wohl aber, so berichtete Professor Moldenhauer weiter, begann die Regierung Verhandlungen und lud zu diesen mehrere Herren der nationalliberalen Partei zu Donnerstag, den 31. Januar, ein. Die Verhandlungen schlossen an dem betreffenden Donnerstagsabend damit, daß die Vertreter der Regierung sich erbieten, die von der liberalen Partei gemachten Vorschläge dem Zentrum zur Annahme mitzuteilen.

Am Freitag, den 1. Februar, wurden die Erörterungen fortgesetzt, ohne daß von dem Zentrum schriftliche Vorschläge vorlagen; außerdem war das Entgegenkommen des Zentrums so gering, daß nur wenig Aussicht auf das Zustandekommen eines Kompromisses bestand. Am Sonnabend, den 2. Februar, wurde Professor Moldenhauer morgens 9 Uhr noch einmal zu einer Besprechung gebeten, in der ihm nun, wie er berichtet, „durch die Regierung ein Schreiben des Zentrums zur Annahme und Unterschrift übergeben wurde“, wonach die Zentrums-, die nationalliberalen und die freisinnige Partei sich verpflichteten, gegenseitig für einander gegen den Sozialdemokraten in folgenden neun Kreisen einzutreten: Altena-Iserlohn, Bielefeld, Biedenbrück (Ezzelleng v. Moller), Bochum-Gelsenkirchen, Köln-Stadt (Reimborn), Duisburg-Rülheim, Düsseldorf, Oberfeld-Darmen, Essen

(Siebert), Lennep-Neilmann (Eichhoff). Das Kompromiß sollte aber für das Zentrum nur dann als bindend gelten, wenn es noch am selben Tage durch eine allgemeine Wählerversammlung der vereinigten liberalen Parteien in Köln genehmigt werde. Die letztere Bedingung war nach Ansicht der Liberalen absichtlich hineingebracht, weil sie unerfüllbar war, um so mehr, als der betreffende Tag ein lokaler Feiertag war und weil am Abend wegen der Karmesinwälder in ganz Köln kein Saal zu haben war. Ferner schloßen in der Aufstellung die für die Nationalliberalen sehr wichtigen Wahlkreise: Bielefeld-Altenkirchen, Dortmund, Hagen, Herford-Halle und die Kreise in Hesse und Nassau. Es fanden den drei Zentrumswahlkreisen Köln, Düsseldorf und Essen für die Nationalliberalen nur Duisburg-Rülheim als Gegenleistung in dem Vertrag. In diesen Umständen ganz allein — nicht etwa an der Charakterstärke der Liberalen — ist der Kompromiß gescheitert. Herr Moldenhauer klagte, das Zentrum habe die Kölner Liberalen mit seinen Bedingungen nur höhnen wollen und absichtlich die Verhandlungen vertriebt.

Die Darlegungen des Herrn Moldenhauer sind höchst charakteristisch für die von der Regierung betriebene Wahlmode — besonders, wenn man sie mit den Enthaltungen des „Bayer. Kuriers“ vergleicht. Es zeigt sich, daß die Regierung nicht nur für die Verbreitung von schamlosen, verlogenen Flugblättern Geld hergegeben hat — angeblich aus unbekanntem privaten Fonds, sondern daß auch ihre Beamten direkt als Wahlmakler fungiert haben. Diese Tatsache beweist aufs neue, wie lächerlich es ist, wenn die Regierung behauptet, sie stände als unparteiische Instanz über den Parteien. In Wirklichkeit ist sie nichts als ein Ausschuß der herrschenden Klassen zur Wahrnehmung der Interessen ihrer Klienten. Die Mär vom „sozialen Königtum“ ist eine der ältesten Legenden des letzten Jahrhunderts.

### 7400 Mann für Südwestafrika.

In der Denkschrift für Südwestafrika wird nunmehr mitgeteilt, daß die Truppenzahl bis zum Schluß des Rechnungsjahres 1906, also bis zum 1. April, auf 7400 Mann herabgesetzt werden sollte. Diese Zahl sei für die „nächste Uebergangszeit“ nötig, übrigens sei mit Rücksicht auf das erforderliche Heranziehen der Heimatstransporte ein weiteres Heruntergehen unter diese Zahlengrenze bis zum 1. April überhaupt nicht möglich.

Nach der fortschreitenden Besiedelung, der damit zusammenhängenden friedlichen Anpassung der Eingeborenen und ihrer Gewöhnung an Arbeit, vor allem aber nach der weiteren Erstreckung des Landes durch Eisenbahnen wird sich das Maß der Zurückziehung der Truppen regeln müssen.

Die Truppenstärke von 7400 Mann wird ferner deshalb für notwendig erklärt, weil zur Bewachung von rund 16 000 Gefangenen ein nicht unbedeutlicher Teil der Truppen benötigt werde. Außerdem seien von den 16 000 freien Eingeborenen außer den Verfeßbaren die Postards von Rehoboth und Oshimbingue, die Bergdamara in Otombah und die Betschuanen um Aminnis zum Teil noch bewaffnet und beritten auf eigenem Besitz. Den zwischen ihnen ange siedelten Farmern müsse militärischer Schutz gewährt werden.

Wir haben schon früher hervorgehoben, daß es sich nur um wenige Tausende weisensfähiger Eingeborenen handelt, die auch von einer viel geringeren Truppe genügend in Schach gehalten werden könnten, zumal man doch auch die 2000 bis 3000 bewaffneten Anseher, Händler, Beamten usw. berücksichtigen müsse. Aber man will nun einmal seine Kolonialarmee in Südwestafrika behalten. Nach ein paar Jahren, nach Vollendung der Eisenbahnen usw. wird man um weitere Vorwände zur Beibehaltung der Kolonialarmee nicht verlegen sein.

Hervorgehoben verdient außerdem zu werden, daß erst Mitte Februar noch die „Nordd. Allgem. Ztg.“ erklärte, daß die Schutztruppe bis zum Sommer auf 6000 Mann vermindert werden könne. Um wie viel Mann dann noch eine weitere Reduzierung der Schutztruppe eintreten könne, hänge von dem militärischen Oberkommando des Schutzgebietes, sowie davon ab, wie der Reichstag sich zu der Frage stellen werde. Jetzt, 14 Tage später, erklären die militärischen Sachverständigen der Denkschrift, daß für die nächste Uebergangszeit nicht 6000, sondern 7400 Mann notwendig seien!

So bewegen sich die offiziellen Auslassungen in fortwährenden Widersprüchen! —

### Deutsches Reich.

#### Offizielle Verdunkelungsversuche.

Bekanntlich hatte die sozialdemokratische Presse gegen die Regierung den Vorwurf erhoben, daß der Reichstag am 13. Dezember, d. h. am Tage seiner Auflösung, von dem Regierungsvizepräsidenten Quade über die wirkliche Situation in Südwestafrika getäuscht, namentlich aber über die — nach dem späteren offiziellen Beständnis bereits seit Anfang Oktober schwebenden Friedensunterhandlungen völlig in Unwissenheit erhalten worden sei. Oberstleutnant Quade, der Vertreter der Regierung, hatte ja bekanntlich noch am 13. Dezember im Reichstag behauptet, daß während früher schon einmal die Zahl der im Felde stehenden Hereros auf weniger als 800 herabgegangen gewesen sei, sie gerade jetzt wieder auf 500 bis 600 geschätzt werde! Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ hatte sich dieser Kritik gegenüber darauf berufen, daß der endgültige Friedensschluß mit den Vondelgwaris erst am 28. Dezember zustande gekommen sei. Sie hatte dabei freilich zugegeben, daß sie von den schwebenden Friedensunterhandlungen bereits früher Kenntnis erhalten habe. Ja am 16. Dezember stellte sie sogar die kühne Behauptung auf, daß auch dem Reichstag von diesen Friedensunterhandlungen Kenntnis gegeben worden sei — eine Behauptung, die durch die obige Neuherung des Oberstleutnants Quade als grobe Unwahrheit charakterisiert wird. Am 30. Januar hatte dann die „Nordd. Allgem. Ztg.“ zur Widerlegung der sozialdemokratischen Angriffe eine längere Darstellung des Oberstleutnants über den Verlauf der Verhandlungen veröffentlicht. Diese Darstellung sollte beweisen, daß selbst die südwestafrikanischen Kommandierenden noch am 13. Dezember darüber hätten in Unwissenheit sein müssen, ob es überhaupt zum Friedensschluß komme. Die betreffenden Auslassungen Deimlings über diesen springenden Punkt lauteten nach der „Nordd. Allgem. Ztg.“:

„Am 27. und 28. Oktober meldete jedoch Oberstleutnant von Starff, der Kapitän (Johannes Christians) erklärte, über die Waffenabgabe nicht entscheiden zu können, ohne das Einverständnis Christians und anderer Großleute, deren baldiges Eintreffen erwartet werde. Durch das Sammeln des Stammes wurde nun aber der Beginn der Verhandlungen bis zum 21. Dezember verzögert. Die Ende Oktober erfolgte Aushebung von Woten, die die Großleute aussuchen sollten, blieb erfolglos. Auch dem Vater Kallnowski, der daraufhin am 15. November abgeschickt wurde, gelang es bis zum 9. Dezember nicht, die Verbindung mit Joseph Christians und Warris zu es-

inwinnen. Er meldete, daß sie auf englischem Gebiete nicht erreichbar seien.

Wir bemerkten dazu, daß es nach dem Bericht des Oberst Deimling bis zum 9. Dezember nicht möglich gewesen sei, mit Joseph Christian und Morris in Verbindung zu treten. Seit dem 9. Dezember müsse danach diese Verbindung hergestellt gewesen sein. Gerade über diese wichtigste Periode zwischen dem 9. und 13. Dezember aber gäbe der Bericht Deimlings nicht die geringste Auskunft!

Außerdem stellten wir noch fest, daß nach Herrn Deimlings Darstellung bereits Mitte November die Zahl der in Heirachabis verarmelten Bondelzwards 128 Männer betragen habe. Doch ein Beweis dafür, daß die Bondelzwards von den ernsthaftesten Friedensabsichten befreit gewesen seien.

Statt nun die Lücken des Deimlingschen Berichts zu ergänzen, begnügte sich die „Nordd. Allgem. Ztg.“ damit, einen Bericht der katholischen Mission von Heirachabis vom 28. Dezember zu veröffentlichen, den sie vermutlich als eine Widerlegung unserer Ausführungen ansah. In Wirklichkeit lieferte aber der Missionsbrief gerade den Beweis, wie berechtigt unsere Kritik gewesen war. Der Missionsbrief gab nämlich von der vom Vater Malinowski am 15. November angetretenen Reise zur Auffindung der Morris und Joseph Christian wörtlich folgende Darstellung:

„Der hochwürdige Vater Malinowski machte sich nun wieder auf den Weg, um Joseph zu suchen, aber Joseph ließ sich nicht finden. Von Heirachabis ging über Kalkfontain, Habis, Habis, Ramanschrift. Dann am Fluß entlang nach Witrachmund, wo er Morris und Johannes Lins fand, die sich sehr erfreut zeigten über die Nachricht (der Friedensverhandlungen). Herr Vater hatte sich mit Proviant für drei Tage versehen. Nun gab er denselben an Johannes Lins, damit er sich beide, den Joseph zu bringen. Da wartete er vergebens 4 Tage, nur von schwarzem Kaffee lebend, so daß Hunger ihn zwang, nach Ramanschrift zurückzukehren. Unterdessen aber hatten sie Joseph verhaftet, so daß derselbe nur eine mündliche Zustimmung zum Frieden schiden konnte, die schriftliche kam noch vor Friedensabschluss. Nur auf höhere Anweisung gönnte sich der Herr Vater einen Tag Ruhe in Heirachabis, fuhr dann nach Umas, um mit Herrn Oberleutnant Storff zu unterhandeln, kam zurück und fuhr am 21. mit Kapitän und Großleuten zu den entscheidenden Verhandlungen.“

Man sieht, dieser Brief der katholischen Mission ergänzt und berichtigt in sehr interessanter Weise den Bericht des Herrn Deimling, wie er umgekehrt auch durch Deimlings Bericht ergänzt wird. Wir sehen aus dem Brief der katholischen Mission, daß Vater Malinowski Morris Zustimmung zu dem Frieden bereits wenige Tage nach seiner Abreise erhielt. Ränger ließ die mündliche Zustimmung des inzwischen verhafteten Joseph Christian auf sich warten. Da aber auch noch eine schriftliche Zustimmung des Letzteren noch vor dem Friedensabschluss eintraf, kann Deimlings Angabe, daß es bis zum 9. Dezember noch nicht gelungen sei, mit Joseph Christian und Morris in Verbindung zu treten, nur so ausgelegt werden, daß diese Verbindung durch die Vermittelung des Vaters Malinowski doch wohl unmittelbar nach dem 9. Dezember hergestellt war!

Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ ist auf diese unsere Feststellungen nicht mehr zurückgekommen, wohl aber ist nunmehr dem Reichstag eine Denkschrift über den Verlauf der Verhandlungen in Südwestsafrika zugegangen, die im wesentlichen über diesen springenden Punkt die oben zitierte Darstellung Deimlings wiedergibt; auffallenderweise jedoch sind an dem Originaltext einige bemerkenswerte Korrekturen vorgenommen worden. Wir stellen zum Vergleich den Wortlaut der Deimlingschen Erklärung, die am 30. Januar in der „Nordd. Allgem. Ztg.“ wiedergegeben war, hietmit dem Wortlaut der Denkschrift gegenüber.

„Nordd. Allg. Ztg.“ vom 30. Juni:

Am 27. und 28. Oktober meldete jedoch Oberleutnant v. Storff, der Kapitän erklärte, über die Waffenabgabe nicht entscheiden zu können, ohne das Einverständnis Josef Christians und anderer Großleute, deren baldiges Eintreffen erwartet werde. Durch das Sammeln des Stammes wurde nun aber der Beginn der Verhandlungen bis zum 21. Dezember verzögert. Die Ende Oktober erfolgte Auswanderung von Voten, die die Großleute aufsuchen sollten, war erfolglos geblieben. Auch dem Vater Malinowski, der daraufhin am 15. November abgeschickt wurde, gelang es bis zum 9. Dezember nicht, die Verbindung mit Josef Christian und Morris zu gewinnen. Er meldete, daß sie auf englischem Gebiete nicht erreichbar seien.

Man sieht, das Datum der Abreise des Vaters Malinowski ist selbsterwählend völlig fortgelassen. Ebenso ist der Text des letzten Satzes geändert worden. Nimmt man noch hinzu, daß sich weder der Wortlaut, noch der korrigierte Text des letzten Satzes des Berichtes Deimlings mit dem Brief der katholischen Mission in Einklang bringen läßt, so erweist sich die ganze offiziöse Korrektur nur als ein neues untaugliches Mittel, die Wahrheit noch mehr zu verdunkeln, als sie ohnehin schon durch die offiziellen Erklärungen verdunkelt worden war!

Der scherzhafte Graf Poladowski.

Herr Poladowski nahm heute im Reichstage Veranlassung, den „Vorwärts“ zu berichtigen. Dieser habe ihm die Worte in den Mund gelegt, die Durchführung des Wilsonschen Programms werde „Geld und viele Millionen“ erfordern. Nach dem parlamentarischen Bericht des „Vorwärts“ habe er jedoch erklärt, daß sei ein Zeitraum längerer politischer Entwicklung und dieser Sessionen notwendig. Wir wollen Herrn Poladowski beraten, daß der Verfasser des Artikels auf der Journalistentribüne anwesend war und die Worte des Staatssekretärs so verstanden hatte, wie sie von ihm wiedergegeben waren. Da Herr Poladowski gestern mit ziemlich dünner Stimme sprach, ist natürlich ein Verhören bei der angenehmen Akustik des Hauses nicht ausgeschlossen.

Uebrigens wollen wir feststellen, daß Poladowski auch nach dem Parlamentsbericht des „Vorwärts“ wenigstens von der „Geduld“ gesprochen hat. Und daß das weltpolitische Programm der beiden Verbände auch „viele Millionen“ kosten wird, hat ja Herr Dernburg in seiner Frankfurter Rede selbst erklärt. Warten wir also erst einmal ab, ob die vielen Millionen, die die Realisierung des neuen Regierungsprogramms kosten wird, nicht gefordert werden, bevor „viele Sessionen“ verstrichen sind, und ob sie nicht die Geduld selbst unserer neugeborenen freisinnigen Weltpolitiker bald genug auf eine harte Probe setze!

Die Hamburger Bürgerschaft nach den Neuwahlen.

Mit den am Donnerstag erfolgten halbseitigen Neuwahlen in der Privilegiertengruppe der Ratabeln, die sich aus jetzigen und gewesenen Mitgliedern der Gerichte, Verwaltungsbekleideten, Abgeordneten zum Landesparlament usw. zusammensetzt, ist die illustre Hamburger „Vollvertretung“ von allen Wählkörpern zur Hälfte neu gewählt. Das neue Wahlgesetz, bestimmt zu dem Zweck, die Sozialdemokratie niederzuhalten, hat bei den Wahlrechtsüberfraktionen wie Sprengpulver gewirkt, denn sie haben unter Hinzurechnung der wegen der Wahlentziehung abgewiesenen Liberalen, die sich als „Vereinigte Liberale“ zu einer eigenen Fraktion zusammenschlossen, nicht weniger als 30 Mandate eingebüßt. Die Vereinigten Liberalen sind im neuen Parlament 23, die Sozialdemokraten 19 Köpfe stark; erstere haben bei den Privilegierten und Klassenwahlen, die am 1. bzw. 15. und 28. Februar stattfanden, 9, letztere 5 Mandate erobert. Außerdem sitzen im Parlament zwei fraktionslose Gegner der Wahlentziehung, so daß das Parlament sich aus 44 Gegnern und 116 Befürwortern der Volksentziehung zusammensetzt.

Zur Illustration des abgestuften „Wahlrechts“ sei noch kurz bemerkt, daß am Donnerstag durchschnittlich je 38 Ratabeln einen Abgeordneten wählten, während am 1. Februar von je etwa 1000 Wählern der zweiten Klasse ebenfalls ein Abgeordneter gewählt wurde; ein Grundeigentümervertreter wird von etwa 200 Wählern ernannt.

Nach „März“liches von Jaurès.

Paris, 28. Februar. (Fig. Ver.)

Jaurès widmet in der „Humanité“ dem Redebuell zwischen Bülow und Bebel einen Artikel, der dieselbe optimistische Auffassung der von ihm in der Halbmonatsschrift „März“ veröffentlichten Betrachtungen zeigt, an einem bedeutenden Punkt aber von den dort geäußerten Anschauungen merklich abweicht. Nachdem Jaurès die Großsprecherien Bülows zurückgewiesen hat, die die Sozialdemokratie wie eine der Vernichtung geweihte Partei abtun, erklärt er, daß gerade jetzt der deutsche Sozialismus in der neuen Verfassung des Landes und der Geister neue Mittel der Entwicklung finde:

„In diesem Augenblick ist er vor allem beschäftigt, dem Kanzler Schlag um Schlag, Wunde um Wunde heimzujagen und er ist in diesem Ansturm mit dem Zentrum verbündet, um die Regierung den Fehdehandschuh hingeworfen hat. Aber wenn die vom Kampfzettel Erhaltenen erst das Schlachtfeld in seiner ganzen Ausdehnung werden überblicken können, wird sich bald das wahre Problem darstellen: Wie kann Deutschland jene politische Freiheit bekommen, die die notwendige Bedingung der wirksamen Aktion der Parteien ist? Der Kanzler mag nur immerzu seinen Triumph feiern. Ihn erwarten furchtbare Schwierigkeiten. Das in die Opposition zurückgeworfene, in Form gebrochene Zentrum kann sich nicht lange als Oppositionspartei erhalten, wenn es nicht demokratische Allianzen annimmt. Was werden dann die Liberalen machen? — Werden sie weniger liberal als das Zentrum sein? Aber wenn sie nicht Selbstmord üben wollen, wie können sie eine Mehrheit mit den Konservativen bilden? So ist trotz des Scheinbaren rückschrittlichen Wahlergebnisses ein Zug nach links unausweichlich. Der deutsche Sozialismus wird sich fragen müssen, mit welchen Mitteln, durch welche Politik er am Besten zu diesem notwendigen und nahen Vormarsch der Demokratie und des Liberalismus beitragen soll.“

Man sieht, daß hier Jaurès eigentlich von der noch im „März“ ausgeprochenen Hoffnung abgelassen ist, daß der deutsche Liberalismus aus eigener Ueberzeugungskraft zu einer demokratischen Politik gelangen werde. Es sind nun die demokratischen Allianzen des Zentrums, die ihn zum Wettbewerben zwingen sollen. Was aber ist das für ein Liberalismus, der sich erst unter der Peitsche der Konkurrenz regt? Wird dieser bürgerliche Demokratismus, auf den Deutschland verwiesen wird, etwas anderes sein als — „Allüren“?

Die Keim-Briefe des „Bayer. Kurier“.

Einige liberale Blätter machten in den letzten Tagen allerlei Andeutungen, der Entweder der vom „Bayer. Kurier“ veröffentlichten, die Wahlmanoeuvr der Regierung bloßstellenden Briefe gehöre dem Jesuitenorden an und habe sich hinter belgische Klostermauern geflüchtet. Das „Berl. Tageblatt“ weis darüber jetzt folgendes zu melden:

Der Dieb der Briefe des Generals Keim heißt Janke und wurde vor vier Jahren als Bureaubeamter beim Flottenverein angestellt. Er war, als er dieses Amt übernahm, noch Protestant, trat aber seither zum Katholizismus über und scheint sich dem Jesuitenorden angeschlossen zu haben. Janke versahand in dem Augenblick, wo der „Bayerische Kurier“ seine „Enthüllungen“ begann. Man forsche nach und entbede, daß er einen Teil der Briefschaften aus einem eisernen Schranke entwendet, dessen Schlüssel er besaß, und daß er auch einige andere Briefe, die sich nicht in jenem Schranke befanden hatten, auf noch unaufgeklärte Weise gestohlen. Auch das Verschwinden von Wertpapieren wurde konstatiert. Die Untersuchung hat ergeben, daß Janke wiederholt des Abends, nach Schluß der Bureauzeit, in den Räumen des Flottenvereins zurückgeblieben ist. Und an dem Körper an dem er sich des großen Schneegewitters die Angestellten in fast allen Berliner Bureaus zu spät kamen, war Janke, als einziger Beamter, schon um 9 Uhr bei seiner Arbeit. Man nimmt an, daß er an jenem Morgen, begünstigt von dem Schneesturm und der Einsamkeit, seinen Raub verübt habe.

Die Geschichte klingt recht seltsam. —

Ein nationalliberaler Wahlprotest gegen die Wahl des Genossen Lehmann in Wiesbaden soll nach einer Wiesbadener Meldung ergehen. Die Nationalliberalen sind danach froher Hoffnung, den verhassten Roten zu Fall bringen zu können. Adwarten!

Die Straßburger Liberalen wollen Wahlprotest erheben gegen die Wahl des Genossen Böhle. Wie die Straßburger „Freie Presse“ hört, soll als Anfechtungsgrund geltend gemacht werden, daß Leute gekümmert haben, die das wahlfähige Alter noch nicht erreicht hatten und daß für bereits verstorbene Wähler abgestimmt worden sein soll. — Das sind ähnliche Protestgründe, wie die vom Reichsvereinsverband in Hannover gegen die Wahl des Genossen Dreh gesammelten. Unter Hannoverisches Parteiblatt bemerkt dazu bereits sehr treffend, daß unsere Gegner Ungelmäßigkeiten und Mängel zum Wahlprotest benutzen, für die sie selbst direkt oder indirekt verantwortlich sind! —

Die Nachenschaften bei der Bayerischen Bodenkreditanstalt.

Der Staatskommissar bei der Bayerischen Bodenkreditanstalt in Würzburg, Oberregierungsrat Trümmer, wurde auf Grund der Enthüllungen in der Generalversammlung der genannten Anstalt seines Amtes enthoben. Das Disziplinarverfahren wird eingeleitet werden. —

Landtagswahl in Ober- und Niederbarnim.

Die Ersatzwahl zum preussischen Landtag im Wahlkreis Ober- und Niederbarnim für den ausgeschiedenen Professor Jener sollte nach Blättermeldungen im Monat März erfolgen. Die Meldung war unrichtig. Als Tag der Wahlmännerwahl ist Mittwoch der 8. April bestimmt. Die Abgeordnetenwahl soll am 17. April erfolgen.

Die Wahlmänner werden nicht mehr ihre Aufgabe in der Bernauer Kirche zu erledigen haben, sondern versammeln sich in den Orten Eberswalde, Reinickendorf, Pantow, Rummelsburg und Lichterberg. Zum Wahlkommissar ist der Landrat des Kreises Oberbarnim v. Oppen, zu Wahlleitern sind die Bürgermeister bzw. Gemeindevorsteher der Wahlorte ernannt. —

Kein öffentliches Interesse.

Im Wahlkreis Saarbrücken lautete nach der Reichstagswahl das Gerücht auf, Genosse Leimpeters habe von den Nationalliberalen eine sehr hohe Geldsumme erhalten, wofür er im sozialdemokratischen Wahlkomitee den Beschluß: „Stimmhaltung bei der Stichwahl für die sozialdemokratischen Wähler“ durchgedrückt habe. Schließlich gelang es Leimpeters, einen der Verbreiter des Gerüchts zu fassen, einen Grubensteiger Binger, der Arbeiter gegenüber geäußert hatte: „Euer Führer Leimpeters hat von den Nationalliberalen in Saarbrücken 10 000 M. erhalten, damit er Stimmhaltung befohlen hat. Von Herrn Jaunetz hat er 5000 M. und von unserer Grubendirektion hat er 3000 M. bekommen, damit in der Stichwahl die Roten Jaunetz wählen sollten!“ Leimpeters stellte daraufhin bei der Staatsanwaltschaft Saargemünd Strafantrag. Der Staatsanwalt gab dem Antrag statt und leitete die Untersuchung ein. Herr Binger gab vor dem Richter im Dorbad öffentlich die Erklärung ab, daß er nicht die allgeringste Unterlage für seine Behauptung habe und die Beleidigung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurücknehme. Darauf zog Leimpeters seinen Strafantrag zurück, da ihm nichts an einer Bestrafung des Herrn Binger gelegen sei.

Der erste Staatsanwalt von Saarbrücken ist in derselben Sache anderer Meinung. Auch hier gelang es, einen der Beisitzer zu fassen. Leimpeters stellte mit der Begründung wie im ersten Fall Strafantrag, erhielt jedoch unterm 25. Februar die Nachricht, daß er, der erste Staatsanwalt, „mangels eines öffentlichen Interesses eine öffentliche Klage“ ablehne.

Ein Weisakriegler.

Zehn Jahre Gefängnis für einen Weisakriegler! Der Reiter in der Schutztruppe für Deutsch-Südwestafrika, Gefreiter Karl August Kühnel aus Reichenbach i. Schl., jetzt als Reserveist dem Landwehrbezirk Schweidnitz unterstellt, stand vor dem Breslauer Kriegsgericht der ersten Division unter Vorsitz des Majors von Frankenberg angeklagt der Gehorsamsverweigerung, Beleidigung und tötlichen Angriffs gegen einen Vorgesetzten im Kriege. K. ist seit 1904 in Afrika und hat Gefechte mitgemacht. Am 27. September 1905 war K. betrunken vom schnellen Genuß eines halben Liters Rum (jeder Krieger bekommt pro Woche 1/2 Liter Rum geliefert) und mehreren Flaschen Bier. Unteroffizier Josef Pittlich, jetzt verwundet nach Neustadt O.-S. entlassen, befahl dem Reiter, zum Proviantempfang zu kommen; der Weisakriegler antwortete: „Hast mir gar nichts zu sagen, empfäng Du allein Proviant, bist mir viel zu dumm, Schuß, Lump, Pofener Louis, Hund, Hammel, hau Dir eins in die Fresse!“ und schlug den Unteroffizier ins Gesicht und auf die Brust.

In Afrika hat bereits ein Feldgericht gelagt, das aber wegen Neuenbernehmungen die Sache vertagte. Der Anklagevertreter, Kriegsgerichtsrat Esche, beantragte 10 Jahr und einen Monat Gefängnis. Derartige Fälle dürfen im Kriege nicht vorkommen. Er ist aber für Anrechnung der Untersuchungshaft und stellt dem Gericht die Einreichung eines Gnadenbittens anheim. Nachdem der Verteidiger noch wegen sinnloser Trunkenheit auf Freisprechung vom tötlichen Angriff plaidiert, erkannte das Gericht auf zehn Jahr und einen Tag Gefängnis, rechnete aber sechs Monate und einen Tag Untersuchungshaft an.

Eine angebliche Schutruppen-Beleidigung.

Wie der „Frankf. Ztg.“ aus Darmstadt gemeldet wird, ist auf Grund des in einer Darmstädter Zeitung erschienenen Versammlungsberichts über die am 1. Februar stattgefundene sozialdemokratische Versammlung gegen den Referenten Genossen Dr. Frank vom Staatsanwalt Strafantrag gestellt worden. Er soll sich über die Truppen in Deutsch-Südwestafrika abfällig ausgelassen haben.

Folgende Verächtigung ging uns zu:

Serlheim, 26. Februar 1907.

Ich ersuche Sie, auf Grund des § 11 des Preßgesetzes um Aufnahme folgender tatsächlichen Verächtigung zu Ihrer Notiz: „Eine interessante Stiergehichte“ als „Beitrag zum Kapitel Terrorismus“ in Nr. 43 vom 20. Februar.

Der Ort, um den es sich handelt, ist Unterspießheim, eine Filiale meiner Pfarrei Serlheim (Wahlkreis Rhipingen, nicht Schweinfurt):

- 1. Es ist unwar, daß auf der Kanzel oder bei den Bauernfrauen Agitation für die Wahl getrieben wurde.
2. Es ist unwar und eine gäßliche Verdrehung der Tatsachen, wenn behauptet wird, daß der Pfarre über den Ausfall der Wahl aufgebracht war und auf Vergeltung sann, und deswegen keine fremden Geistlichen zum Feste kamen. Denn man höre und staune: Das Sebastiansfest in Unterspießheim, um das es sich handelt, wurde am 20. Januar gefeiert, die Wahl fand aber statt am 25. Januar. Wie kann man am 20. schon „vergelten“, was erst am 25. geschieht?
Die Feste des Sebastiansfestes hatte mit der Wahl und mit der politischen Gesinnung des Bürgermeisters nicht das geringste zu tun. Es wurde ja auch im vorigen Jahre mit fremden Herren gefeiert, obwohl die Gesinnung des Bürgermeisters im vorigen Jahre die gleiche war wie heute.
3. Der tatsächliche Vorgang ist dieser: Ob zum Sebastiansfeste in Unterspießheim fremde Geistliche kommen oder nicht, ist Sache des freien Uebereinkommens zwischen Gemeindevorstand, Pfarreamt und etwa eingeladenen Nachbargeistlichen. Es besteht keinerlei Verpflichtung oder Stiftung, das Fest mit fremden Herren zu feiern. Die Kosten dafür, wenn solche eingeladen werden, bezahlt die Gemeindefasse; eben deswegen muß auch alljährlich einige Zeit vor dem Feste der Bürgermeister sich mit Pfarre oder Kaplan in Benehmen setzen, ob überhaupt fremde Herren kommen sollen oder nicht. So hat es der jetzige Bürgermeister auch voriges Jahr getan. In diesem Jahre kam der Bürgermeister nicht. Deshalb kamen auch keine fremden Herren und das Fest wurde durch den Ortsgeistlichen allein gefeiert.
Von „Vergeltung“ usw. kann also keine Rede sein.
Ich erwarte, daß Sie der Wahrheit und Gerechtigkeit die Ehre geben und vorstehendes in Ihrem Blatte veröffentlichen.
Das katholische Pfarreamt.
E. Würtner, Pfarre.

Wir haben unseren Gewährsmann ersucht, sich zu der Sache zu äußern.

Ausland.

Frankreich.

Der heilige Vater intrigiert!

Am Donnerstag fand in Paris in der österreichisch-ungarischen Botschaft die Uebergabe des in 26 Risten untergebrochten Archivs sowie des Geldschrankes der ehemaligen päpstlichen Nuntiatur an den Advokaten Boyer de Bouillane, den Vertreter des Mgr. Montagnini, und an den Grafen Olivier de Beauvergne, Vertrauensmann des Heiligen Stuhles, statt.
Dazu berichtet Wolffs Telegraphen-Bureau:

Paris, 1. März. In radikalen Kreisen wird berichtet, daß sich unter den beim Konfignore Montagnini beschlagnahmten Papieren mehrere Schriftstücke befinden, welche zeigen, daß der päpstliche Stuhl sich fast unauflöslich in feindseliger Weise in die öffentlichen Beziehungen Frankreichs einzumischen versucht hat! Insbesondere besäße man unwiderrlegliche Beweise dafür, daß der Vatikan dringend Schritte beim König von Spanien unternommen habe, um dessen Pariser Reise im Mai 1906 zu verhindern! Ein früherer Beamter des Ministeriums des Innern, welcher beim Konfignore Montagnini beschlagnahmten Papieren zufolge verbödigte Beziehungen zum päpstlichen Stuhl unterhalten hat, wird sich, wie der „Matin“ berichtet, vor dem aus den Direktoren des

Ministeriums des Reichs bestehenden Disziplinarkrat zu be-antworten haben.

Die sozialradikalen Abendblätter berichten, daß die Veröffentlichung eines Teiles der beim Monsignore Montagnini beschlag-nahmten Papiere im Vatikan die lebhafteste Erregung hervor-gerufen habe. Angeblich sei man insbesondere über Monsignore Montagnini verstimmt, weil er diese Schriftstücke nicht rechtzeitig vernichtet habe!!

Nach einer römischen Korrespondenz derselben Blätter hätte der Papst Schritte getan, dieser Veröffentlichung Einhalt zu tun. —

Wird Ruß, um die Veröffentlichung zu hindern, jetzt doch vielleicht noch — zu Kreuze kriechen? —

### Spanien.

#### Pfaffenrechtlichkeit.

Madrid, 1. März. (B. L. V.) „Gaceta de Madrid“ veröffentlicht heute einen Erlass des Königs, durch den die Verfügung vom 27. August 1906 über die Eheschließung auf-gehoben wird! Durch diese Verfügung war die Ziviltrauung auch dann für zulässig erklärt worden, wenn keine Erklärungen betreffend die Religion seitens der Eheschließenden abgegeben wurden. Dieser Erlass hatte heftigen Widerspruch seitens der Bischöfe hervorgerufen, die erklärten, sie müßten eine unter solchen Umständen geschlossene Ehe als Konkubinat an-sehen.

Dem Manne der zum Katholizismus übergetretenen Ena von Battenberg steht es sehr gut an, sich von den Pfaffen als willenloses Werkzeug zum Schutze der „Alleinseelig-machenden“ gebrauchen zu lassen!

### England.

#### See- und Flotte.

Im Unterhaus gelangte am Donnerstag ein Beschluß zur An-nahme, nach welchem die Effektivstärke der regulären Armee nach dem Vorschlag der Regierung auf 160 000 Mann festgesetzt wird.

Der Marineetat für das Jahr 1907 sieht eine Herab-setzung der Mannschaftstärke um 1000 Mann und eine Verminde-rung der Ausgaben um 1 427 001 Pfund Sterling vor. Die Voranschläge für Flottenbauten belaufen sich auf 8 100 000 Pfund Sterling gegen 9 235 000 Pfund im Vorjahr. Vorgesehen ist der Bau von zwei oder, wenn die Seemächte auf der Haager Konferenz nicht zu einer Verständigung gelangen sollten, von drei verbesserten und noch etwas größeren Schiffen der Dreadnought-Klasse, ferner ein schneller ungeschützter Kreuzer, fünf Hochseetorpedoboots-zerstörer, zwölf Torpedoboots und zwölf U-Boote! Des weitern ist vorgesehen eine beträchtliche Vermehrung der Stamm-besatzungen der in der ersten Geschwader stehenden Schiffe und die vollständige Bemannung der aus sechs Linien Schiffen und sechs Panzerkreuzern bestehenden Geschwader, welche ständig in den heimischen Gewässern bleiben. Zwölf Schiffe, 48 Torpedoboots-zerstörer mit voller Besatzung, drei kleine Kreuzer und die erforder-lichen Hilfschiffe werden in der Themsemündung stationiert werden und zur sofortigen Verwendung bereit sein. Außerdem werden zur Heimatflotte gehören vier Linien Schiffe und acht Kreuzer erster Klasse in Portsmouth, sowie drei Linien Schiffe, acht Kreuzer erster Klasse und ein kleiner Kreuzer in Devonport.

### Schweden.

Für das Verbot des Verkaufs und der Herstellung spiritueller Getränke erklärte sich die Zweite Kammer mit 89 gegen 80 Stimmen, während die Erste Kammer über den Antrag ohne formelle Ab-stimmung hinwegging.

Die Meinungen unserer Parteigenossen in der Zweiten Kammer waren verschieden: Genosse Branting hielt das Verbotrecht der Kommunen für besser, wogegen Genosse Bern-hard Eriksson für ein Reichsverbot war, das sich freilich dem Antrag gemäß nicht auf den Verkauf und die Herstellung von Spirituosen zu medizinischen, technischen und wissen-schaftlichen Zwecken erstrecken soll.

### Dänemark.

#### Dem Volke muß die Religion erhalten werden —

In mehreren dänischen Provinzstädten haben die Sozialdemo-kraten nach den Siegen bei den Stadttraktatwahlen von 1906 eine durchgreifende Reform des Schulwesens durchgeführt. In Esbjerg konnte mit dieser Reform schon vor einigen Jahren begonnen werden, und hier kam man um so besser vorwärts, als die Sozial-demokratie neben sämtlichen Mandaten der allgemeinen Wählerklasse im Jahre 1906 auch noch zwei Mandate der Höchst-Bezahlten erhielt und die übrigen Mandate dieser Klasse den Radikalen zufielen. Das sozialdemokratische Schulprogramm ist in dieser Stadt zu einem guten Teil verwirklicht. Der Halbtags-unterricht wurde beseitigt, eine kommunale Mittelschule wurde ge-gründet, alles Schulmaterial, alle Lehrbücher werden den Kindern unentgeltlich geliefert, ebenso Turnkleidung und Turnschuhe. Die Schulspeisung aus öffentlichen Mitteln ist ebenfalls durchgeführt, und der Lehrplan wurde durch neue nützliche Fächer bereichert, so durch Unterricht in der englischen Sprache, der in der Nordsee-hafenstadt mit ihrem starken Schiffsverkehr nach England und Amerika von besonders großem Werte ist. Die Schulinspektion wurde demokratisiert, und selbstverständlich versäumte man auch nicht, die Gehälter der Lehrer und Lehrerinnen zu verbessern.

Im verflochtenen Sommer hat die Gemeindevertretung nun be-schlossen, den Religionsunterricht, den gänzlich aus dem Unter-richtsplan zu beseitigen gesehlicher Hindernisse wegen nicht möglich ist, auf wöchentlich eine Stunde einzuschränken; ferner: an Stelle des üblichen mechanischen Auswendiglernens nach dem Katechismus den freien mündlichen Unterricht des Lehrers ein-zuführen. Die gleiche Reform wurde auch in der Stadt Riddelfart auf Fünen beschlossen, jedoch begnügte man sich hier mit einer Ver-minderung der Religionsstunden von 3 auf 2 Stunden wöchentlich. Die Schuldirektion hat jedoch ihre Zustimmung verweigert. Die Entscheidung war Sache der Regierung und sie gab auch auf diesem Gebiete ihre „liberalen Grundzüge“ preis: Der Kultusminister Sørensen verfügte für beide Städte, daß Luther's Katechismus und ein autorisiertes Lehrbuch auch in Zukunft gebraucht werden sollen; ebenso wandte er sich gegen die Verminderung der Religions-stunden.

Der Kampf gegen das mechanische Auswendiglernen der Schulkinder mit Religion wird in Dänemark schon seit Mitte des vorigen Jahr-hunderts geführt, und nicht nur von freigesinnten, sondern auch von ernsthaft religiösen Leuten. Eine Verminderung des Religionsunterrichts von 3 auf 2 Stunden wurde schon im Jahre 1901 in der Stadt Slagelse durchgeführt und von der damals konservativen Regierung gebilligt. Das war kurz vor dem ge-priesenen „Systemwechsel“, dessen Früchte dem dänischen Volke so manche Enttäuschung gebracht haben. —

### Afrika.

#### Kabinetts Notiz.

London, 1. März. (B. L. V.) Wie versichert wird, wird die englische Regierung Lord Selborne die Weisung erteilen, die Zu-sammensetzung des Transvaaler Senats durch Streichung einiger Progressivisten zu ändern. Diese Seite würden dann den Vuren oder Nationalisten zufallen, wodurch eine größere Harmonie zwischen Kabinetts und Senat herbeigeführt und der Bildung eines Kabinetts Vorhandlung im Wege stehen würde.

## Parlamentarisches.

### Geschäftslage des Reichstages.

Der Seniorensenat hat unter dem Vorsitz des Präsidenten verabredet, daß nach Beendigung der ersten Beratung des Etats — demnach am nächsten Dienstag — die Nachtragsetats für 1906 (Afrikabahn und nachträgliche Kosten für Truppenverpflegung usw.) zur Beratung gelangen.

Diese Etats werden ohne Kommissionsberatung im Plenum er-ledigt werden.

Nach diesen Etats werden die neun Interpellationen der Reihe nach zur Beratung gelangen. Das kleine Gesetz wegen der Betriebszählung soll zwischen durch zur ersten Beratung gelangen.

Ferner wurde beschlossen, die Sonnabend-sitzungen um 11 Uhr und die Montagsitzungen um 2 Uhr be-ginnen zu lassen und nach der Osterpause alle zwei Wochen den Sonnabend und Montag sittingsfrei zu lassen.

Der Bureaudirektor hat auf die bislang zu seiner Verfügung für Abgeordnete usw. gestellten 60 Tribünenbilletts verzichtet. Sie werden den Fraktionen überwiesen. Die für die allgemeine Tribüne bestimmten Karten bleiben selbstverständlich nach wie vor der Benutzung durch das Publikum vorbehalten.

Wer den Verhandlungen beiwohnen will, muß sich daher einige Tage zuvor an das Bureau (Portal 5) wenden oder an den Ab-geordneten, dem die Fraktion die Abgabe der Tribünenbilletts über-tragen hat (das ist bei unserer Fraktion der Genosse Raben).

## Gewerkchaftliches.

### Wieder ein „Christlicher“ Arbeitererrat!

Seit einigen Wochen stehen die Gärtner in Düsseldorf in einer Lohnbewegung, die vollen Erfolg verspricht, da der größte Teil der in Betracht kommenden Arbeitnehmer organisiert ist. Die Handelsgärtner hatten sich daraufhin gleichfalls zu einem Verein zusammengetan und eine Kommission gewählt, die das weitere ver-anlassen sollte. In der letzten Versammlung erklärte nun einer der führenden Arbeitgeber, daß es doch gar nicht nötig sei, diese Forderungen zu bewilligen, da Herr Bannier-Essen, der Ge-schäftsführer des christlich-nationalen deutschen Gärtnerverbandes, ihm versichert hätte, 100 Arbeitswillige im Falle eines Ausstandes nach Düsseldorf zu schicken. Als Gegenleistung soll dann höchst-wahrscheinlich ein minderwertiger Tarif mit den „Christlichen“ abgeschlossen werden. Diese Handlungsweise kann man erst verstehen, wenn man hört, daß in Düsseldorf kein Mit-glied der Christlichen sich befindet und daß Herr Bannier rechtzeitig von der Lohnbewegung unterrichtet war. Herr Bannier müßte schon alle seine Mitglieder nebst Führern aus Rheinland-Westfalen nach Düsseldorf verkaufen, um das „Schwarze Hundert“ voll zu machen. Diese Gelder werden aber erleben, daß ihr Verhalten an dem gesunden Sinne der Gärtner abprallt, sie werden die Er-kenntnis der großen Masse der Gärtner fördern, daß sie nur in den „Allgemeinen deutschen Gärtnerverein“ gehören.

### Berlin und Umgegend.

Achtung! Arbeiter, Bauarbeiter! Wegen Differenzen ist der Bau Pariserstr. 18, Ede Sächsischstraße, Unternehmer Schmarbed, gesperrt. Der Unternehmer Kowald hat seine Postkammer ausgesperrt und ist infolgedessen sein Bau Kurfürstenstraße 58 gesperrt.

Die Sperre über die Firma Müller, Kochenstraße, bleibt be-stehen. Die Bauten sind Wilmersdorf, Rainersstr. 23, Tempelhof, Porussistr. 7—9, Westend, Haefelerstr. 1—4 und 10, Charlotten-burg, Steinplatz 4, Ede Uhländerstraße.

Mit der Aussperrung der Automobilbroschürenführer beschäftigte sich eine Versammlung der Vertrauensmänner aller Droschken-führer Berlins, die am Donnerstagabend in den „Arminhallen“ stattfand. Jeder legte in längeren Ausführungen die gegenwärtige Situation dar und forderte die Vertrauensmänner auf, dafür zu sorgen, daß den Ausgesperrten möglichst viel Unterstützung zuteil werde. Viele Autoführer haben sich bekanntlich dem Pferde-droschkenbetrieb wieder zugewandt und es wird erwartet, daß sie ein kollegiales Entgegenkommen finden. Die kleinen Nebenereien, die zwischen Chauffeurs und Droschkenführern gewöhnlich be-stehen, müssen gegenüber der Haltung der Unternehmer vollständig verschwinden. Haben die Unternehmer mit ihrer Aussperrung den gewünschten Erfolg, so könnten sehr leicht auch für die Droschken-führer nachteilige Folgen daraus erwachsen. Jeders Rede fand lebhafteste Zustimmung. Nachdrücklich betont wurde von allen Seiten, daß die Organisation unter den Droschkenführern viel besser aus-gearbeitet werden müsse. Verschiedene Vorschläge zu einer energischen Agitation wurden gemacht und den Vertrauensmännern ans Herz gelegt, ihre volle Schuldigkeit zu tun, damit die Ausübung der solidarischen Pflicht, wie jetzt bei der Aussperrung der Kollegen vom Automobil, eine Selbstverständlichkeit werde.

### Deutsches Reich.

Der Konflikt in Hamburg-Hafen spitzt sich immer mehr zu. Seitens der Hamburg-Amerika-Linie und der Schiffsmaster- und Reedereifirma Eugène Celler ist den Schauerleuten, die auf den Schiffen dieser beiden Reedereien beschäftigt waren, gestern der Bescheid zugegangen, daß nichts gearbeitet werden dürfe. Die Schauerleute lehnten das mit dem Bemerkten ab, daß sie nur bis 10 Uhr arbeiten würden. Darauf wurde gestern Abend, wie in der letzten Zeit üblich, bereits um 8 Uhr Feierabend geboten. — Eine Entscheidung in den zwischen dem Hafentreibereiverein und den Schauerleuten schwebenden Differenzen dürften aber die nächsten Tage bringen. Die Reeder haben die Kommission der Schauer-leute aufgefordert, sich bis zum Sonnabend in der Frage der Nacht- und Sonntagarbeit zu entscheiden. Die Reeder verlangen, daß wenn die Abfertigung der Schiffe es erfordert, nachts und Sonntags gearbeitet wird. Sollten die Schauerleute dies ablehnen, so will der Hafentreibereiverein bereits am Montag nächster Woche andere Maßregeln treffen. Voraussichtlich werden die Schauerleute am Sonnabend die Frage noch einmal in einer Ver-sammlung beraten.

### Wirkungen des mitteldeutschen Bergarbeiterstreiks.

Zu den Werken, die sich im mitteldeutschen Streik der Braun-kohlengräber am bedauerlichsten fühlten, gehörten die Schau-rieber'scher Kohlenwerke. Die Verwaltung dieser Ge-sellschaft war es, welche entgegen ihrem Versprechen, die Kun-tenentscheidung einzuführen, einen großen Transport Polen kommen ließ, die aber abgefangen wurden. Nach dem Streik sträubte sich die Verwaltung aufs äußerste, menschenwürdige Zustände in ihren Betrieben zu schaffen. Wie diese ihre Arbeitervereinschaft gewirkt hat, lehrt am besten der jetzt veröffentlichte Geschäftsbericht pro 1906. Es heißt da:

„Das Geschäftsjahr 1906 hatte unter einem 12wöchentlichen Streik sehr zu leiden. Auch nach Beendigung des Streiks mochte sich immer noch eine gewisse Unruhe unter den Arbeitern be-merkbar und vor allem bis in den Winter hinein ein außer-ordentlicher Mangel an Arbeitskräften. Der Bruttogewinn pro 1906 betrug 465 437 M.; nach Abschreibungen von 250 123 M. (272 017) verbleibt ein Nettogewinn von 213 314 M. (341 069). Es soll vorge schlagen werden, eine Dividende von 5 Proz. (8) zur Ausschüttung zu bringen und den Rest von 14 576 M. (14 576) auf neue Rechnung vorzutragen.“

Die Arbeiterverhältnisse haben sich, wie die Verwaltung weiter mitteilt, inzwischen wesentlich gebessert, was bereits im Januar-ausweis zum Ausdruck gelangt. Im Januar sei der Uberschuh recht zufriedenstellend gewesen.

Hätte die Gesellschaft auch nur eine Kleinigkeit nachgegeben, sie hätte jetzt nicht einen so großen Ausfall am Uberschuh zu „er-leiden“ gehabt. Ehe allerdings die Kohlenmagnaten ihren Ar-beitern etwas bewilligen, kann lieber die Welt zugrunde gehen!

### Tariffbewegung der Holzarbeiter in Leipzig.

Der Unternehmerverband der Holzindustriellen im Bezirk Leipzig kündigte am 10. Januar den Holzarbeitern den am 1. Sep-tember 1904 abgeschlossenen Tarifvertrag für den 31. März d. J. In einer von über 2000 Personen besuchten Versammlung nahmen nun die Holzarbeiter nach einem Referat des Bevollmäch-tigten Genossen W. Gerike eine Resolution an, in der sie zum Ausdruck brachten, daß sie in der Kündigung des Tarifs unter den gegenwärtigen Umständen die Absicht der Unternehmer erlitten, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Leipziger Holzarbeiter zu verschlechtern, daß sie aber willens seien, Verschlechterungen mit aller Energie abzuwehren, und wenn die Folge davon eine tari-flose Zeit wäre. Die Versammlung beschloß in geheimer Ab-stimmung die Erhöhung der Wochenbeiträge von 75 Pf. auf 1 M. vom 1. März ab bis auf weiteres. Die Stimmung unter den Holzarbeitern ist vorzüglich.

### Ausland.

In Hafen von Triest ist eine umfangreiche Streikbewegung ausgebrochen. Aus Anlaß einer unter den Kohlenladern ent-standenen Lohnbewegung hat die Genossenschaft der Jacchini die Verlade- und Völsarbeiten eingestellt, sodas nun im Freihafen-gebiet jede Tätigkeit ruht. Die in den Streik getretenen Hafen-arbeiter und Holzverlader beschloßen in einer abends abgehaltenen Versammlung, daß, falls nicht aus dem Freihafen alle Privatunter-nehmer mit Ausnahme der Kontraktanten entfernt würden, die Arbeit nicht wieder aufgenommen werden solle.

### Die Tariffbewegung der norwegischen Buchdrucker.

Die norwegischen Buchdrucker hatten ihre bisher geltenden Tarifverträge gekündigt, und sie kündigten auch rechtzeitig ihre Stellungen, um sofort in den Streik treten zu können, falls an-nehmbar neue Verträge nicht zustande kamen. Nun ist jedoch für die beiden größten Städte bereits eine Einigung erzielt worden. In Bergen wurde eine Erhöhung des Minimallohnes von 24 auf 26 Kronen durchgeführt, und in gleichem Maße wurden die Akkordsätze erhöht. Der neue Tarif ist dort bereits von den Organi-sationen beider Parteien endgültig anerkannt. In Kristiania haben sich die Vertreter der Parteien über einen neuen Tarif-vertrag geeinigt, der die Minimallohnwöchensöhne um 1 und 2 Kronen und in gleichem Maße die Akkordsätze erhöht. Eine alte Streit-frage, die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Seherinnen, die in Kristiania ziemlich zahlreich sind, wurde ebenfalls entschieden. Die Seherinnen sollen vom 1. Januar 1908 ab nach fünfjähriger Be-fristung und Ablegung einer Gesellenprüfung den selben Lohn wie die männlichen Seher erhalten. Ueber die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Maschinenseher soll noch nachträglich in einem von den Organisationen beider Parteien zu wählenden Komitee verhandelt werden. Eine Lehrlingskassa ist anerkannt.

### Die Aussperrung in Lodz.

Der Abgeordnete Patzensti ist nach Berlin gereist, um bei dem Lodzer Fabrikantenverband, der dort seinen Sitz hat, nach der Richtung zu vermitteln, daß die Arbeitersperrung in Lodz nach der Eröffnung der Duma aufgehoben werde.

### Eingegangene Druckschriften.

Blatts. Heft 9. Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanz-wesen (Herausgeber: Georg Bernhard.) Abonnement einschließlich der Blatts-Verlags vierteljährlich per Post und Buchhandel 1,50 M., direkt vom Verlag 4 M. Verlag: Berlin-Charlottenburg, Goethestraße 69.

Die Mittelstädte. Wochenschrift in ihrer Bevölkerungsentwicklung 1858 und 1900 von Dr. S. Feld. 2,80 M. Die autonome Fabrik von G. H. Epstein. 2 M. Zur Frage der Berufsvormundschaft erlässt vom hiesigen Ausschuss. 2,40 M. Verlag: D. A. Böhmert, Dresden, Glacéstraße.

Dinge. die noch nicht gesagt sind, ausgesprochen von El Reccar. Preis 80 Pf. Olympia-Verlag Brüssel und Leipzig.

Die Grundzüge einer vernünftigen Säuglingsernährung. Verf. Dr. R. Müller, Pflanzgarten und Hebammen von Dr. Max Eberl, Kinderarzt in Wilmersdorf-Berlin.

Germania — dasheim von R. Bötzger. Preis 1,60 M. Verlag: M. Neigler, Leipzig.

Die ersten deutschen Sozialistenkongresse. Urkunden aus der Jugendzeit der deutschen Sozialdemokratie. (1865—1875.) Herausgegeben von der Frankfurter „Volkstimme“. Preis 50 Pf. — Verlag: „Volkstimme“, Walter u. Co., Frankfurt a. M.

Charlottenburger Statistik Heft 20. Stand und Bewegung der Bevölkerung in den Jahren 1904 und 1905 und die gemeldeten Infektions-krankheiten. Herausgegeben vom Statistischen Amt der Stadt. Kommissions-verlag: E. Ulrich u. Co., Charlottenburg.

Der gewerbliche Rechtschutz in Deutschland. Von B. Tollsdorf. („Aus Natur und Geisteswelt“). Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständ-licher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens. 138. Bandchen. Verlag von B. G. Teubner in Leipzig. Geh. 1 M., geb. 1,25 M.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Nachwahl in Mülhhausen-Langensalza.

Mülhhausen (Thüringen), 1. März. (B. L. V.) Bei der heutigen Reichstagsnachwahl in Wahlkreise Mülhhausen-Langensalza-Wachsensee wurde nach den bisherigen Feststellungen Arnstadt (konservativ und Bund der Landwirte) mit 11 903 Stimmen gewählt. Merzen (freisinnige Volkspartei) erhielt 5989, Graunwald (Sozialdemokrat) 5611 Stimmen; zerplittert waren 26 Stimmen.

### Verhollener Dampfer.

Hamburg, 1. März. (B. L. V.) Am 19. Februar von Schottland nach Hamburg abgegangene Dampfer „Elisabeth“ der hiesigen Reederei Sauber Gebr., der seit 10 Tagen überfällig ist, ist bisher nicht ein-getroffen. Da auch keinerlei Nachricht über ihn eingetroffen ist, nimmt die Reederei an, daß der Dampfer mit seiner aus 20 Mann bestehenden Besatzung untergegangen ist.

### Verhüllte Schiffskatastrophe.

Antwerpen, 1. März. (B. L. V.) Auf der Schelde herrschte nachts und heute morgen dichter Nebel. Durch denselben wäre be-nähe eine Katastrophe ähnlich derjenigen des Dampfers „Berlin“ herbeigeführt worden. Der holländische Dampfer „Queen Wilhelmine“ der Linie Vlissingen-Duynsborough, einer Kon-kurrenzlinie der Linie Harwich, Hoel von Holland stieß mit dem Dampfer „Bardin“ zusammen und begann sofort zu sinken. Glücklicherweise war der Schleppdampfer „Tharmes“ in der Nähe und leistete sofort Hilfe. Die 83 Passagiere und die Postkiste konnten noch rechtzeitig von dem Schleppdampfer an Bord ge-nommen werden.

### Zimmererstreik.

Berlin, 1. März. (B. L. V.) Die hiesigen Zimmerer sind in den Ausstand getreten; sie verlangen eine Lohnerhöhung sowie ver-schiedene Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen. Die Arbeit-geber sind bereit, eine Lohnerhöhung von 5 Proz. zu gewähren, er-klären jedoch, weitere Zugeständnisse nicht machen zu können. Durch den Streik ist die gesamte Bauindustrie in der Stadt lahmgelegt.

### „Es war so schön gewesen!“

Petersburg, 1. März. Der Petersburger Telegraphenagentur wird aus Bizar gemeldet: Auf kaiserlichen Befehl haben heute die russischen Truppen Bizar, das seit 1900 besetzt war, geräumt. Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsblätter

Reichstag.

7. Sitzung vom Freitag, den 1. März, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf v. Posadowsky, Frhr. v. Stengel, Dernburg, v. Tschirschky, Löbell, Wiederding.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Etatberatung.

Bundesratsbevollmächtigter Konteradmiral Capelle: Der Abg. Gröber hat gestern gefragt, ob wirklich Ordnungen und Ranglisten des Marineamts vom Flottenverein mit der Wahllegitation beschäftigt worden sind.

Abg. Fürst Knigge (Sp.): Bei der Auflösung des Reichstags handelte es sich keineswegs um eine Vapalle, wie Herr Gröber meinte. (Sehr richtig! rechts.) Herr Vayer wollte, daß in allen Bundesstaaten das Reichstagswahlrecht eingeführt würde; das könnte nur durch einen Staatsstreich geschehen.

In Breslau ist der Wahlkampf von sozialdemokratischer Seite gehässig geführt worden, wir dagegen haben ihn sachlich geführt; wir haben gegen die Personen der Herren Bernstein und Zupauer nichts, wir haben den Kampf nur gegen das sozialistische Prinzip geführt.

Abg. Dr. Semler (natl.): Ich wollte ursprünglich etwas über die Rede des Abg. Webel sprechen, habe aber dann meine Zettel gerissen. Herrn Dr. Biemer werde ich später antworten.

Die Behauptung des Abg. Gröber, daß der Wahlbau auf den Gang des Zeitgeses keinen Einfluß habe, ist durch den wahren Sachverhalt widerlegt. Ueber die Notwendigkeit der Zurückziehung von Truppen konnten nur die verbündeten Regierungen auf Grund des Gutachtens der militärischen Sachverständigen entscheiden.

Das Zentrum hat in seiner Konart die Sozialdemokraten noch übertröffen. (Zurufe im Zentrum: Beweise!) Ein Beweis ist, daß ich es Ihnen sage! (Stürmisches Gelächter im Zentrum.) Das Zentrum benutzt die Sozialdemokratie, wenn es gilt, den schlimmeren Feind, den Liberalismus, zu bekämpfen.

Die Ausführungen des Herrn Vorredners, speziell über das „Wandnis von Zentrum und Sozialdemokratie“, haben auf mich den Eindruck gemacht, daß Herr Semler sich in einer Stimmung befindet, aus der man schließen muß, daß ihm seine Treppentreppe nicht gut bekommen ist.

Abg. Singer (Soz.):

Der Herr Reichskanzler hat sieben Gründe angeführt, aus denen unsere Niederlage eine wohlverdiente sei. Nun, eine Niederlage haben wir nur in bezug auf unsere Mandate erlitten.

Die Ausführungen des Herrn Vorredners, speziell über das „Wandnis von Zentrum und Sozialdemokratie“, haben auf mich den Eindruck gemacht, daß Herr Semler sich in einer Stimmung befindet, aus der man schließen muß, daß ihm seine Treppentreppe nicht gut bekommen ist.

Der Herr Reichskanzler hat sieben Gründe angeführt, aus denen unsere Niederlage eine wohlverdiente sei. Nun, eine Niederlage haben wir nur in bezug auf unsere Mandate erlitten.

Die Ausführungen des Herrn Vorredners, speziell über das „Wandnis von Zentrum und Sozialdemokratie“, haben auf mich den Eindruck gemacht, daß Herr Semler sich in einer Stimmung befindet, aus der man schließen muß, daß ihm seine Treppentreppe nicht gut bekommen ist.

Die Ausführungen des Herrn Vorredners, speziell über das „Wandnis von Zentrum und Sozialdemokratie“, haben auf mich den Eindruck gemacht, daß Herr Semler sich in einer Stimmung befindet, aus der man schließen muß, daß ihm seine Treppentreppe nicht gut bekommen ist.

Die Ausführungen des Herrn Vorredners, speziell über das „Wandnis von Zentrum und Sozialdemokratie“, haben auf mich den Eindruck gemacht, daß Herr Semler sich in einer Stimmung befindet, aus der man schließen muß, daß ihm seine Treppentreppe nicht gut bekommen ist.

von Präfektenwahlen trugen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Er hat sich als gelehriger Schüler Napoleons des Kleinen bewährt, indem er Wahlen infizierte in der Weise, wie unter napoleonischer Herrschaft die Plebiszitwahlen zustande gebracht wurden.

Abg. Fürst Knigge (Sp.): Bei der Auflösung des Reichstags handelte es sich keineswegs um eine Vapalle, wie Herr Gröber meinte. (Sehr richtig! rechts.) Herr Vayer wollte, daß in allen Bundesstaaten das Reichstagswahlrecht eingeführt würde; das könnte nur durch einen Staatsstreich geschehen.

Abg. Dr. Semler (natl.): Ich wollte ursprünglich etwas über die Rede des Abg. Webel sprechen, habe aber dann meine Zettel gerissen. Herrn Dr. Biemer werde ich später antworten.

Die Behauptung des Abg. Gröber, daß der Wahlbau auf den Gang des Zeitgeses keinen Einfluß habe, ist durch den wahren Sachverhalt widerlegt. Ueber die Notwendigkeit der Zurückziehung von Truppen konnten nur die verbündeten Regierungen auf Grund des Gutachtens der militärischen Sachverständigen entscheiden.

Das Zentrum hat in seiner Konart die Sozialdemokraten noch übertröffen. (Zurufe im Zentrum: Beweise!) Ein Beweis ist, daß ich es Ihnen sage! (Stürmisches Gelächter im Zentrum.) Das Zentrum benutzt die Sozialdemokratie, wenn es gilt, den schlimmeren Feind, den Liberalismus, zu bekämpfen.

Die Ausführungen des Herrn Vorredners, speziell über das „Wandnis von Zentrum und Sozialdemokratie“, haben auf mich den Eindruck gemacht, daß Herr Semler sich in einer Stimmung befindet, aus der man schließen muß, daß ihm seine Treppentreppe nicht gut bekommen ist.

Der Herr Reichskanzler hat sieben Gründe angeführt, aus denen unsere Niederlage eine wohlverdiente sei. Nun, eine Niederlage haben wir nur in bezug auf unsere Mandate erlitten.

Die Ausführungen des Herrn Vorredners, speziell über das „Wandnis von Zentrum und Sozialdemokratie“, haben auf mich den Eindruck gemacht, daß Herr Semler sich in einer Stimmung befindet, aus der man schließen muß, daß ihm seine Treppentreppe nicht gut bekommen ist.

Die Ausführungen des Herrn Vorredners, speziell über das „Wandnis von Zentrum und Sozialdemokratie“, haben auf mich den Eindruck gemacht, daß Herr Semler sich in einer Stimmung befindet, aus der man schließen muß, daß ihm seine Treppentreppe nicht gut bekommen ist.

Die Ausführungen des Herrn Vorredners, speziell über das „Wandnis von Zentrum und Sozialdemokratie“, haben auf mich den Eindruck gemacht, daß Herr Semler sich in einer Stimmung befindet, aus der man schließen muß, daß ihm seine Treppentreppe nicht gut bekommen ist.

Die Ausführungen des Herrn Vorredners, speziell über das „Wandnis von Zentrum und Sozialdemokratie“, haben auf mich den Eindruck gemacht, daß Herr Semler sich in einer Stimmung befindet, aus der man schließen muß, daß ihm seine Treppentreppe nicht gut bekommen ist.

Die Ausführungen des Herrn Vorredners, speziell über das „Wandnis von Zentrum und Sozialdemokratie“, haben auf mich den Eindruck gemacht, daß Herr Semler sich in einer Stimmung befindet, aus der man schließen muß, daß ihm seine Treppentreppe nicht gut bekommen ist.

Die Ausführungen des Herrn Vorredners, speziell über das „Wandnis von Zentrum und Sozialdemokratie“, haben auf mich den Eindruck gemacht, daß Herr Semler sich in einer Stimmung befindet, aus der man schließen muß, daß ihm seine Treppentreppe nicht gut bekommen ist.

wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Reichskanzler hatte alle Ursache, seinen Herrn Stellvertreter zu bitten, im Reichstage diese Erklärung abzugeben. Das hat ihm aber nicht in den Kram gepaßt, er waltete zu tief im Wahlschlumpfe.

Abg. Fürst Knigge (Sp.): Bei der Auflösung des Reichstags handelte es sich keineswegs um eine Vapalle, wie Herr Gröber meinte. (Sehr richtig! rechts.) Herr Vayer wollte, daß in allen Bundesstaaten das Reichstagswahlrecht eingeführt würde; das könnte nur durch einen Staatsstreich geschehen.

Abg. Dr. Semler (natl.): Ich wollte ursprünglich etwas über die Rede des Abg. Webel sprechen, habe aber dann meine Zettel gerissen. Herrn Dr. Biemer werde ich später antworten.

Die Behauptung des Abg. Gröber, daß der Wahlbau auf den Gang des Zeitgeses keinen Einfluß habe, ist durch den wahren Sachverhalt widerlegt. Ueber die Notwendigkeit der Zurückziehung von Truppen konnten nur die verbündeten Regierungen auf Grund des Gutachtens der militärischen Sachverständigen entscheiden.

Das Zentrum hat in seiner Konart die Sozialdemokraten noch übertröffen. (Zurufe im Zentrum: Beweise!) Ein Beweis ist, daß ich es Ihnen sage! (Stürmisches Gelächter im Zentrum.) Das Zentrum benutzt die Sozialdemokratie, wenn es gilt, den schlimmeren Feind, den Liberalismus, zu bekämpfen.

Die Ausführungen des Herrn Vorredners, speziell über das „Wandnis von Zentrum und Sozialdemokratie“, haben auf mich den Eindruck gemacht, daß Herr Semler sich in einer Stimmung befindet, aus der man schließen muß, daß ihm seine Treppentreppe nicht gut bekommen ist.

Der Herr Reichskanzler hat sieben Gründe angeführt, aus denen unsere Niederlage eine wohlverdiente sei. Nun, eine Niederlage haben wir nur in bezug auf unsere Mandate erlitten.

Die Ausführungen des Herrn Vorredners, speziell über das „Wandnis von Zentrum und Sozialdemokratie“, haben auf mich den Eindruck gemacht, daß Herr Semler sich in einer Stimmung befindet, aus der man schließen muß, daß ihm seine Treppentreppe nicht gut bekommen ist.

Die Ausführungen des Herrn Vorredners, speziell über das „Wandnis von Zentrum und Sozialdemokratie“, haben auf mich den Eindruck gemacht, daß Herr Semler sich in einer Stimmung befindet, aus der man schließen muß, daß ihm seine Treppentreppe nicht gut bekommen ist.

Die Ausführungen des Herrn Vorredners, speziell über das „Wandnis von Zentrum und Sozialdemokratie“, haben auf mich den Eindruck gemacht, daß Herr Semler sich in einer Stimmung befindet, aus der man schließen muß, daß ihm seine Treppentreppe nicht gut bekommen ist.

Die Ausführungen des Herrn Vorredners, speziell über das „Wandnis von Zentrum und Sozialdemokratie“, haben auf mich den Eindruck gemacht, daß Herr Semler sich in einer Stimmung befindet, aus der man schließen muß, daß ihm seine Treppentreppe nicht gut bekommen ist.

Die Ausführungen des Herrn Vorredners, speziell über das „Wandnis von Zentrum und Sozialdemokratie“, haben auf mich den Eindruck gemacht, daß Herr Semler sich in einer Stimmung befindet, aus der man schließen muß, daß ihm seine Treppentreppe nicht gut bekommen ist.

Die Ausführungen des Herrn Vorredners, speziell über das „Wandnis von Zentrum und Sozialdemokratie“, haben auf mich den Eindruck gemacht, daß Herr Semler sich in einer Stimmung befindet, aus der man schließen muß, daß ihm seine Treppentreppe nicht gut bekommen ist.

nahme eines Abgeordneten (Hört! hört! h. d. Soz.), ein Teil des Zentrums und ein Teil der Nationalliberalen. (Hört! hört! h. d. Soz.) Und noch eine sehr interessante Episode möchte ich den Herren von der freisinnigen Partei in Erinnerung rufen: Als im Jahre 1897 das Zentrum Aufhebung des Reichszusatzes zur Versicherung beantragte und eine Einschränkung der Versicherungspflicht haben wollte, da erklärte der Herr Abgeordnete Richter, daß er für diesen Antrag stimme, weil es der erste Schritt zur Befreiung der Arbeiterversicherung sei. (Hört! hört! h. d. Soz.) Ich denke, danach werden die Herren mit ihren Vorwürfen, daß wir gegen die sozialen Gesetze gestimmt haben, für die Folge etwas vorsichtiger sein. (Sehr gut! h. d. Soz., Widerspruch h. d. Soz., Zuruf h. d. Soz.: „Nun, dann sagen Sie nur ruhig weiter!“ Sehr gut! h. d. Soz.)

In bezug auf die phantastischen Pläne des neuen Herrn Kolonialdirektors ist schon in der Debatte mehrfach auf seine frühere Tätigkeit als Bankdirektor eingegangen worden. Ich bin überzeugt: wenn der Herr Bankdirektor Dernburg eine Aktiengesellschaft gegründet und an Grund ähnlicher phantastischer Projekte die Zulassung dieser Aktien bei der Börse beantragt hätte, daß dann keine deutsche Börse die Zulassung dieser Aktien genehmigt hätte. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Herr Dernburg besitzt ja einen Phantasiestiel, um den man ihn wirklich beneiden kann. Ich will von der Dattelkiste gar nicht reden. (Heiterkeit.) Seine Vorschläge allein zeugen von einer beneidenswerten Phantasie. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Er erinnert mich an einen Mann, der seinen Reichtum in folgender Weise festsetzt: Er nimmt ein großes, sehr sandiges Stück Land, engagiert viele Arbeiter, um den Sand von einer Stelle nach der anderen zu schaffen, berechnet die Arbeitslöhne, kapitalisiert sie und sagt dann, das ist der Wert meines Grundstücks. (Große Heiterkeit.) Der Reichszusatz weist uns unpatriotische Haltung vor und verurteilt sich dabei auf unseren französischen Genossen. Nun, die letzten Tage haben wohl den Beweis erbracht, wie man diese Begünstigung bewerten muß. Jaures hat sich in einem Artikel gegen die Rede gewandt und erklärt: er sei das schon gewöhnt; in Frankreich mache man das umgekehrt: Dort wird seinen Genossen der deutsche Sozialist Bebel als Mörder des Patriotismus vorgehalten. (Heiterkeit. Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es ist es immer: Das Ausland beruft sich auf die nationalisierende Gesinnung unserer deutschen Parteigenossen, und die deutschen Herren Staatsmänner auf die der französischen. Ich muß es aber geradezu als unerhörte Beleidigung, wenn der Reichszusatz — um mich eines Ausdrucks des Abgeordneten Semler zu bedienen — sich herausnimmt, zu behaupten, daß die deutschen Sozialisten dem Deutschen Reich ein zweites Jena wünschen, vorausgesetzt, daß die Partei dabei prosperiert! Der Reichszusatz glaubt wohl, wie es Herr Semler vorhin getan hat, daß eine Behauptung dadurch bewiesen wird, daß er sie aufstellt? (Heiterkeit.) Ich muß aber sagen, daß diese Behauptung der Wahrheit so sehr widerspricht, daß wir von ihm verlangen müssen, den Beweis dafür zu erbringen. Er möge uns das beweisen aus irgend einer Rede in diesem Hause, aus irgend einem Beschluß auf einem unserer Parteitage. Ich kann diese Behauptung nicht anders charakterisieren, als indem ich sie mit einem Worte des Reichszusatzes als phantastische, perfide Krügelei an den Behauptungen der Sozialdemokratie bezeichne. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Weiter hat der Reichszusatz seine Entrüstung über die angebliche Behauptung des „Vorwärts“ ausgesprochen, daß die Kolonie Südafrika nur gehalten werde, um auf England einen Druck auszuüben. Demgegenüber stelle ich fest, daß es der Abgeordnete Latmann, also ein Mitglied der Schutztruppe des Reichszusatzes, gewesen ist, der vor einem Jahre in diesem Hause die Behauptung zuerst ausgesprochen hat. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Sehr selten ist es ja, daß die Herren von der Linken sich so große Mühen über den Erfolg ihrer Politik in den Kopf zu setzen machen. Die Herren Biemer und Payer haben ja allerdings etwas Wasser in den Wein der Einigkeit gegossen, aber es läßt sich doch nicht leugnen, daß die Herren bereits erhebliche Vorwürfe auf diese zu erwartenden Sprüche der konservativ-liberalen Paarung zu leisten bereit waren. (Widerspruch links.) Aus der Rede des Abg. Payer besonders klingt es heraus, als ob die freisinnigen so manches, was sie früher mit großer Energie erbeten haben, jetzt mehr in den Hintergrund stellen wollen. (Widerspruch links.) Die Kolonialfreundlichkeit soll wohl als Morgengabe der freisinnigen gelten, ebenso wie das Wörtchen als Morgengabe der Konservativen. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Debatte hat sich gestern und heute über diese seltsame, konservativ-liberale Mischung genügend verbreitet. Die Liberalismus möchte an die Stelle des Zentrums treten, und vielleicht erleben wir es noch, daß statt Herrn Spahn Herr Müller-Reginow, gekleidet mit dem Plünderhut, ins Reichszusatzpalais geht, um von dort frohe Volkshaus heimzubringen. (Heiterkeit.) Eingeführt hat sich der Freisinn ganz außerordentlich: Er hat als Morgengabe 82 Wahlkreise mitgebracht, um welche er die rechte Seite des Hauses gekämpft hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Vielleicht war das aber notwendig, um überhaupt die Unterwürigkeit für den Ehepaar zu erlangen. Es gibt aber manche Mitgl., die als moralisch nicht betrachtet werden kann, und als solche erscheinen mir die in die konservativ-liberale Ehe eingebrachten Mandate. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Das eigentlich Bemerkenswerte beim Liberalismus scheint mir zu sein, daß er — ebenso wie die Nationalliberalen — in den letzten Tagen hier dem Reichszusatz Hymnen gesungen hat für das, was der Kanzler in so vorzüglicher Weise als sein „Program m“ mitgeteilt hat. Allerdings ist schon von dem Staatssekretär des Innern gesagt worden, daß der Reichstag sich für die Durchführung dieses Programms auf diese Millionen und — was mir noch bedeutsamer erscheint — auf diese Sessoren gefaßt machen müsse. Aber für die Kolonialpolitik haben die Herren sich verpflichtet, und da ist es doch nicht unbedeutend, wenn auch aus den Reihen des Blods an der zukünftigen Einigkeit so starke Zweifel geäußert sind wie von Herrn Camp. Wenn Herr Camp es für notwendig erachtet, daß die Reichspolitik getragen wird von der Auffassung, die in Preußen herrscht, dann werden die Herren an ihrer Kolonial- und Finanzpolitik wohl keine Freude erleben.

Eine Ehe soll ja wenigstens einige Zeitlang Einigkeit zeigen, und da ist von Bedeutung die Behauptung des Herrn Camp bezüglich einer Frage, die jetzt auch den Reichstag beschäftigt, die Frage der Immunität.

Er sagte: Ihm und seinen Freunden würde es in keiner Weise einfallen, die Immunität zu erweitern. Die Abgeordneten hätten kein Recht, zu verschweigen, was ihnen in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete mitgeteilt wäre; belämen sie dieses Recht, so würde damit die Gefahr zur Verleitung von Verbrechen entstehen! Ich kann nur bedauern, daß er die Abgeordneten so niedrig einschätzt. (Sehr richtig! links.) Doch will ich jetzt auf diese Frage nicht eingehen, da ja bestimmte Anträge bereits vorliegen. Doch kann ich, wenn ich den Gegenstand verlasse, eine Bemerkung nicht unterdrücken: Ich bedauere das Verhalten des Abg. Erzberger. Er hat der Wahrung der Immunität der Abgeordneten einen recht schlechten Dienst geleistet. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Abg. Erzberger ruft: „Im Gegenteil!“) Was Herr Camp vom Zusammenhang mit dem Zentrum sagte, bestätigt meine Vermutung, daß die konservativen Reaktionen rechts und im Zentrum die Herren schon wieder zusammenführen werden. Wir wollen das ruhig abwarten. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Versöhnungspolitik, die Herr Camp weiter angestimmt hat, läßt in die Hoffnung aus, daß der Freisinn sich zum Schutz vor belästen solle. Das war der Preis, den Herr Camp aussetzte, um dem Freisinn eine Stütze in der neuen Familie zu gewähren. Man soll ja allerdings in der Politik die Parteien niemals nach der vox prima (dem ersten Wort) beurteilen, sondern das weitere Verhalten abwarten. Wenn Freisinn zeigt das ja auch das Verhalten des Herrn Eichhoff. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Unruhe bei den Freisinnigen.) Und

die Freisinnigen haben ja schon eine Wandlungsfähigkeit bewiesen, fast wie die nationalliberale Partei, die dafür allerdings das größte Verdienst hat. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Herr Camp hat dann die deutschen Verhältnisse geschildert und sie weit über die des Auslandes gestellt. Seine Ausführungen im einzelnen zu widerlegen, werden sich noch Gelegenheiten finden. Feststellen will ich aber doch: Wenn er hier behauptet hat,

#### unsere Schulen

seien die besten der Welt, so kennt er die Schulen in anderen Ländern nicht. Aber ebenso wenig kennt er dann unsere Schulen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Kaiser hat einmal erklärt, die Schweinefälle in Cadix seien besser als die Arbeiterwohnungen. Nun, die Schweinefälle auf den Gütern Ostindiens sind viel besser als die Arbeiterwohnungen und die Schulräume auf dem Lande. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) — Weiter rühmt Herr Camp

#### unsere Rechtsprechung.

Hat Herr Camp die hunderte von Fällen von Klassenjustiz vergessen, die wie im Reichstage so oft besprochen haben? Hat er vergessen, daß Urteile gefällt sind, in denen Sozialdemokraten als Leute bezeichnet werden, die minderen Rechts sind als andere? ... er die Statuten gegen Streikende vergessen, weiß er nicht, daß hier jeder Prozeß, in welchem ein Arbeiter vor Gericht steht und bestraft wird, damit endet, daß der Arbeiter, namentlich wenn er Sozialdemokrat ist, viel höher bestraft wird als ein Angehöriger der bürgerlichen Gesellschaft? Wie kann er demgegenüber leugnen wollen, daß unsere Rechtsprechung zu dem größten Mißtrauen und zu der größten Unzufriedenheit Veranlassung gibt? (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Ist Herr Camp die Polizeiwirtschaft in Preußen vollständig unbekannt? Weiß er nicht, wie hier der Schutzmannsdiener regiert und wie hier Übergriffe der Polizei durch die vorgelegte Behörde repariert werden müssen? Wenn behauptet wird, daß

#### die direkten Steuern in Preußen

niedriger seien als in anderen Ländern, so muß man doch darauf verweisen, welche Verteuerungsmomente in Deutschland hinzukommen: Weber der französische noch der englische Arbeiter hat soviel an den Staat zu zahlen wie der deutsche und zwar vor allem an den nimmermatten Agrarier. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, Unruhe rechts.) „In die Sozialdemokratie zahlt er!“ Einen besonders wichtigen Punkt in den Vorwürfen des Herrn Camp bildet der Vorkauf. Zunächst muß doch festgestellt werden, daß sehr viele, wenn nicht die meisten Streiks Abwehrstreiks sind, die den Arbeitern von den Unternehmern ausgingen werden. Bei dem Gerechtigkeitsgefühl, das Herr Camp doch wohl hat, nimmt es mich wunder, daß er soviel von Streiks und gar nicht von Ausbesserungen gesprochen hat, durch welche die Streiks erst veranlaßt sind. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Unsere Stellung zum Vorkauf hat mein Freund Bebel schon gekennzeichnet. Wir haben uns stets bemüht, wo solche Kämpfe ausgebrochen sind, ausgleichend einzugreifen. Andererseits muß doch betont werden, daß die Unternehmer den Arbeitern bei der wirtschaftlichen Bewegung meistens erst den Kulaß zum Ausstände geben. Herr Camp hat nach einer neuen Zuchthausvorlage förmlich geschrien und immer vom Terrorismus der Arbeiter, der nicht arbeitenden Streikenden gegen die Arbeitswilligen gesprochen. Vielleicht ist es nicht uninteressant, ein Beispiel dazu anzuführen, wie in Unternehmerrreisen die Frage des Schutzes der Arbeitswilligen aufgeföhrt wird. Ich will hier eine Photographie auf den Tisch des Hauses niederlegen, die gelegentlich einer Aussperrung im Jahre 1904 in Köln aufgenommen worden ist. Herr Köhl, der Inhaber der ausperrenden Baufirma, hat die Photographie anfertigen lassen, und Sie sehen da eine Reihe dieser braven Arbeitswilligen, wie sie den Revolver in der Hand halten, mit welchem sie ausgerüstet sind, um die Streikenden zu terrorisieren! Vielleicht kommen Sie dadurch doch zu einer anderen Auffassung über das, was seitens der Unternehmer zum Schutz der sogenannten Arbeitswilligen verlangt wird. Mir scheint, die Behauptung, daß die Nichtarbeitenden die Arbeitenden terrorisieren wollen, muß umgekehrt werden. Die Unternehmer wollen die Arbeitswilligen nicht nur benutzen, um die Arbeit der Streikenden zu verrichten, sondern sie wollen sie auch benutzen, um die Streikenden in terrorisierender Weise um ihr gutes Recht zu bringen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Arbeiter sind nach Herrn Camp immer diejenigen, die den Vorkauf verhängen, die Arbeitswilligen beschimpfen und andere schöne Dinge mehr, während die Unternehmer die reinen Unschuldengel sind, die kein Wässerchen trüben können. Dem gegenüber möchte ich doch auf die zahlreichen Fälle verweisen, in denen Unternehmer die Hungerstreiks gestoppt haben gegen Arbeiter, nur weil sie zu ihrer Organisation hielten. Wie oft wird den Arbeitern die Wahl gestellt, entweder aus der Organisation auszuscheiden oder die Arbeit niederzulegen! Was sagen zu einem solchen Vorgehen die Angehörigen der bürgerlichen Parteien? (Arm rechts und bei den Liberalen, in dem die nächsten Worte des Redners verloren gehen.)

Vizepräsident Knebel: Ich bitte um Ruhe; ich kann den Redner nicht verstehen. (Zuruf des Abg. Krennd: Ich verstehe schon lange nichts mehr! Heiterkeit.)

Abg. Singer (fortfahrend): Das liegt nicht an mir, sondern an Ihrer Unfähigkeit, derartige Dinge überhaupt zu verstehen. (Große Heiterkeit.)

Der Reichskanzler hat sich dagegen zu verteidigen gesucht, daß er für die Kinderheiratsparteien vom 13. Dezember Geldunterstützungen vermittelt hat. Ich bin der Meinung, daß der Reichstag es mit aller Entschiedenheit zurückweisen muß, wenn die Regierung sich dazu hergibt, für den Wahlkampf gewisser Parteien Geld zu vermitteln. Die Minister waren einmal sehr entrüstet, als wir sie den „geschäftsleitenden Ausschuss der Großindustrie“ nannten. Wenn die Anstalten des Reichskanzlers maßgebend wären, dann wären die Minister zu Handlungern der Großindustrie, zu Briefträgern, die das gesammelte Geld an die Adressaten weiter befördern, geworden. (Heiterkeit und lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ich begreife nicht, wie die Minister sich zu einer solchen Rolle herbeilassen können. Wenn wirklich nach dem Vorschlag des Herrn Liebermann der Regierung für Wahlzwecke ein Fonds zur Verfügung gestellt werden sollte, so sollte er nur gleich den Namen

#### Korruptionsfonds

bekommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das Vorgehen der Regierung, an die Parteien zu Wahlzwecken Geld zu verteilen, bedeutet nichts anderes als eine Umgehung des durch Gesetz verbotenen Kaufs von Wählern. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Herr Liebermann erklärt hat, das Verhalten seiner Parteigenossen bei den Wahlen sei das einer Avantgarde gewesen, so hat es auf mich vielmehr den Eindruck von Marodeuren gemacht. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Nach einem kleinen Beitrag zu der Moral, mit der der Wahlkampf geführt worden ist: Wir legen ein Flugblatt von einem nationalliberalen Komitee vor, welches zur Wahl des Herrn Professor Paasche auffordert und an die Arbeiterschaft gerichtet ist. In diesem Flugblatt wird der Kandidat des Bundes der Landwirte belächelt, und es wird gesagt: „Niemand wird behaupten wollen, daß die politischen Verbindungen des Bundes der Landwirte Industrie- und arbeiterfreundliche sind. Der Kandidat des Bundes der Landwirte muß für Erhöhung der Viehpreise, also für den Fleischwucher, stimmen!“ (Lebhafte Hört! hört! und große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Welches Allean müssen die Nationalliberalen ihren Wählern zutrauen, daß sie es wagen, ein solches Flugblatt zu verbreiten, wo doch jeder weiß, daß Herr Professor Paasche für all die Dinge gestimmt hat, die hier als Industrie- und arbeiterfeindlich hingestellt sind. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Die konservativ-liberale Mehrheit des Reichstages wird ebensowenig wie die bisherige liberal-konservativ-nationalliberale Mehrheit eine wirklich freiheitliche Entwicklung — politisch und wirtschaftlich — in Deutschland zeitigen; dazu reicht die Macht und der Einfluß des Wiener-Bayerischen Liberalismus nicht aus. Neue Löhne und Steuern für die breiten Volksmassen wird die konservativ-liberale Paarung erzeugen. Das zu verhindern wird der sogenannte entchiedene Liberalismus nicht imstande sein. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Unsere Aufgabe hier im Hause bleibt auch den veränderten Verhältnissen gegenüber die alte: Kampf gegen alles, was kultur-, volks- und arbeiterfeindlich ist. Für alles, was ernstlich und durchgreifend zur Hebung und Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Lage der Arbeiterklasse sowie aller wirtschaftlich Schwachen im Reiche dient und die freiheitliche Entwicklung auf allen Gebieten des Volkslebens fördert, werden wir noch wie vor eintreten. Wir werden es tun im Dienste der uns durch unsere Grundzüge und unser Programm gestellten Aufgabe: An Stelle der herrschenden bürgerlich-kapitalistischen die sozialistische Gesellschaft zu schaffen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

#### Staatssekretär Graf Posadowski:

Wir ist heute morgen ein Artikel des „Vorwärts“ vorgelegt worden, der die Ueberschrift trägt: „Gebuld und viele Millionen.“ Nach diesem Artikel soll ich erklärt haben, daß zur Durchführung des Programms des Herrn Reichszusatzes „Gebuld und viele Millionen“ notwendig seien. Ich habe das Wort „Millionen“ nicht in den Mund genommen, dafür berufe ich mich ebenfalls auf den „Vorwärts“, der in seinem Parlamentsbericht mich durchaus richtig sagen läßt: Zur Durchführung des Programms des Herrn Reichszusatzes „ist ein Zeitraum längerer politischer Entwicklung und vieler Sessionen“ erforderlich. (Heiterkeit rechts.) Ich hoffe, die Sessionen werden immer noch billiger sein als die vielen Millionen, von denen der Leitartikel spricht.

Nun eine ganz kurze sachliche Bemerkung: Herr Singer hat erklärt, durch den Zolltarif würden die beschlossenen Klassen ausgeraubt zum Besten der Agrarier. Man stellt ja, wenn man die Zollbelastung Deutschlands beurteilt, Deutschland immer dem Freihandelsland England gegenüber. Es wäre mir außerordentlich interessant, zu erfahren, wer eigentlich das Wärdchen aufgebracht hat, daß England ein Freihandelsland ist. Ich erlaube mir, den urtümlichen Gegenebeweis aus den Verhandlungen des englischen Unterhauses bei der Abredede vom 10. Februar dieses Jahres zu erbringen. Damals sagte einer der Hauptredner: „Wir sind nicht ein Schutzolland, aber der Betrag, der per Kopf an Zöllen in England gezahlt wird, ist höher als in irgend einem anderen Lande. Hier wird per Kopf 12 Schilling 2 Pence gezahlt, in den Vereinigten Staaten 11 Schilling 8 Pence, in Deutschland nur 8 Schilling 2 Pence.“ (Hört! hört! rechts.) Ich habe daraufhin eine genaue Berechnung aufstellen lassen und habe festgestellt, daß zurzeit der Verbrauch pro Kopf in Großbritannien mit 16,80 M. durch Zölle belastet ist, in Amerika mit 14,95 M., in Deutschland mit 10,49 M. (Hört! hört! rechts.) Auch ist die Zollbelastung in Deutschland wesentlich geringer gewesen als in Großbritannien. (Hört! hört! rechts.) In England haben die Zölle den Charakter von Finanzzöllen, erhoben auf Tee, Zucker, Wein, Tabak, Kalas, Kaffee und getrocknete Früchte. Die meisten dieser Gegenstände gehören aber in England unabweisbar zu den notwendigen Lebensmitteln, und es ist für die Unbemittelten vollkommen gleichgültig, ob die Belastung für notwendige Lebensmittel in der Form von Schutzzöllen oder von Finanzzöllen erfolgt. Die Hauptsache ist, daß die Preise derselben durch die Zölle erhöht werden. Es ist also eine Tatsache, daß in Deutschland die Belastung der unbemittelten Klassen wesentlich geringer ist als in dem so häufig gepriesenen Freihandelslande England. (Widerspruch links.) Das sind Zahlen, die Sie nicht bestreiten können. (Oh! links.) Dazu kommt, daß in Deutschland sich die Zollbelastung auf eine große Reihe von Verbrauchsartikeln verteilt, die gar nicht Gegenstand des Verbrauchs der unbemittelten Volksklassen und die nicht Finanzzölle, sondern Schutzzölle sind. (Wahr! rechts.)

Abg. Winkler (l.): Jeder politisch denkende Mensch in Deutschland muß die Angelegenheiten einer Partei, deren Vorkämpfer sich heute zur republikanischen Staatsform bekannt hat, als seine eigenen Angelegenheiten betrachten; die Parteitage der Sozialdemokraten sind also keine inneren Angelegenheiten dieser Partei. Von einer Einigung zwischen der preussischen Regierung und den Polen, wie sie der Abg. Schrader haben will, kann keine Rede sein; es handelt sich hier um den preussischen Staat und seine Untertanen, und wer sich unseren Gesetzen nicht fügen will, muß eben die Sühne unserer Gesetze fühlen. (Unruhe links, lebhafter Weisfall rechts.) Die sozialdemokratische Gefahr ist trotz des Wahlausfalles nicht behoben, sondern nur suspendiert. Der Kampf gegen diese Partei muß weitergeführt werden, und der neue Reichstag muß nach dieser Richtung etwas schaffen! Die Regierung sollte auch noch einmal den Versuch machen, einen

#### gesetzgeberischen Schutz der Arbeitswilligen

herbeizuführen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Auch die Kanalvorlage ist ja wieder eingebracht worden. Dieser Schutz ist viel wichtiger als die Frage, ob die Kohlen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet auf dem Wasserwege oder mit der Bahn befördert werden sollen. (Wachen links.) Das Volk, das so gute Wahlen gemacht will, daß die Situation ausgenützt wird. (Zustimmung rechts.) Der Ausfall der Wahlen hat auch gezeigt, daß das Volk keine Aenderung unserer Wirtschaftspolitik haben will. (Wahr! rechts.)

#### Abg. Eichhoff (fr. Sp.):

Der „Wahrliche Kurier“ hat zwei an mich gerichtete Briefe des Generals Reim veröffentlicht, wegen deren ich von sozialdemokratischen Zeitungen, insbesondere vom „Vorwärts“, aufs heftigste angegriffen worden bin. Den Jörn der sozialistischen Presse kann ich verstehen, denn ich habe einen als Hochburg gepriesenen Kreis der Sozialdemokratie entlassen. Aber ich will doch einmal auf die Behauptung eingehen, ich hätte in der schamlosesten Weise um die Gunst der Konservativen, in diesem Falle des Herrn Reim und der Regierung, gebuhlt. Ich habe lediglich einige Anfragen des Herrn Reim, den ich früher einmal persönlich kennen gelernt habe, in höflicher Weise beantwortet. Herr Reim hat als Mitglied des Flottenvereins, nicht für den Flottenverein an mich geschrieben. (Lebhafte Heiterkeit bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Die Regierung habe ich niemals um eine Unterstützung angegangen, auch sind amtliche Gelder für meine Wahl nicht verwendet worden, auch nicht Gelder aus dem Fonds, der dem Reichskanzler zur Verfügung gestellt war. Ich bedauere, daß auch Herr Spahn sich ganz nicht die Tonart, aber die Logik der Sozialdemokratie zu eigen gemacht und den Schatten Eugen Richters gegen mich beschworen hat. Niemand würde sich mehr freuen, als gerade Eugen Richter, daß es mir gelungen ist, zur Niederlage der Sozialdemokratie beizutragen, die zur Stärkung des Liberalismus dienen wird und muß. Der Wahlkampf hat gezeigt, daß das Bürgertum auch heute noch stark genug ist, wenn es einig ist. In diesem Zeichen werden wir auch in Zukunft Siege erringen. (Weisfall bei den Freisinnigen.)

Abg. Hilpert (W.): Wenn der Reichstag nicht sehr wesentliche Reformen beschließt, kann die nationale Stimmung wieder sehr leicht einen Rückschlag erleiden. Durch den Rückschlag der Sozialdemokratie dürfte der Fortgang der sozialpolitischen Arbeiten nicht leiden. Doch darf die Industrie allein nicht herrschen, auch Handwerker und Landwirtschaft dürfen nicht vernachlässigt werden. (Wahr! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

#### Abg. v. Liebert (Sp.):

Ich muß die wenig liebenswürdige Bezeichnung, welche die Herren Bebel und Singer gegen den Reichsverband gerichtet haben, zurückweisen. Der Verband hat sich infolge des traurigen Ausfalles der Wahlen von 1908 gebildet als eine Bewegung, die aus dem Volke heraus gegen die Sozialdemokratie entstanden ist. (Wachen bei den Sozialdemokraten.) Er hat eine große Organisation geschaffen und die Wahlen vorbereitet, wobei er

**durchaus unabhängig von der Regierung**

ist. (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Der Silberbrief des Reichslanzlers war das erste Lebenszeichen der Regierung. Im Kampf der Sozialdemokratie gegen und Herrsche früher ein anständiger Ton; in den letzten Jahren hat er sich in einen Sauberdenton verwandelt. (Zustimmung beim Kartell.) Im „Volkblatt für das Rheinland“ wird von unseren Agitatoren als von stapellosen Zeilenreihern und durchgefallenen Abiturienten gesprochen. Was waren denn die sozialdemokratischen Abgeordneten und Redakteure früher? Herr Schöpflin, mein Gegenüber, hat sich gerührt, er sei Hitzknabe gewesen. Das ist eine sehr sinnige Beschäftigung; ob sie aber als Vorbereitung zum Vollschriftsteller und Chefredakteur dienen kann, ist doch fraglich. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Erfurter „Tribüne“ schreibt von unseren Agitatoren: Die Kettenhunde des Reichsverbandes verdienen die Hundepetition. Herr Bebel hat sich über die nicht vom Reichsverbande erkundene (Abg. Bebel: Aber weiter verbreitete!) Selbstgeschickte entrüstet. Nun, Herr Schöpflin hat im Wahlkampf unsere heilige nationale schwarz-weiß-rote Flagge beschimpft, indem er sie als „Schmutzflamme des Hottentottenblodes“ bezeichnete. (Abg. Meyer [Soz.]: „Erlagen und widerlegt!“) Gegen solche Sachen fehlt leider ein Paragraph im Strafgesetzbuch. In England oder Amerika würde man einen solchen Mann der Lynchjustiz überliefern. (Zustimmung rechts. Auf bei den Sozialdemokraten: „Abstinenten!“) Weiterleit bei den Sozialdemokraten.) Jetzt haben wir fünf Jahre der Arbeit vor uns und zwei große Bundesgenossen; der erste ist der Erfolge, der zweite der bittere Haß und der Ingrimm, der sich der besseren Kreise des deutschen Volkes, besonders des Mittelstandes, gegen die Sozialdemokratie bemächtigt hat. Aber auch die Arbeiter brodeln bereits vor ihr ab. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Der 23. Januar war nicht nur ein Tag des Volksgerichts, sondern ein Gottesgericht.

Am dritten Tage des Weltgerichts, Da kam vom Himmel ein Engel des Lichts Und stieß den Drachen vom goldenen Stuhl Mit Donnertrachen hinab zum Pfluh!

(Die pathetisch vorgetragene Dellemination wird von den Sozialdemokraten mit stürmischer Deiterkeit, von der Kartellmehrheit mit Erdoberflächen aufgenommen.) Der Redner fährt emphatisch fort: In fünf Jahren wird sich der Ritter Georg, das deutsche Volk, noch einmal erheben und der Sozialdemokratie den Rest geben! (Lachen bei den Sozialdemokraten und Aufse: Abwarten!) Für heute rufe ich Ihnen ein vas victis! (Wehe den Besiegten!) zu. (Lebhafter Beifall rechts. Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Das Haus verlag die weitere Debatte.

Periönllich bemerkt Abg. Spahn (Z.): Nach den Angaben des Abg. Eichhoff war es ihm bekannt, daß für seine Wahl amtliche Unterstützung verwendet wurde. Die Güte des Reichstags erheischt, daß ein Mitglied, welches durch amtliche Unterstützung gewählt ist, vor völliger Aufklärung der Sache sich der Ausübung des Mandats enthält.

Abg. Eichhoff: Diese Logik des Abg. Spahn steht in Widerspruch zur Verfassung.

Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Beratung.

Schluß 6 1/2 Uhr.

**Abgeordnetenhaus.**

23. Sitzung. Freitag, den 1. März, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch Dr. Delbrück.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung.

Abg. Graf Spee (Z.) begründet einen Antrag, nach dem bei der Prüfung der Vorlagen zu gewerblichen Anlagen, sofern landwirtschaftliche Interessen durch die Genehmigung berührt werden, landwirtschaftliche Sachverständige zugezogen werden sollen.

Abg. Fischel (fr. Sp.) belämpft den Antrag, der mit § 18 der Gewerbeordnung nicht zu vereinbaren sei.

Abg. Forster (H.) hält den Antrag für nicht unbedenklich.

Abg. Dr. v. Böttinger (nail.) erklärt den Antrag für überflüssig.

Abg. v. Pappenheim (konf.) bestreitet, daß der Antrag einseitig landwirtschaftliche Interessen verfolge.

Minister Dr. Delbrück: In der Form, wie der Antrag Spee vorliegt, ist er nicht geeignet, die bestehenden Verhältnisse erheblich oder überhaupt zugunsten der Landwirtschaft zu verbessern.

Der Antrag Spee wird angenommen, der Antrag auf Kommissionsberatung abgelehnt!

Es folgt das Kapitel „Handels- und Gewerbeverwaltung“ (Besoldungen).

Abg. Münsterberg (fr. Sp.) tritt für Besserstellung der Lössen ein mit Rücksicht auf ihren besonders schweren und verantwortlichen Dienst. Die Lössen sind schlechter gestellt als die Polizeiwachmeister und Stromaufseher! Ein Anfangsgehalt von 1200 Mark ist für diese Beamten absolut unzureichend.

Abg. Dr. Pieper (Z.) bespricht die Tätigkeit der Gewerbeinspektoren und befürwortet Vermehrung der Zahl der Gewerbeinspektoren und Assistentinnen, Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf kleinere Betriebe, Einrichtung eines ständigen Degetariats für Gewerbeinspektion im Handelsministerium und Zuziehung von Vergütungen.

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.) erklärt, daß er sachlich mit dem Vortredner durchaus übereinstimme. Die Beteiligung der Hygieniker habe er zuerst gefordert. Die Fabrikkontrolle sei jetzt keine genügende, weil die Zahl der Inspektoren mit der wachsenden Zahl der Betriebe nicht Schritt gehalten habe. Vor allen Dingen sei es jetzt nötig, Arbeiter als Assistenten den wissenschaftlich gebildeten Inspektoren zur Seite zu stellen. Auch hier gelte es, die bürgerliche Gleichberechtigung der Arbeiter durchzuführen.

Minister Dr. Delbrück: Ich bin dem Vortredner für seine Anregungen dankbar, mache ihn aber darauf aufmerksam, daß ich seine Anfragen schon im vergangenen Jahre beantwortet habe. Mein Standpunkt hat sich seitdem nicht geändert. Der Zuziehung der Hygieniker und Arbeiter stehe ich nach wie vor ablehnend gegenüber.

Abg. Kändler (fr. Sp.) tritt für Besserstellung der Eichmeister ein.

Abg. v. Hennings-Tschlin (C.) und v. Niepenhausen (L.) empfehlen, die Stellung der Nebenerlösen in Strafband zu verbessern, insbesondere pensionsfähig zu gestalten.

Minister Dr. Delbrück bedauert, eine Erfüllung dieser Wünsche nicht in Aussicht stellen zu können.

Die Abg. v. Hagen (Z.) und Wegger (nail.) bitten um Besserstellung der Lehrer an den Navigationschulen.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. v. Böttinger (nail.) erklärt Minister Dr. Delbrück, daß Böttinger nach Ansicht des Landesgewerbeamts der geeignete Ort zur Errichtung einer Fachschule für Feinmechanik sei.

Abg. Oeser (Hsp. d. fr. Sp.) bittet um Errichtung einer Maschinenbauerschule in Frankfurt a. M. und Gründung einer chemischen Abteilung an dieser Schule.

Minister Dr. Delbrück: In diesem Jahre sind die vom Vortredner geforderten Anstalten abgelehnt. Ich hoffe, daß sie im nächsten Jahre bewilligt werden.

Auf Anregung des Abg. v. Schandendorff erwidert Minister Dr. Delbrück: Ich bin grundsätzlich für die Errichtung von Fortbildungsschulen ohne Angliederung von Lehrwerkstätten, weil die Meisterlehre für die Ausbildung im Handwerk da ist. Wenn aber einzelne Kommunen das Münchener System einführen wollen, werden wir ihnen keine Schwierigkeiten machen.

Abg. Wegger (nail.) empfiehlt, überall den Fortbildungsunterricht auf die Tagessunden zu verlegen.

Minister Dr. Delbrück stimmt dem Vortredner zu. Die Abendstunden seien für die Fortbildungsschulen ebensowenig empfehlenswert wie die Abendstunden für das Haus. (Heiterkeit.)

Abg. Oeser (fr. Sp.) tadelt, daß die Honorare der Lehrer an den Fortbildungsschulen zu niedrig seien.

Abg. Dr. Leistikow (nail.) bittet den Minister, dem hessischen Gewerbeverein Wohlwollen entgegenzubringen.

Abg. Hammer (konf.): Das Fortbildungsschulwesen der Stadt Berlin muß in das Fachschulwesen mehr hineingearbeitet werden, wie das Stadtschulrat Michaelis empfohlen hat. Es ist anzuerkennen, daß die Stadt Berlin es nicht an Geld fehlen läßt; es fehlt aber an Organisation. Dr. Michaelis hat sehr richtig gesagt: Hier ist nichts fertig, hier ist alles im Werden! (Aufse links: Natürlich!) Das ist nicht natürlich.

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.): Wir sind bei Herrn Hammer nicht gewöhnt, daß er die Stadt Berlin besonders rühmt. Wenn es der Zweck seiner Rede war, das zu tun, so freue ich mich über seine Befehung. Daß noch Mängel vorzulassen, liegt einfach daran, daß erst vor nicht allzulanger Zeit die Wahlfortbildungsschulen in Pflichtfortbildungsschulen umgewandelt sind, und daß jetzt plötzlich für 25 000 bis 30 000 Schüler zu sorgen ist.

Abg. Hammer (konf.): Der Zweck meiner Rede war, die Anpassung der Fortbildungsschulen an die Fachschulen zu empfehlen. Wenn Herr Goldschmidt das nicht begriffen hat, so liegt das nicht an mir, sondern an ihm!

Das Haus verlag die Sitzung.

Präsident v. Arndt: Um nicht durch mein Schweigen einen Präzedenzfall entstehen zu lassen, erkläre ich die gebräuchliche Bemerkung des Redneren v. Redity, daß Herr Trimborn ein Schrittmacher der Sozialdemokratie sei, als der Ordnung des Hauses nicht entsprechend.

Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr (Etat der Zentralgenossenschaftskasse, Finanzetat).

Schluß 5 Uhr.

**Aus der Partei.**

Zur Etatsrede des Genossen Bebel schreibt die „Märkische Volksstimme“: Die große Reichstagsrede Bebel's über die Stellung der Sozialdemokratie in der deutschen Volkstheil finden unsere Leser in dem heutigen Reichstagsbericht. Wir empfehlen sie dem eingehenden Studium unserer Genossen, damit sie in der Lage sind, die Vorwürfe der Gegner über die vermeintliche Haltung der Sozialdemokratie zu entkräften. Gleichzeitig möchten wir an den Parteivorstand das Ersuchen richten, diese Rede nach dem amtlichen Stenogramm so bald als möglich als Prospekt für die Verteilung möglichst im ganzen Reich zu drucken zu lassen. Gegenüber den systematischen Verleumdungen durch unsere Gegner erscheint diese zusammenfassende Widerlegung durchaus notwendig.

Das Gewerkschaftshaus in Trier, so berichtete dieser Tage mit verstedter Schadenfreude die Zentrumspreffe, befindet sich in Zahlungs-schwierigkeiten; die Ursache sei, daß die Zuschüsse aufgehört hätten und daß es den sozialdemokratischen Gewerkschaften unmöglich sei, im katholischen Trier vorzudringen. — Tatsache ist, daß das unter so schweren Opfern geschaffene Trierer Gewerkschaftshaus in Konkurs geraten ist. Welche Ursachen aber daran schuld sind, das wissen die Verfasser jener Notiz in der Zentrumspreffe ganz genau. Man hat nämlich dem Gewerkschaftshaus das Gesuch um offene Schank-longession wiederholt abgelehnt, angeblich, weil „kein Bedürfnis“ vorliege. Kein Bedürfnis, obwohl nicht weniger als 900 Mitglieder des Vollschriftungsverbands behrlich angemeldet waren, wozu noch die Frauen kommen! Daß ein Unternehmen wie das Trierer Gewerkschaftshaus ohne die offene Konzession nicht bestehen konnte, war klar und kann sich die Zentrumspreffe bei den gleichartigen Unternehmungen ihrer eigenen Partei befalligen lassen, denen man, wie der katholischen „Tribüne“ in Trier, die offene Konzession nicht vorenthält. —

Zur Offener Gewerkschaftshandlung wurde dieser Tage der „Arbeiterzeitung“ zu Dortmund aus Essen geschrieben: „Das am Pferdemarkt projektiert gewesene Gewerkschaftshaus und Druckereigebäude ist laut gerichtlicher Mitteilung vom Grundbuchamt an die Hypothekengläubiger am 7. Februar an Stinnes resp. die Gewerkschaft „Victoria-Matthias“ aufgelassen worden. Beobachtet war die Auffassung schon sofort, als der Unternehmer frei die Arbeiten einstellte. Infolge des rechtzeitigen Bekanntwerdens dieses Planes gelang es jedoch dem Architekten Knoblauch, frühzeitig genug die zwangsweise Eintragung einer Hypothek in Höhe von 70 000 M. durchzuführen für Forderungen aus seinem Vertrage mit Janzen, der Hoch- und Tiefbaugesellschaft und Karl Hauber-Berlin, den Hauptgesellschafter der Hoch- und Tiefbaugesellschaft. In dem dann angestregten Prozeß wurde gerichtlich die Verechtigung der zwangsweisen Eintragung des Herrn Knoblauch bis auf 60 000 M. anerkannt. Diese zwangsweise eingetragene Hypothek hat der Käufer jetzt mit übernehmen müssen. Es ist sicher, daß Stinnes sich den Spoh von 60 000 M. nicht ans Bein hat binden lassen, die Leidtragenden sind Janzen (der der Wirt des Hauses werden wollte), die Hoch- und Tiefbaugesellschaft und Karl Hauber-Berlin; sie haben sich in den Schmerz zu teilen. . . . Für die von Janzen nicht innegehaltenen Verpflichtungen gegenüber unserer Druckereifirma ist zwecks Schadenersatz ein hoher gerichtlicher Arrest-befehl erwidert; ob bei Janzen noch was zu holen ist, nachdem er schon so schwer von seinen „Freunden“ gerupft wurde, ist zwar fraglich, immerhin ist ja das eingestekte Geld auf Hypothek gegeben und muß von Stinnes ausgezahlt werden, da es zum 1. Januar gekündigt wurde. Unser Prekurennehmen wird an anderer Stelle innerhalb eines halben Jahres untergebracht, desgleichen die Gewerkschaftsbureaus. Haben wir also auch kein Gewerkschaftshaus, so sind doch nicht wir die Verlorenen, sondern diejenigen, die uns um unsere Hoffnungen betrügen wollten.“

Som Fortschritt der Presse. Die „Märkische Zeitung“ in Köln erscheint seit dem 1. März täglich mindestens achtfach. Die Abonnentenzahl unseres Kölner Brudersblattes, das bekanntlich in einem ausschließlich katholischen Gebiete seine Verbreitung hat, ist in einem ununterbrochenen Aufsteigen begriffen. Seit der Reichstagsauflösung am 18. Dezember wuchs die Abonnentenzahl um mehr als 2000.

Die „Brandenburger Zeitung“ meldet weiteres Steigen ihrer Leserszahl infolge eifriger Hausagitation. Sie zählt jetzt 13 122 Abonnenten.

Das „Vollsblatt für Saalfeld“ ist auf 7600 Abonnenten gekommen und wird, da bei der rapiden Steigerung die bisherigen Maschinen nicht mehr ausreichen, gezwungen, zum 1. Mai eine neue Maschine anzuschaffen.

Reizhäuser auf den Pfaden des Reichsvereinsverbandes. Durch die Ordnungspresse geht eine Notiz des „Korrespondenten für Deutschlands Buchdrucker“, in der gesagt wird, daß der Genosse Reichstagsabgeordneter, Rigarenfabrikant Geher in Leipzig, nach der vorliegenden Statistik seinen 9 männlichen und 3 weiblichen Arbeitern folgende Wochenlöhne bezahle: Für Normarbeit 8,50 bis 11 M., für Rollen 14 M., für Juristerei 6,50 M. Die Arbeitszeit im Betriebe der Firma Geher u. Co. habe täglich 10 Stunden betragen.

Die Genosse Geher der „Sozial-Parteikorrespondenz“ mitteilt, bezahlet der angegebene Lohnsatz nicht den Wochenlohn, sondern den Allfordlohn pro Mille. Die in der Geher'schen Fabrik beschäftigten Arbeiter verdienen durchschnittlich 20 M. die Woche. Für Rigarenarbeiter — Widelmacher gibt es am Orte nicht — beträgt der Unterschied der von der Firma Geher u. Co. gezahlten höheren Löhne gegen die der anderen Rigarenfabriken 1,50 bis über 2 M. pro Mille. Auch die Juristerrinnen erhalten 1,50 M. mehr Lohn als in allen anderen Fabriken.

Die Arbeitszeit beginnt früh 7 Uhr und dauert bis nachmittags 6 Uhr; wovon 1 Stunde Mittagspause sowie frühstücks- und Besper-pause in Abzug kommt. Für die Juristerrinnen kommt noch eine halbe Stunde Mittagspause mehr in Abzug.

Die Inkenntnis des Organisationsstatutes, die der unberechtigte Ausschließungsbeschuß der Konstanzer Genossen verurteilt — übrigens ist inzwischen bereits von ihnen beschlossen worden, ihn aufzuheben und

das vorgeschriebene Schiedsgerichtsverfahren einzuschlagen — steht leider nicht bereinigt da. Wie uns aus Pley gemeldet wird, ist man dort am 2. Februar in derselben unzulässigen Weise gegen den Genossen Boortmann vorgegangen, der während der Hauptwahl noch im Kreise Diebenthorfen für die Partei kandidierte. Es ist selbstverständlich, daß auch die Regier Genossen ihren unzulässigen Beschluß aufheben und das Schiedsgerichtsverfahren einschlagen müssen.

**Pollzeiliches, Gerichtliches usw.**

**Die Breslauer Mai-Aktion in neuer Auflage.**

An Breslau aufgereizte Zeit im vergangenen Jahre erinnert der Prozeß, der heute Sonnabend vor dem ersten Strafkammer dort gegen unsere Genossen Redakteur R. O. Albert von der „Volls-wacht“ verhandelt wird. Wie noch erinnerlich, war Albert am Abend des Beifertages auf Betreiben des Polizeipräsidenten plöglich verhaftet worden, angeblich weil er in seiner Festrede am Morgen des 1. Mai „verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegen einander aufgereizt“ haben sollte.

Nach vier Tagen wurde Albert aus der Untersuchungsgefängnis entlassen — die Anklage aus § 130 Str.-G.-B. war bereits gefallen. Am 7. Juni konstruierte das Gericht aus den unglücklich flüchtigen und lächerlichen „Aufzeichnungen“ des überwachenden Beamten ein undenkbares „Etwas“, von dem das Gericht behauptete, es stelle einen Versuch gegen § 113 Str.-G.-B. dar. Die Verhandlung damals gewam besonders Interesse durch ein tragikomisches Intermezzo bei der Zeugenvernehmung des Prof. Werner Sombart. Der Vorsitzende bewies nämlich seine Weltfremdheit u. a. dadurch, daß er sich Sombart gegenüber, den er stets „Professor Werner“ titulierte, mit der Behauptung unsterblich machte: „Für den Achtstundentag kämpfen am 1. Mai die Arbeiter? Aber die Arbeiter haben doch fast überall den Achtstundentag!“ — Und als hierauf Sombart erklärte, daß Aussicht vorhanden sei, demnächst in Genf den allgemeinen — elfständigen Arbeitstag als Forderung bürgerlicher Reformer festzulegen, da wollte das Ersannenen des Breslauer Richters schier kein Ende nehmen. . . .

Das Reichsgericht hat am 21. Januar das seltsame Urteil aufgehoben und nett erklärt, daß zunächst wenigstens einmal festgestellt werden müsse, gegen welche Staatsgewalt der Redner „zum Widerstand aufgereizt“ und welche Mittel er dafür empfohlen habe! Mit seltener Deutlichkeit heißt es ferner im Urteil des Reichsgerichts, daß es noch lange nicht genüge, festzustellen, daß der Redner zum Widerstand gegen die Polizei aufgefordert habe. Es wäre „vor allem erforderlich gewesen“, gerichtsseitig darzulegen, auf welche besonderen Anstänkungen der Polizeibeamten der Angeklagte als solche, rüchlich deren mit Gewalt Widerstand zu leisten sei, für andere erkennbar hingewiesen hat und hat hinweisen wollen.“

Als Gutachter über die Fähigkeit der Polizisten als Verarmungs- Ueberwachende fungiert Redakteur Dr. Bindler-Tannenberg in Breslau, der bereits in der ersten Verhandlung erbauliche Illustrationen zu diesem Thema lieferte.

**Opfer des Klassenkampfes.**

Drei Redakteure der Erfurter „Tribüne“ sind zurzeit im Gefängnis! Die „Tribüne“ zu Erfurt teilt mit: Am Mittwoch hat Genosse Dornheim eine sechsmonatige Gefängnisstrafe angetreten und heute ging Genosse Stange in den Kerker, um ebenfalls sechs Monate aus seinem Leben streichen zu lassen. . . . Der dritte Kämpfer, den man uns lahm gelegt hat, ist bekanntlich Kollege D. L. J. J. J., der in Magdeburg bei Buchhändlerarbeiten (1) 11 Monate wegen angeblicher „Auf-reizung“ und angeblicher „Beleidigung“ verbißt. . . .

Im Gefängnis zu Sorau hat Genosse Klähs von der „Märkischen Volksstimme“ zu Sorau die Strafe von drei Monaten Gefängnis angetreten, die ihm von der zweiten Strafkammer des Landgerichts Breslau — der berühmten Janse-kammer — wegen angeblicher Aufreizung zu Gewalttätigkeiten zu-diktirt worden ist. Die Grundlage dieses Strafverfahrens war das von der Breslauer „Volls-wacht“, an der Genosse Klähs damals tätig war, abgedruckte Waigebüch von Leon Holly, das unbeanstandet (1) im Jahre 1904 von der „Bremer Bürger-zeitung“ und im Jahre 1905 vom „Offenbacher Abendblatt“ abgedruckt worden war. Das dort im größten Frieden geschriebene konnte in Breslau 1906 die Beschlagnahme der Zeitung, die Verhaftung des Redakteurs und schließlich seine Verurteilung zur Folge. Das sind die einseitigen deutschen Rechtszustände.

Genosse Adler von der „Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung“ zu Kiel hat am Donnerstag im Zentral-gefängnis zu Neumünster Quartier bezogen, um eine drei-monatige Gefängnisstrafe zu verbüßen, die ihm wegen der bekannten „Framentob“-Affäre subdiert wurde.

Strafents der Presse. Wegen Beleidigung der Mitglieder des Rabattparvereins zu Cöstwig hatte sich der Genosse Paulik vom Dessauer „Vollsblatt für Anhalt“ vor dem dortigen Schöffengericht zu verantworten. Ein Solke Kattarrifel hatte das Rabattparystem als Schwindel bezeichnet. Der An-geklagte brachte zur Rechtfertigung unter anderem im Urteil der Handelskammer zu Frankfurt a. M. vor, daß da lautet: „Der Rabatt wird auf den Verkaufspreis geschlagen, oder die gelieferte Ware steht qualitativ oder quantitativ hinter dem bezahlten Kaufpreis zurück. Geschädigt sind in erster Linie die Konsumenten, die den Rabatt voranzahlen, um ihn später durch die Verwaltungsstellen ge-lärdt, zurückzuerhalten.“

Das Gericht erkannte auf 150 M. Geldstrafe event. 30 Tage Gefängnis. Zur Begründung führte der Richter aus, daß Paulik nicht an einem speziellen Falle nachgewiesen habe, daß ein Mitglied des Cöstwiger Rabattparvereins ein schwindelhaftes Geschäft gemacht habe. Wenn auch das System so sein mag, so dürfe der Angeklagte den Cöstwiger nicht den Vorwurf eines schwindelhaften Geschäftsgewarens machen. — Ist das eine Logik!

Nachträge von der Reichstagswahl. Wegen Uebertretung des § 300, 11 des Strafgesetzbuchs hatten sich vor dem Schöffengericht zu Birsig (Provinz Posen) vier Katteler Genossen zu ver-antworten. Am 16. Januar d. J. verteilen die Angeklagten in Bissel — Wahlkreis Birsig-Schubin — gemeinschaftlich Flugblätter zur Reichstagswahl. Zwei Bisseler Epheer fühlten sich unangenehm berührt, daß ihnen sozialdemokratische Blätter in die Wohnungen ge-bracht wurden, weswegen die Polizeiverwaltung zu Bissel den vier Missetätern Strafverfügungen über je 10 M. lautend sandte. Die vier Sozis sollen durch ihr Auftreten in Bissel „groben Unfug“ verbißt haben. Sie verlangten natürlich gerichtliche Entscheidung. Das Gericht konnte auch in dem Auftreten der Angeklagten nichts Strafbares erblicken und sprach sie frei. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Es ist bezeichnend für unsere Zustände, daß die Strafmandate überhaupt ergehen konnten.

Freigesprochen wurde vom Schöffengericht zu Brandenburg Genosse Meyer von der „Brandenburger Zeitung“ von der Anklage, einen Fabrikanten in Ludenwalde beleidigt zu haben.

**Eingegangene Druckschriften.**

Der Agitator. Erste und letztere Epochen aus dem Leben unserer Agitatoren, gesammelt und erzählt von Ferdinand Kamisch. Preis 40 Heller. Verlag der „Schlesischen Volkspreffe“ Jägerndorf (Arbeiterheim).

Wir zahlen unseren Schneidern tarifmäßige Löhne.

# Geschäfts-Eröffnung.

Am 2. März 4 Uhr nachm.

eröffnen wir in

Charlottenburg, Wilmsdorferstr. 12, Ecke Schulstr.,  
ein

## Spezialhaus eleg. Herren- u. Knaben-Bekleidung.

Anfertigung feiner Herren-Moden nach Maß  
unter Leitung erster Meister.

Spezial-Abteilung: Bekleidung für sämtl. Berufe.

Wir haben uns zum festen Vorsatz gemacht, nur reelle Ware zu führen, gute ausgeprobte Stoffe zu verarbeiten, auf guten tadellosen Sitz zu achten und durch streng reelle und gewissenhafte Bedienung die Zufriedenheit unserer geschätzten Kunden zu erwerben.

Wir erlauben uns, ein verehrtes Publikum behufs Besichtigung unserer Verkaufsräume ganz ergebenst einzuladen.

Aus Anlaß unserer Geschäfts-Eröffnung erhält jeder Käufer eines Herren-Anzuges oder Paletots eine  
**hochelegante bunte Weste gratis.**

# Hoffmann & Dalichow

Wilmsdorferstr. 12 Charlottenburg 12 Wilmsdorferstr.

Wir bügeln alle bei uns gekauften Sachen gratis.

## „Segler-Schloß“ — Hankels Ablage.

Bahnstation Zenthen. Besitzer: **W. Heinrich.**  
Für bevorstehenden Sommerfallon halte ich mich wertigen Vereinen, Fabriken, Schulen usw. bei Zusicherung aufmerksamer Bedienung bestens empfohlen. — 3 neue Säle und Hallen. — Schöne Spielplätze. — Badeanstalt. — Boote und Belustigungen aller Art.  
20972\* Hochachtungsvoll **W. Heinrich.**

## Anton Bookers Ball-Salon

Habe noch Sonnabends und Sonntags Säle zu vergeben, auch sind Bereinskümmen in der Woche frei.  
**Anton Becker, Weberstr. 17.**  
T. N.: VII. Nr. 13414. 30709\*

## Dr. Schönemann

Spezial-Arzt für 35112\*  
**Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.**  
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Sonnabend:

# Vorzugs-Preise für Lebensmittel

Soweit der Vorrat reicht:

Pommersche Leberwurst in ganzen Würsten	Pfund	55 Pf.
Pommersche Mettwurst in ganzen Würsten	Pfund	75 Pf.
Sächsische Rotwurst in ganzen Würsten	Pfund	55 Pf.
Prima Schinkenspeck in ganz. u. halb. Stücken	Pfund	98 Pf.
Polnische Bratwurst z. Rohessen in ganz. Würsten	Pfund	85 Pf.
Delicatess-Schinken ca. 3-4 Pfd., ganz u. geteilt,	Pfund	1.20

**Prima Kassler Rippespeer** Pfund **80 Pf.**

Ein grosser Posten Corned Beef in Stücken, ca. 1 1/2 Pfd. per Pfund	75 Pf.
Corned Beef Dose à 2 Pfd.	1.58
Haushalt-Cacao	Pfund 98 Pf.
Haushalt-Marmelade in 5 Pfund-Eimern	Eimer 1.15
Kunst-Honig in Gläsern mit Glasdeckel.	1 Pfund 48 Pf.
Bienen-Honig garantiert rein	Glas 1 Pfund 90 Pf.
Bratheringe in ovalen Dosen	Dose 39 Pf.

**Räucher-Lachs** in Portionsstücken Pfund **80 Pf.**

Sonnabend früh eintreffend.

Gepökelter Schweinskopf	Pfund, im ganzen	38 Pf.
Gepökelttes Eisbein	Pfund, in ganzen Stücken	55 Pf.
Pökel-Spitzbein	Pfund	20 Pf.

Specialität: **Wiener Dampfwurst** Pfund **80 Pf.**

# H. Greifenhagen Nchf.

Brunnenstr. 17-18.

Veteranenstr. 1-2.

# Lachmann & Scholz

Turmstr. 76.

Größtes Warenhaus in Moabit.

Ottostr. 1.

Sonnabend, 2. März.

Sonntag, 3. März.

Montag, 4. März.

**Gratis** bei einem Gesamt-Einkauf von 1 M. 2 M. 3 M. 5 M.  
1 Wirtschaftsgegenstand. 1 Zeitungsständer. 1 Luftballon. 1 elegante Tädeltschürze.

Unser günstiger Gelegenheits-Verkauf umfaßt außer den jetzt bestehenden Serienverkäufen

zu **95 Pfg.** **195 Pfg.** **295 Pfg.**

auch noch weitere neue, sehr billig erstandene Warenposten.

## Kolonialwaren

Glasierte Erbsen	Pfd.	19 Pf.
Viktoria-Erbsen	Pfd.	16 Pf.
Mittel-Linsen	Pfd.	38 Pf.
Rundbohnen	Pfd.	22 Pf.
Kleine Bohnen	Pfd.	15 Pf.
Patna-Reis	Pfd.	22 Pf.
Rangoon-Reis	Pfd.	15 Pf.
Türkische Pflaumen	Pfd.	19 Pf.
Französische Pflaumen	Pfd.	38 Pf.
Gemischtes Backobst	Pfd.	38 Pf.

## Gemüse-Konserven

Stangenspargel, stark	2 Pfd.-Dose	1 85
Stangenspargel, mittel	2 Pfd.-Dose	1 25
Stangenspargel, dünn u. sehr	2 Pfd.-Dose	95 Pf.
Bruchspargel Ia	2 Pfd.-Dose	95 Pf.
Bruchspargel I	2 Pfd.-Dose	55 Pf.
Bruchspargel II	2 Pfd.-Dose	45 Pf.
Kaiser-Schoten	2 Pfd.-Dose	95 Pf.
Schoten, Siebung I	2 Pfd.-Dose	75 Pf.
Schoten, Siebung II	2 Pfd.-Dose	55 Pf.
Schoten, Siebung III	2 Pfd.-Dose	45 Pf.

Gemisch. Gemüse Ia	2 Pfd.-Dose	95 Pf.
Gemisch. Gemüse II	2 Pfd.-Dose	65 Pf.
Leipziger Allerlei	2 Pfd.-Dose	53 Pf.
Schoten u. Karotten	2 Pfd.-Dose	45 Pf.
Wirsingkohl	2 Pfd.-Dose	30 Pf.
Spinat	2 Pfd.-Dose	48 Pf.
Pfefferlinge	2 Pfd.-Dose	53 Pf.
Steinpilze	2 Pfd.-Dose	95 Pf.
Brechbohnen I	2 Pfd.-Dose	26 Pf.
Schneidebohnen I	2 Pfd.-Dose	26 Pf.

## Fleischwaren

Prima Rotwurst	Pfd.	50 Pf.
Feine Leberwurst	Pfd.	95 Pf.
Kaiserjagdwurst	Pfd.	95 Pf.
Thür. Cervelat oder Salami	Pfd.	1 45
Westf. Cervelatwurst, hart	Pfd.	1 40
Steit. Cervelat oder Salami	Pfd.	1 10
Holsteiner Cervelatwurst	Pfd.	1 10
Mauschinken	Pfd.	1 15
Schinkenspeck	Pfd.	95 Pf.
Kasseler Rippespeer	Pfd.	85 Pf.

Wierundzwanzig estnische Junker gegen den „Vorwärts“!

Der „Vorwärts“-Artikel „Das Schredensregiment in den Ostseeprovinzen“, der in Nr. 40 vom 17. Februar 1906 veröffentlicht worden war, ist einer Anzahl von Adligen Estlands ein Unbehagen gewesen, nicht nur sich beleidigt zu fühlen, sondern auch ihren Kredit für geschädigt zu halten. In jenem Artikel war gesagt worden: „In Estland haben die meisten von den Junkern ihre Gütergebäude, besonders die alten, anzünden lassen, um von der Versicherungsgesellschaft viel höhere Summen zu bekommen, als die Gebäude wert wären.“ Wohl gemerkt: die meisten von den Junkern, nicht alle! Wer seine klapprig gewordenen Gütergebäude nicht anzünden lassen, der braucht sich selbstverständlich nicht zu diesen „meisten“ zu zählen. Denn es war klar, daß er nicht gemeint sein konnte. Trotzdem haben 24 Junker aus Estland, die ausdrücklich erklären, daß sie ihre Gütergebäude nicht anzünden lassen, den Einfall gehabt, sich zusammenschließen und gegen den „Vorwärts“-Redakteur, Genossen Weber, zu klagen. Was fordern sie? Nicht mehr und nicht weniger, als daß Weber erstens wegen Beleidigung dieser 24 Hoheremphindlichen bestraft und zweitens wegen Kreditbeschädigung eine Buße an sie zu zahlen verurteilt werde. Die Buße haben sie — beiseiden, wie sie sind — nur auf 6000 R. pro Kopf bemessen, das macht zusammen die Kleinigkeit von 144 000 R.

Die Idee war nicht übel, und in Rußland wäre der Plan wahrscheinlich auch geblüht. In Preußen-Deutschland aber sind — trotz allem Eifer, mit dem unsere Richter in diesen Stücken dem russischen Nachbar nachzusehen sich bemühen — die Richter noch ein bißchen zurück. Und so kam es, daß die drei Männer des Schöffengerichts, vor dem unser Genosse Weber am Freitag stand, zu der ganzen Affäre ein Gesicht machten, wie wenn diese Selbstbeschädigung der „Beleidigten“ und „Geschädigten“ ihnen denn doch „über die Hutspur“ ginge. Natürlich waren die 24 Junker nicht in eigener Person erschienen. Sie wurden alleamt vertreten durch den Rechtsanwalt v. Breh, während unserem Genossen Weber Rechtsanwalt Dr. Karl Liebschütz zur Seite stand. Der Vorsitzende hob die Tatsache hervor, daß der einzige „Vorwärts“-Artikel angegeben ist, nicht gefügt habe. Der gegnerische Anwalt erwiderte frank, der Mann existiere überhaupt nicht. Für die 24, die er vertrat, machte er geltend, daß nach einer Entscheidung des Reichsgerichts auch durch eine Kollektivbezeichnung ein einzelner sich beleidigt fühlen könne. Jeder estnische Adlige dürfe sich zu den „meisten“ zählen und sei mithin zur Klage legitimiert. Ob der Beklagte jeden einzelnen persönlich genannt habe oder überhaupt keine sei gleichgültig. Hiergegen wurde vom Rechtsanwalt Liebschütz eingewendet, das Reichsgericht habe Kollektivbezeichnungen, wie z. B. „die Geistlichen“, „die Offiziere“ usw. im Sinne gehabt, nicht aber Bezeichnungen, wie „die Rehrahl der Geistlichen“ usw.

Im übrigen erbot sich der Sachwalter unseres Redakteurs Weber, durch Zeugen den Beweis zu führen, daß tatsächlich in Estland Fälle, wie die behaupteten, vorgekommen seien. In russischen Zeitungen sei über solche Fälle berichtet worden, und man habe nicht gehört, daß die Meldung beanstandet worden sei. Die Idee der 24 Kläger, auch noch eine Buße zu fordern, sei sogar in Rußland selber von der Sozialdemokratie wachsam nicht günstig gelaunt. „Dünn-Redung“ verspottet worden. Rechtsanwalt v. Breh betraf sich darauf, daß nach dem Kommentar Obliawitsch auch die Kollektivbezeichnung „Rehrheit“ jeder zu dieser Rehrheit gehörenden Person das Recht gebe, sich mitbeleidigt zu fühlen und zu klagen. Rechtsanwalt Liebschütz entgegnete, gerade dieses Beispiel beweise die Kollektivität des Rechtsstandpunktes des Gegners. Da sei die Rede z. B. von der „konfessionellen Rehrheit einer Versammlung“, und das sei eben ein ganz bestimmter, scharf umgrenzter Kreis von Personen. Der Vorsitzende warf die fiderende Frage auf, ob die Aufzählung „Die meisten der Berliner Richter sind groß“ etwa ihn selber legitimieren würde, sich beleidigt zu fühlen. Nebenbei bemerkt: die Frage war von pikantem Reiz, weil zufällig er selber zu jenen Richtern gehört, die die überflüssigen Höflichkeitssphrasen nicht lieben.

Das Gericht kam nach kurzer Beratung zu dem Urteil: Der Angeklagte Weber wird von der Anklage der Beleidigung freigesprochen, der Anspruch auf Buße sei abgewiesen. Zwar hätte durch eine Kollektivbezeichnung eine Einzelperson beleidigt werden, hieß es in der Begründung; im vorliegenden Fall sei dem Ausdruck „die meisten“ nur „eine durchschnittliche Bedeutung“ beizulegen. Es sei klar, daß dieser Ausdruck gerade deshalb gewählt worden sei, weil nicht alle gemeint waren und nicht alle getroffen werden sollten. Die Kollektion der 24 Adligen aus Estland wird hiernach ihren Appetit auf die 144 000 R. sich vergehen lassen müssen. Selbstverständlich müssen die unterlegenen Kläger auch noch die Gerichtskosten tragen.

Soziales.

In welcher Weise Gewerbeaufsichtsvorschriften herausinterpretiert werden.

Die Polizeibehörde in Hamburg ist vor einiger Zeit gegen Ladeninhaber vorgegangen, die Schneiderinnen, Näherinnen, Putzmacherinnen usw., die in der Woche in den Arbeitsstunden tätig sind, an Sonntagen in den für das Handelsgewerbe zulässigen fünf Verkaufsstunden mitländerungen an Kleidungsstücken usw. beschäftigen. Die Behörde erblickt hierin ein Vergehen gegen die § 105 der Gewerbeordnung, betreffend die Sonntagsruhe für gewerbliche Arbeiter. Gegen ein solches Strafmandat erhob der eine Ladeninhaber Einspruch, der bis vor das Oberlandesgericht getrieben wurde und mit Freisprechung endete. Begründend wurde ausgeführt: Die Beschäftigung von Schneiderinnen usw. mit Umänderungsarbeiten während der gesetzlich erlaubten fünf Stunden an Sonntagen ist nur eine Ergänzung der Verkaufstätigkeit und könne nur als eine Beschäftigung im Handelsgewerbe angesehen werden.

Daß „Schneider“ eine Ergänzung der „Verkaufstätigkeit“ ist, ist eine wunderbare Entdeckung des Hamburger Oberlandesgerichts, die nur den einen Fehler hat, daß sie weder mit der Absicht des Gesetzes noch mit den Begriffen gewerblicher oder kaufmännischer Tätigkeit übereinstimmt. Die Hamburger Logik führt schließlich dazu, jede gewerbliche Beschäftigung als Vorbereitung oder Ergänzung der Verkaufstätigkeit anzusprechen. Solche unrichtigen gerichtlichen Interpretationen zeigen aufs neue, wie notwendig eine Ergänzung der Sonntagsruhebestimmungen ist.

Aus Industrie und Handel.

Gestiegene Löhne. Daß die „Löhne“ der Papierinhaber teilweise recht ansehnlich gestiegen sind, zeigen folgende Dividendenverläufe:

Table with 2 columns: Company Name and Dividend (1905, 1906, Prozent). Includes entries like Joh. Birner u. Co., A.-G. in Debt., Halleische Maschinenfabrik, etc.

Vielfach werden die gleichen oder auch etwas gestiegenen Dividenden bei erhöhtem Kapital ausgerechnet. Im allgemeinen dürfen die Dividendenarbeiter mit dem letzten Jahre gut zufrieden sein. Jedenfalls noch besser werden diejenigen Gesellschaften abschneiden, deren Geschäftsjahr mit dem 30. Juni schließt, weil sie für das ganze Jahr mit erhöhten Preisen abrechnen.

Bauspanama. Die Verwaltung der Bayerischen Bodenkreditanstalt hat nach der kompromittierenden Enthüllung über das sonderbare Verhältnis zwischen ihr und dem Staatskommissar versagt, der Sache einen ganz harmlosen Anstrich zu geben. Daß das Verhältnis durchaus nicht sauber war, geht schon aus folgender Meldung hervor:

Der Staatskommissar bei der Bayerischen Bodenkreditanstalt in Würzburg, Oberregierungsrat Trümmer, wurde auf Grund der Enthüllungen in der Generalversammlung der genannten Anstalt seines Amtes enthoben. Das Disziplinarverfahren wird eingeleitet werden.

Damit ist natürlich die Sache nicht erledigt. Unsere Genossen werden die Affäre im Landtag zur Sprache bringen. Man wird dann ja erfahren, in wie weit die Regierung mitschuldig ist an dem Skandal.

Kadefyndikat. In Iserlohn ist ein Kadefyndikat gegründet worden. Eine Preisserhöhung für die in Betracht kommenden Artikel wird nun wohl nicht lange auf sich warten lassen.

Preisderhöhung. Wie aus Oberschlesien berichtet wird, läßt der Kiskus ab 1. Juli eine Preisserhöhung für Kalkstein um 60 Pf. pro Tonne eintreten.

Stahlverband und Stahltrakt. Im Verein der Industriellen zu Köln hielt in der letzten Versammlung Professor Dr. Wiedenfeld von der Kölner Handelshochschule einen Vortrag über Stahlwerkverband und Stahltrakt. Die „Köln. Ztg.“ berichtet über das Referat: Das Urbild der amerikanischen Trakt sei die Rockefeller'sche Standard Oil Co., die mit absoluter Strupplosigkeit durch billigen Aufkauf der Wettbewerber 1882 zustande gebracht worden sei. Der Stahltrakt dagegen sei ein Kind der Not; er sei 1901 gebildet worden, weil sonst Carnegie die ganze Eisenindustrie in Unordnung gebracht und ihre Kartelle gesprengt hätte. Er umfaßt nicht die gesamte Stahlproduktion, nimmt aber in allen Pools die führende Stellung ein. Beide Unternehmungen bedeuten die Bildung von Einheitswerken, deren ganzer Betrieb in den Grundzügen von einer Spitze her eingerichtet und geleitet wird. Der deutsche Stahlwerkverband von 1904 stelle eine organische Fortentwicklung der älteren Eisenartelle dar; er bestimme zwar die Produktionshöhe und die Verkaufspreise für die Mitglieder, lasse aber ihre betriebliche Selbständigkeit unberührt. Weber haben noch drüben seien Trakt und Kartell in der Lage, ihre Preise nach Willkür zu steigern; sie händen vielmehr, trotz aller Monopolintendenzen, den Gefahren der Konkurrenzsmöglichkeit gegenüber und mühten vor allem freis entscheidende Mächte darauf nehmen, daß bei Massenwaren, die nicht Lebensmittel sind, der Preis den Umfang des Konsums bestimmt. Deshalb mühten sie auf eine Minderung der Produktionskosten nach wie vor bedacht bleiben; der Stahltrakt erreiche dies unmittelbar durch seine Betriebsorganisation, der Stahlverband mittelbar durch den Anreiz, den die ruhig gehaltenen Preise auf Fortentwicklung der Großunternehmen ausüben. Eben deshalb sei aber auch bei und die Herausbildung der Einzeltrakt (Grupp, Truppen, Pönik) eine wirtschaftliche Notwendigkeit; um so erfruchtlicher sei es, daß wie es darin schon mit einer Vielheit zu tun haben und daß darüber hinaus die Form der Aktiengesellschaft die immer zunehmende Möglichkeit biete, breitere Kreise der Bevölkerung an den Gewinnergebnissen zu beteiligen. — Daß der Stahlverband die Preise ruhig gehalten habe, ist eine eigene Ansicht, die mit den Tatsachen doch nicht in Einklang steht.

Aus der Frauenbewegung.

Zur Dienstbotenbewegung.

In der jüngst abgehaltenen Generalversammlung des Vereins für die Interessen der Hausangestellten wurde eine wichtige Änderung des Statuts vorgenommen. Bisher konnten auch Herrschaften dem Verein als Mitglieder beitreten. Von diesem Rechte machten bürgerliche Frauen Gebrauch und gefielen sich in der Rolle als wohlwollende Leiterinnen und Gönnerinnen des Vereins. Daß darunter die Interessen der Dienenden leiden mußten, war klar. Seit einiger Zeit schon hatte sich im Verein eine innere Umwandlung vollzogen, die jetzt auch äußerlich ihren Ausdruck fand in dem Beschluß der Generalversammlung, daß nur solche Personen als Mitglieder aufgenommen werden können, die „in häuslichen Diensten gegen Lohn beschäftigt sind“. Diese notwendige Scheidung mußte vorgenommen werden, damit der Verein seinen Namen auch Ehre machen kann. Die Interessen der Dienstboten sind den Interessen der Herrschaften entgegengeleitet; beide vertragen sich nicht miteinander und können nicht eine Harmonie pflegen, deren Kosten nur die eine Seite, natürlich die wirtschaftlich schwächere zu tragen hätte. Verbände von Arbeitnehmern, in denen die Arbeitgeber das große Wort führen, können ihren Zweck nicht erfüllen.

Als eine der wichtigsten zurzeit vorliegenden Aufgaben betrachtet der Verein die Propagierung für den schon öfter besprochenen freien Arbeitsvertrag. Dieser Vertrag wird als das beste Mittel empfohlen, um damit der Gefindeordnung entgegenzuwirken. Der erste Entwurf begegnet hier und da einer abfälligen Kritik, teils aus einer beschränkten Auffassung des ganzen Vertrages sowie aus mangelndem Verständnis für die Notwendigkeit vieler besonderen Bestimmungen, teils aus dem eingewurzelt Vorurteil heraus, daß man den Dienstboten nicht zu viel Rechte einräumen dürfe. Nach wiederholten Beratungen hat sich der Verein veranlaßt gesehen, alle gerecht erscheinenden Wünsche zu berücksichtigen und einige kleine Änderungen vorzunehmen. Der vielmehrstrittene § 8 des Vertrages ist zum besseren Verständnis folgendermaßen erläutert worden:

Es ist Wille beider Parteien, daß das Vertragsverhältnis möglichst lange andauere. Damit aber die gegen Hausangestellte bestehenden ausnahmsrechtlichen Vorschriften nicht zur Anwendung gelangen können, wird daselbe Kündigungsrecht der Hausangestellten eingeräumt, wie es tatsächlich der Herrschaft heute schon zusteht. Die Hausangestellte soll das Recht haben, gegen einen von vornherein festgelegten Schadenersatzbetrag, den Vertrag jederzeit zu lösen. Deshalb bestimmen beide Parteien:

8. Der Hausangestellte steht außerdem das Recht frei, jederzeit den Dienst zu verlassen. Doch ist sie verpflichtet, einen Schadenersatz von . . . R. (nicht über die Hälfte des monatlichen Lohnes) zu zahlen, falls kein Grund vorliegt, der sie nach Absatz 10 berechtigt, den Vertrag ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist aufzulösen.

Manche Frauen sind auch Gegnerin des Vertrages aus dem Grunde, weil ihr Mädchen es „so gut“ habe, daß jeder Vertrag überflüssig sei. Sie sehen nicht ein, daß sie umsonst Ursache hätten, den Vertrag zu unterzeichnen, um durch ihre Anerkennung desselben ein gutes Beispiel zu geben. Häufig ist in solchen Fällen aber die Wahrheit, daß die Mädchen es nicht so gut haben, wie der Vertrag es ihnen sichern will.

Es ist zu wünschen, daß der Verein mit seinem Streben recht viel Erfolg habe und es gelingen möge, durch den freien Arbeitsvertrag für die Hausangestellten die Gefindeordnung aufzuhalten.

Demonstration für das Frauenwahlrecht. Rom, 26. Februar. Nach der gestrigen Parlamentardebate über das Frauenstimmrecht veranstalteten zahlreiche Frauen vor dem Parlamentsgebäude eine große Demonstration. In einer anschließenden Versammlung wurde beschlossen, in der Agitation bis zur Erreichung des Zieles nicht nachzugeben.

Ueber Frauenbewegung und politische Entwicklung

Imprad Dienstag Genosse Däweli in einer von der Vertrauensperson der proletarischen Frauen einberufenen Volksversammlung in Roßbiter Gesellschaftshaus. Nach einer Einleitung über den ursächlichen Zusammenhang zwischen der ökonomischen und der sozialen und politischen Entwicklung und über die durch den Fortschritt der Technik und Ökonomie geschaffene Möglichkeit, den alles beherrschenden Kapitalismus abzulösen durch den Sozialismus, schilderte Redner die Stellung der Frauen in der heutigen Gesellschaft. Unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse der proletarischen Frauen legte er dar, wie große Schranken von Frauen dem wirtschaftlichen Organismus, der Warenproduktion und -Verteilung, schon eingegriffen seien. Schon deshalb rechtfertigte sich die Forderung nach dem politischen Wahlrecht, der Einflussnahme auf die Gesetzgebung, die den Frauen vorenthalten werden, obwohl die Politik ihr Interesse als Produzentin, zum Teil als selbständige Erwerberin ihrer Angehörigen und auch als Trägerin direkter und indirekter Steuern stark beeinträchtigt. Aber nicht nur die erwerbstätigen Frauen würden von der Politik berührt. Stehe zum Beispiel die Frau am Kochtopf, so stehe die Politik bei ihr. Man denke an die Folgen der deutschen Handels- und Zollpolitik. In vielerlei Gestalt — wie Redner näher darlegte — komme so die Politik zur Frau, aber die Frau dürfe nicht zur Politik. Tief eingewurzelt sei die Auffassung von der Minderwertigkeit der Frau. Auch bei uns müsse da noch reformiert werden. Verschwinden müsse die weit verbreitete Annahme, daß da, wo die Frau nicht verdiene, der Mann der Ernährer sei. Die Hauswirtschaft sei gleichwertig der Arbeit in der Fabrik, da sie gleich dieser gesellschaftlich notwendige Arbeit sei. Die genannten Frauen ernährten sich selbst durch die Arbeit im Haushalt und durch die Kindererziehung. — Auch als Geschlechtsweib werde die Frau unterdrückt. Charakteristisch sei, daß man in der bürgerlichen Presse wohl von gefallenen Mädchen, niemals aber von gefallenen Jünglingen lese. Das erste sei nichts als elende Heuchelei, entsetzungen dem krassesten Männeregoismus. Redner zeigte weiter die Heuchelei, die die Frauen zum „schwachen Geschlecht“ stempelt und die von den „himmlischen Köfen“ singe, die sie ins irdische Leben stoßen sollen. Gerade die, die solches in der Aneipe brüllten, nehmen die Frauen in die Fabrik, stellen sie vor den glühenden Öfen, ließen sie Steine schleppen. Und dann erst die, welche das Christentum fortwährend im Munde führten! Gehe man nach Oberschlesien, wo die katholischen Grafen die Industrie und den Bergbau beherrschten. Fast 1/10 der Belegschaften bestche dort aus Frauen, weil sie billiger arbeiteten. — Redner ging dann auf die bürgerliche Frauenbewegung und deren Ziele ein. Wenn sie auch mit der proletarischen Frauenbewegung gemeinsam habe die Erstrebung des Frauenstimmrechts, so wolle sie es doch nicht, wie die proletarische Bewegung, als Mittel zur Abschaffung der Klassenherrschaft, sondern als Mittel, der bürgerlichen Frau neben dem bürgerlichen Mann einen Platz zu erobern, um Anteil zu haben an der bürgerlichen Klassenherrschaft. Bei Erlangung des Frauenwahlrechts, die über kurz oder lang erfolgen müsse, bestehe die Gefahr, daß der sozialistischen Freiheitsbewegung, ihrer Rechteverweigerung ein Hindernis vorübergehend erwache dadurch, daß die bürgerliche Frauenbewegung einen Einfluß ausübe auf viele in-differente Frauen zugunsten bürgerlicher Parteien. Man erinnere sich, daß die bürgerliche Frauenbewegung sehr hervorrede, daß sie große Mittel habe zu Veranfassungen, daß die bürgerlichen Frauen mehr Zeit und im allgemeinen eine bessere Schulbildung hätten. Die bürgerliche Frauenbewegung trete in den verschiedensten Organisationen auf und mache sich auch sonst nach außen sehr bemerkbar. Er meine, es müsse unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß die bürgerliche Frauenbewegung nicht die proletarische überwege. Leicht möglich wäre es, daß aus politischen Erwägungen heraus die bürgerlichen Parteien in nicht allzu ferner Zeit den Frauen das Stimmrecht gäben. So sei eine brennende Frage die der Vertiefung und Ausbreitung der proletarischen Frauenbewegung. Aus politischer Klugheit mühten die Männer dafür eintreten mit aller Energie. Damit handelten sie auch am besten im Sinne unserer großen Meister. Auf zum gemeinsamen Kampf der Männer und Frauen des Proletariats zur Niederringung der kapitalistischen Herrschaft (Lebhafter Beifall). — Genossin Leiper sprach im Sinne des Referats einige anfeuernde Worte. — Genossin Martha Riez sprach ihre Freude über das ihrer Meinung nach sehr bedeutungsvolle Wort des Referenten aus, daß die Männer aus politischer Klugheit für die Vertiefung und Ausbreitung der proletarischen Frauenbewegung eintreten mühten. Einer anderen Ausführung Däwells hielt sie entgegen, daß die bürgerliche Frauenbewegung zwar in die Breite, nicht aber in die Tiefe gegangen sei. — Der Referent antwortete darauf in seinem Schlußwort, daß er ja auch nur gesagt habe, daß die bürgerliche Frauenbewegung sich „breit mache“, daß sie nach außen recht in die Erscheinung trete. Dadurch aber gerade wirke sie suggestiv auf die Masse der Indifferenten.

Nachdem die Vorsitzende Genossin Wulf an die Frauen appelliert hatte, für die Bewegung zu wirken und auch durch Zahlung freiwilliger Beiträge Mitglied der Partei zu werden, schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Verfasslungen.

Der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein hielt seine Generalversammlung in den „Rusler-Gärten“ ab. Der Jahresbericht weist in allen Punkten einen Aufschwung auf. Die Mitgliederzahl ist von 988 auf 1104 männliche und 38 weibliche, d. h. um 116, dagegen der Markenerwerb von 32 750 auf 43 457, oder um 10 737 Mark, gestiegen. Neuaufnahmen sind mit 1201 männlichen und 50 weiblichen angegeben; woraus die ungeheure Fluktuation der Berufsausübenden am deutlichsten ersichtlich ist, einerseits, andererseits die Mühen, um die Organisation auf der Höhe sowie kampfkraftig zu erhalten. Eingeteilt ist die Ortsverwaltung Berlin in 24 Bezirke und ist für Agitation in 421 Bezirksversammlungen, 11 öffentlichen und 4 Wanderversammlungen nach Kräften Sorge getragen worden, was auch die Verteilung von 21 000 Flugblättern beweist. Außer an die in Handels-, Landwirtsch. und Privatgärtnerien beschäftigten Arbeitnehmer wandte sich die Agitation auch an die auf Friedhöfen, in städtischen wie kommunalen Betrieben tätigen Gärtner und sind die Bemühungen nicht ganz ohne Erfolg geblieben. Ganz besondere Aufmerksamkeit ist den Blumengeschäftsangehörigen und den in der Kranzbinderei Beschäftigten gewidmet worden. Für erstere ist in Gemeinschaft mit der Hauptleitung eine Regelung der Arbeits- und Verkaufszeiten an Sonn- und Feiertagen in den Blumengeschäften mit allem Nachdruck betrieben worden, desgleichen eine lebhaft propaganda für den Achtstundenschluß. In der Branche Handlungsgärtnerie ist im Frühjahr eine Lohnbewegung mit nahezu vollem Erfolg durchgeführt worden, die eine Erhöhung des Wochenlohnes von 1,50 bis 2 R. brachte. Die Lohnbewegung in der Branche Landwirtschärgärtnerie wurde plötzlich abgebrochen, da einerseits die Arbeitgeber teilweise Zugeständnisse gemacht hatten und andererseits die Organisation ihre ganze Kraft für die Lohnbewegung in der Handlungsgärtnerie einsetzten mußte. Der Stellennachweis wurde durchschnittlich monatlich von 93 Stellungsfindenden in Anspruch genommen. Gemeldet wurden durchschnittlich 68 Stellen monatlich, davon 47 für die gewerbliche und 21 für die private Gärtnerie. 85 Proz. der gemeldeten Stellen wurden besetzt. Der Reichstagsbeitrag 66 Fälle mit 67 Kollegen, wovon 17 wegen Zeugnis, 31 mit 42 Kollegen wegen Zeugnis und Lohnforderungen, 8 wegen Lohnschädigung vorgebracht und ausgesetzt worden sind. Die Bibliothek enthält 230 Werke, wovon 1/3 auf fachwissenschaftliche und 1/3 auf soziale Literatur entfällt. Die Finanzgebarung zeigte gegenüber dem Vorjahr ein bedeutend erweitertes Bild. Die Einnahmen (Bestand am 31. Dezember 1906 1740,34 R.)

inflüsse Bestand betragen 24 007,23 M., die Ausgaben 22 051,40 M., als Bestand verbleiben 1955,83 M. Eingenommen ist für Aufnahmen 890,10 M., Beiträge 16 043,17 M., für Kalender und Abzeichen 307,00 M., diverse lokale Einnahmen 5190,02 M. Ausgaben: An die Hauptgeschäftsstelle abgeführt 12 288,70 M., Hauptkassent 1835,00 M., Lohnbewegung 2804,00 M., diverse Ausgaben (Agitation, Flugblätter, Drucksachen usw.) 3343,10 M. Zu Zeiten der Hauptkasse wurden für Reiseunterstützung 130,25 M., für Arbeitslosenunterstützung 2110,00 M. ausbezahlt. Der bisherige Bestand wurde wie folgt zusammen aus M. Wäders, 1. Vorsitzender; R. Baucke, 2. Vorsitzender; Kwasnik, Schriftführer; Gauer, Kassier und Kamrowski, Kassierer, der gleichzeitig das Amt des Ortsbeamten bekleidet. Als Vertreter zur Berliner Gewerkschaftskommission ist Kamrowski, als Stellvertreter Wäders, als Revisorin Kridde, J. Schmidt und Mall gewählt worden. Eingenommen wurde ein Antrag, der die Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes auf den Monat Juli oder August verlegt wissen will. Beschlossen ist, die Generalversammlung im Monat November stattfinden zu lassen. Ferner ein Antrag, der 100 M. zur Anschaffung sozialer Werke für die Bibliothek vorseht. Eine eingehende Aussprache wurde noch über die Agitation sowie über Fragen, welche der Entwicklung der Organisation dienen können, geführt, worauf Schluss der Versammlung eintrat.

**Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter.** Der Zweigverein Berlin hielt am Sonntag eine Generalversammlung in Ruggenhagen Saal ab. Nachdem der Kassierer Wötcher die Abrechnung vom 4. Quartal b. J. gegeben hatte, erstattete der Vorsitzende Kriebow den Geschäftsbericht für das Jahr 1906. Die Mitgliederzahl des Zweigvereins ist von 7405 auf 11 423 gestiegen. Die Zunahme beträgt 4018. Die im Frühjahr von mancher Seite ausgesprochene Befürchtung, der Abschluss eines Tarifvertrages werde einen Verlust von Mitgliedern zur Folge haben, ist also durch Tatsachen widerlegt. Andererseits kann gesagt werden, daß der Tarifvertrag günstige Wirkungen auch auf die Festigkeit der Organisation gehabt hat. Wie im gesamten Zweigverein, so kann auch in den einzelnen Sektionen ein erfreulicher Fortschritt konstatiert werden. Die Sektion der Zöpferträger hat zu Anfang des Jahres mit den Unternehmern einen Vertrag abgeschlossen, der den Forderungen entspricht, welche die Arbeiter gestellt hatten. — Die Brunnenmacher und deren Hilfsarbeiter trafen im März und April eine Lohnbewegung durch, die mit dem Abschluß eines Tarifvertrages endete, welcher den Beteiligten Lohnaufbesserungen brachte. — Die Dachdecker-Hilfsarbeiter hatten ebenfalls eine Lohnbewegung. Nach kurzem Streik erkannten die größten Firmen die Forderungen der Arbeiter an, die kleineren ließen es danach nicht erst zum Streik kommen. Das solidarische Verhalten der Dachdecker trug wesentlich zu dem Erfolge der Hilfsarbeiter bei. — Auch die Badofenbau-Hilfsarbeiter haben in Gemeinschaft mit den Badofenmachern einen günstigen Tarifvertrag erlangt. — Die Grenzfreizügigen mit berufsverbundenen Organisationen waren nicht mehr so erheblich wie in früheren Jahren. Nur mit der Gips- und Zementbranche des Bauerverbandes bestehen in dieser Hinsicht noch Differenzen. Die Sektion der Gips- und Zementarbeiter habe, entgegen den getroffenen Abmachungen, die ihr angehörenden Hilfsarbeiter dem Verbands der baugewerblichen Hilfsarbeiter nicht zugewiesen. Mit dieser Angelegenheit werde sich der Verbandstag zu beschäftigen haben. Mit anderen Verbänden haben sich vorkommende Grenzfreizügigkeiten leicht regeln lassen. — Bei einer im Frühjahr vorgenommenen Baukontrolle wurden auf 1471 Bauten 11 866 Hilfsarbeiter gezählt und zwar 1222 Putzträger, 509 Fächler, 2200 Lohnarbeiter, 534 Putzträger, 92 Zöpferträger. Von den 11 866 Hilfsarbeitern gehörten dem Zentralverbande an 7608, dem Lokalverein 892, dem christlichen Verband 90, der Zementbranche 90, dem Fabrikarbeiterverband 77, dem Handels- und Transportarbeiterverband 158, dem Metallarbeiterverband 22, unorganisiert waren 2295. — Zur Erleichterung von Streitfällen auf Bauten wurde der Vorstand in 1531 Fällen angerufen. Rechtspruch wurde in 41 Fällen erteilt. — Aus dem Kassierenbericht, den der Kassierer Wötcher erstattete, ist folgendes zu bemerken: Die Jahreseinnahme betrug 892 438,30 M., die Ausgabe 280 917,30 M., der Bestand 61 521,00 M. Für Streiks und Rahrgelungen sind 20 832 M., für sonstige Unterstützungen 5840 M. ausbezahlt.

**Residenz-Theater.** Direktion Richard Alexander. Heute und folgende Tage 8 Uhr: Haben Sie nichts zu verzollen? Schwank in 3 Akten v. M. Demmequin und Pierre Weber. Robert de Tréville: Rich. Alexander. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Der Schlafwandlerkontrolleur.

**W. Noacks Theater.** Direktion: Rob. Dill. Blumenstr. 16. Heute: Geschlossen. Morgen: Hexen-Hans. Schauspiel in 5 Akten von Herf. Anfang 7, 8 Uhr.

**Theater.** Sonnabend, 2 März, Anfang 7 1/2 Uhr.

**Opernhaus.** Das war ich, Cavalleria rusticana. Die Puppenfee. **Schauspielhaus.** Die Welt, in der man sich langweilt. **Deutsches, Romeo und Julia. Kammerstücke.** Frühling. **Kammerstücke.** Frühling. **Leitung.** Wiege und Maria. **Wochen.** Die lustige Witwe. **Nachmittags 3 Uhr:** Der Troubadour. **Vorstellung.** Die lustigen Weiber von Windsor. **Nachmittags 3 1/2 Uhr:** Gänsefüßel. **Anfang 8 Uhr.**

**Schiller O. (Wallner-Theater.)** Narrenplaus. **Schiller-Theater Charlottenburg.** Im bunten Rock. **Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Häufel-Theater.)** Erzählung zum Don Juan. **Romische Oper.** Hoffmanns Erzählungen. **Berliner.** Der Hund von Badewitz. **Zentral.** Der Kesselbinder. **Neues Schauspielhaus.** Faust. I. Teil. (Anfang 7 Uhr.) **Kleines.** Die Kralle. **Neues.** Gioconda. **Reichens.** Haben Sie nichts zu verzollen?

**Kaufspielhaus.** Zufarensieber. **Deutsch-Amerikanisches.** Cousin Bobby. **Thalia.** Eine lustige Doppeldeh. **Waffen.** Der lange Keil. **Nachmittags 4 Uhr:** Schneewittchen. **Trianon.** Fräulein Josette — meine Frau. **Bernhard Rose.** Marianne, ein Weib aus dem Volke. **Nachmittags 4 Uhr:** Kottäppchen. **Metropol.** Der Teufel lacht dazu. **Gebr. Herrfeld.** Ein verrücktes Hotel.

**Wintergarten.** Otto Reutter. Spezialitäten. **Apollo.** Bernhard Mörbitz. Spezialitäten. **Kokino.** Ledige Leute. Spezialität. **Folies Caprice.** 100 000 Gulden. **Mittig.** Im Inspektionszimmer. **Wassage.** Spezialitäten. **Proter-Theater.** Geschlossen. **Figaro.** Eine gute Partie. **Chlo.** Landwirt. **Seam.** Drehbergchen. (Anfang 8 1/2 Uhr.) **Walhalla.** Die goldene See. Spezialitäten. **Karl Haverland.** Spezialitäten. **Reichshallen.** Stettiner Sänger. **Urania.** Landenstraße 18/19. 8 Uhr: Die Feuergefahren der Erde. **Nachmittags 4 Uhr:** Szigilien. **Ökonal.** 8 Uhr: Dr. B. Donath: Die Strahlen jenseits des Lichtspektrums. **Sternwarte.** Invalidenstr. 57/62.

**Ferdinand Bonn.** **Berliner Theater.** Anfang 8 Uhr. Sonnabend, Sonntag, Montag: **Der Hund von Baskerville.** **Neues Schauspielhaus.** Sonnabend, den 2. März 1907: **Spiel Josef Kainz: Faust. I. Teil.** Anfang 7 Uhr. **Sonntag: Weib' dem, der lügt.** (Ganzspiel.) Anfang 8 Uhr. **Lustspielhaus.** Täglich abends 8 Uhr: **Zufarensieber.**

**Urania.** Wissenschaftliches Theater. 4 Uhr: **Sizilien.** 8 Uhr: **Die Feuergefahren der Erde.** Hörsaal 8 Uhr: Dr. B. Donath: Die Strahlen jenseits des Lichtspektrums. **Neues Theater.** Anfang 8 Uhr. **Letztes Schauspiel Suzanna Desprez: Gioconda.** Sonntag: Maßner Porzellan. Montag: Wohlstandsvorstellung für die Gemüthlichen in Neben: Maßner Porzellan. **Kleines Theater.** Anfang 8 Uhr. **Die Kralle.** Sonntag nachm. 3 Uhr: Rachtal. Abends 8 Uhr: Die Kralle. Montag: Eine tolle Komödie für leidige Leute. (Bundura). Dienstag, Mittwoch: Die Kralle. **Lorzing-Theater.** Belleallianenstr. 7/8. **Sonnabend, 2. März, nachm. 3 1/2 Uhr:** Nähmaschinenstellung: Gänsefüßel. **Abends 7 1/2 Uhr:** **Die lustigen Weiber v. Windsor.** Abonnements gültig! **Sonntag 3 Uhr:** Bar und Zimmermann. **7 1/2 Uhr:** Das Glöckchen des Eremiten. **Schiller-Theater N.** Friedrich-Wilhelms-Theater. **Abends 8 Uhr zum ersten Male:** Die Erzählung zum Don Juan. **Zentral-Theater.** 8 Uhr: **Der Kesselbinder.** **Sonntag 3 Uhr:** Die Puppe. **Abends 7 1/2 Uhr:** Nanon. **Luisen-Theater.** Reichendergerstr. 34. **Nachmittags 4 Uhr:** Bühnenvorstellung zu kleinen Preisen: **Ennetwittchen und die sieben Zwergel.** **Abends 8 Uhr:** **Zuvorgekommen** oder: **Der lange Keil.** **Sonntag 3 Uhr:** Der Erde v. Badewitz. **8 Uhr:** Der Gänsefüßel. **Montag:** Die schöne Unparth. **DERNHARD ROSE THEATER.** Nr. Frankfurterstr. 132. **Nachm. 4 Uhr:** Bühnenvorstellung bei H. Breiten: **Kottäppchen.** **Abends 8 Uhr:** Benefiz für den Realfeuert Hugo Kummel: **Marianne, ein Weib aus dem Volke.** **Metropol-Theater.** Abends 8 Uhr: **Der Teufel lacht dazu.** Große Jahresrevue in 7 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollander. Dirigent Max Roth. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schults. **Hassary. Wolf. Boudier. Glampietro. Joseph.** Rauchen überall gestattet. **Morgen Sonntag, nachm. 3 Uhr:** **Auf in's Metropol.** **Trianon-Theater.** Anfang 8 Uhr. **Fräulein Josette — meine Frau.** Sonntag nachmittags 3 Uhr: **Die Liebeschachtel.**

**Schiller-Theater.** Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). **Sonnabend, abends 8 Uhr:** Zum erstenmal: **Narrenplaus.** Ein Spielmannsdrama in 4 Akten von Rudolf Müller. **Sonntag, nachm. 3 Uhr:** **Maria Stuart.** **Sonntag, abends 8 Uhr:** **Narrenplaus.** **Montag, abends 8 Uhr:** **Nathias Gollinger.** Schiller-Theater Charlottenburg. **Sonnabend, abends 8 Uhr:** **Im bunten Rock.** Lustspiel in 3 Aufzügen von Franz v. Schönthan u. Freisera u. Schlicht. **Sonntag, nachm. 3 Uhr:** **Der Pfarrer v. Kirchfeld.** **Sonntag, abends 8 Uhr:** **Weib' dem der lügt.** **Montag, abends 8 Uhr:** **Der Kaiserjäger.**

**Castans Panopticum.** Friedrichstraße 165. „Nada“ — der sprechende Kopf. Von abends 7 Uhr ab: **Berliner Sänger.** Reichhaltiges und originelles künstlerisches Programm.

**Ausstellungen-Hallen.** AM ZOOLOGISCHEN GARTEN **Populäre Konzerte.** unter persönlicher Leitung der Komponisten und Mitwirkung erster Solisten **SONNTAG, den 3. März, 7 Uhr:** EINÖDSHOFER **SONNTAG, den 10. März, 7 Uhr:** VICTOR HOLLÄNDER **SONNABEND, den 23. März, 8 Uhr:** VICTOR HOLLÄNDER **SONNTAG, den 31. März, 7 Uhr:** VICTOR HOLLÄNDER **MONTAG, den 1. April, 7 Uhr:** VICTOR HOLLÄNDER

**Parkett 1 Mark.** Parkettfauteuil . . 2 Mk. Balkon . . . . . 2 Mk. Stabplatz . . . . . 50 Pf. Billets bei Bote & Bock, A. Wertheim, Leipziger Straße, und an der Abendkasse. 4011L\*

Dieser zur gefälligen Kenntnisnahme, daß mein großer Saal zum **Sonnabend, den 23. März** persönlich frei geworden ist. 40772\* **A. Freyer** (früher Kellers Festsäle) Kopenstraße 29.

**Intimes Theater.** Dresdenerstraße 17. **Gastspiel des** **Budapester Burlesken-Ensembles** **Linde-Wolf.** „Eine vom Balken.“ „Zapfenstech.“ **Sunter Zeit.** **Otto Pritzkow, Münzstr. 16.** Welt-Ausstellungs-Biograph. (St. Louis) **Theater lebender Photographien.** **Der Untergang des Dampfers „Berlin“.** 188 Tote, 12 Gerettete. **Den ganzen Tag Vorstellung.** **Der Biograph.**

**WINTERGARTEN.** Charlotte Wiehe. Paul Conhas, der „Armeoherkules“. Die 4 Athleten, Kraftproduktionen. Die Obersteirer, Gesangs-Ensemble. Salerno, Jongleur. „Die Hand“, Pantomime in 1 Akt. Stelling und Rewell, Komische Rockturner. **Lise Angerer, Opernsängerin.** **Barbar Ritchie, Komische Radfahrer.** **Mit Orffords dressierte Elefanten.** **Auf dem Balle, Ballettenszene** ausgeführt von der Tiller-Truppe, London. **Der Biograph.**

**Gebr. Herrfeld-Theater.** Burgstr. 57. **Die fährnisch bezauberte Novität.** **Ein verrücktes Hotel.** Komödie in 3 Akten mit den Autoren H. und D. Herrfeld in den Hauptrollen. **Sonntag, den 3. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, 5. halbes Kassenpreisen:** **Hausierer Jockell** und **Die letzte Ehre** mit H. und D. Herrfeld.

**Apollon Theater.** 9,30 Die 9,30 **3 goldenen Jungfrauen.** 10 Uhr! 10 Uhr! **Bernhard Mörbitz** als Blumenkitt, Piccolo u. als billiger Kugelh. **Dehüts der neuen Spezialitäten.** **Brunnen-Theater.** Gesundbrunnen. Badstraße 38. **Direktion: Bernhard Ross.** **Sonntag, den 3. März 1907, nachmittags 3 Uhr (vollständl. Preise):** **Die Verschwörung der Frauen.** Anfang 7 Uhr. **Der Herr Stadtmusikus** und seine Kapelle. **Vollständl. mit Gesang in 5 Aufzügen.** **Wettverkauf von 10-1 Uhr** an der Abendkasse. **Montag: Benefiz für Dr. Rühle: Die Jungfrau von Orleans.** **Palast-Theater.** Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Bismarck. **Heute 8 Uhr.** **Der sensationelle März-Spielplan.** Unter anderem: **Kioday Godayon,** japanische Equilibristen. **Selkman and Punch,** Exzentriks. **Danke, Herr Franke** **Prater-Theater.** Stationen. Ufer 7-9. **Heute geschlossen.** **Morgen nachmittags 3 Uhr:** **Die Waife aus Lowood.** **Abends 7 1/2 Uhr:** **Kabale und Liebe.**

**Passage-Theater.** 2. Monat. Täglich ausverkauft! **Der größte Sacherfolg der Saison:** **„Mal was Anderes“.** **Die Theims-Troupe** und die 10 glänzenden **März-Spezialitäten.**

**Sanssouci** Kottäppchenstraße 4a. **Direktion Wilhelm Reimer.** **Sonnt., Mont., Donnerst.:** **Hoffmanns World. Sänger.** **Sonntag und Montag:** **Dr. Elte-Soiree.** (Durchweg neues Programm.) **Sonnt. 8 1/2, Bochert. 8 U.** **Dienstag: Theaterabend.**

**Reichshallen-Theater.** Stettiner Sänger. **Anfang** **Sochertags** **8, Sonntags** **7 Uhr.** **Reichshallen-Restaurant** **Bockbier-Fest.**

**Die kluge Pauline.** **Moritz-Platz.** **Täglich:** **Urteile Stimmung.** **Doppel-Konzert.** **Schuhplattler.** **Umzug** **des Zirkusdirektors** **a. d. J. 1846.**

# Zirkus Schumann

Heute Sonnabend, den 2. März: Fortsetzung der  
Großen internationalen Ringkampf-Konkurrenz  
um den Goldenen Kranz von Berlin  
und  
**10000 Mark** in 4. Preis 750

Heute ringen:  
Limousin (Frankreich) gegen Enrico Buchioni (Italien).  
Dirk van den Berg (Holland) gegen Milo (Italien).  
Jakob Koch (Deutschland) gegen Karamann (Türkei).  
Iwan Romanoff (Russland) gegen Peyrouse (Frankreich).  
Richard Sawades Raubtiergruppe St. Hubertus  
Melberhäute und um 9 1/2 Uhr: Größtes Pracht-Managen-Schaustück.

# Zirkus Busch

Heute Sonnabend, den 2. März, um 8 1/2 Uhr:  
Fortsetzung der  
Gr. Internationalen Ringkampf-Sonder-Konkurrenz  
Prämien 10000 M.  
Ferner dem Sieger als Ehrenpreis:

**Ringer = Bronze = Statue**  
modelliert und gegossen von Professor Reinhold Begas  
und der große Gold-Pokal, gestiftet von der Sportredaktion  
der Tageszeitung „Das Deutsche Blatt“.  
Ehrenprotectorat: Professor Reinhold Begas.  
Jos. Smejkal (Böhmen) gegen Siegfried (Deutschland).  
Anglo (Martinique) gegen Aimable Jeune (Frankreich).  
Elgmann jun. (Süden) gegen Jess. Pederson (Dänemark).  
„Rom“, großes Original-Managen-Schaustück  
in 7 Akten.

# Einsegnungs-Anzüge

in den neuesten Façons  
Tuchkammgarn, Ripskammgarn u. Cheviot, reich-  
haltigste Auswahl, gute Verarbeitung, zu  
den billigsten Preisen empfiehlt

# Julius Lindenbaum

Große Frankfurterstr. 141  
Ecke Fruchtstraße. 4012L\*  
Größtes Etablissement  
des Ostens, Nordostens und Südostens.  
Anerkannt realste u. billigste Bezugsquelle.

Boltzstr. 8 Schönberg, Goltzstr. 8  
Gustav Behrens Theater  
früher Schönbberger Wintergarten.



Eröffnung Sonnabend, 2. März  
mit einem erstklassigen Programm.

# Walhalla-Variete-Theater

Weinbergweg 19/20, Rosenthal-Tor.  
Heute abend 8 Uhr:  
14 großartige  
März-Spezialitäten.  
5 Geschwister Pérez  
Gummistiefel auf 3 freies. Lettern.  
Frosco, der Geheimnisvolle.  
3 Soubetten. — 2 Komiker usw.

Der Vertrieb von Erzeugnissen sächs.

# Gardinen-Fabriken

gibt ab Gardinen, Stores, Zugvorhänge, Tüllbett- und Zierdecken in bekannter Gediegenheit an  
Wiederverkäufer, Anstalten, Hotels sowie an Private im Einzelverkauf und  
**verbürgt natürlich eminent billige Preise,**  
die überall deutlich verzeichnet sind. Umgehung jeder unnötigen Verteuerung der Waren. Wegen Anwendung  
der elektr. Bleiche Garantie für größte Haltbarkeit. — Besichtigung empfohlen. —  
**Verkaufsstellen mit Einzelverkauf zu Originalpreisen:**  
Berlin C., Rosenthalerstraße No. 2  
am Rosenthaler Tor.  
„SO., Wienerstraße No. 11  
gegenüber der Hochbahn (Oranienstraße).  
Berlin O., Große Frankfurterstraße 5-6  
an der Fruchtstraße.  
„O., Grüner Weg 28, am Andreasplatz

# Einsegnungs-Anzüge

ein- oder zweireihige, moderne schicke Form, hochelegant  
und tadellost sitzend. 4020L\*  
**Beste Verarbeitung.**  
Vollständiger Ersatz für Maßarbeit.  
Die Preise sind je nach Größe.



Anzüge von gutem schwarzem Satin-Kammgarn  
11, 12, 13, 14, 15, 16 u. 17 M.  
Anzüge v. elegant Satin-Kammgarn  
14, 15, 16, 17, 18, 19 u. 20 M.  
Anzüge von vorzügl. Rips-Kammgarn  
15, 16, 17, 18, 19, 20 u. 21 M.  
Anzüge von hochl. Satin-Kammgarn  
18, 19, 20, 21, 22, 23 u. 24 M.  
Anzüge von bestem Kammgarn-Rips  
20, 21, 22, 23, 24, 25 u. 26 M.  
Anzüge von Cheviot, Twill od. Tuch-Kammgarn, feinste Qualität.  
25 bis 33 M.  
**Gesellschaftsanzüge**  
— für Herren. —  
Rock-Anzüge v. Twill, Cheviot, Rips-Sat. od. Tuch-Kammg.  
27, 33, 38, 43, 48 u. 53 M.  
Gehrock-Anzüge von Tuch, Rips od. Satin-Kammgarn  
30, 36, 42, 48 54, 60 u. 66 M.  
Frack-Anzüge von hochl. Tuch- oder Satin-Kammgarn auß. sauber mit Seide abgefüttert  
54, 60, 66 u. 72 M.

Große Weiten für extra starke Herren  
— — — stets vorrätig. — — —

# Carl Stier

Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe  
Berlin SO. | Berlin W.  
Oranienstr. 166. | Potsdamerstr. 113a.  
Potsdam: Nauenerstr. 23.  
Nach außerhalb sende Muster und Maßanleitung.

Berliner **Ulk-Trio**, Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden, 10-2, 5-7 Sonntag 10-12, 2-4, Felix Scheuer, Stralanderstr. 1.

# Leske & Slupecki

70c Schönhauser Allee 70c  
Spezialhaus guter Herren- u. Knaben-Bekleidung  
fertig und nach Maß. 40702

Wir danken dem geehrten Publikum für den starken Zuspruch während  
unseres kurzen Bestehens. Es wird auch ferner unser Bestreben sein, nur gute  
dauerhafte Waren zu billigen Preisen zum Verkauf zu bringen.  
**Frühjahrs-Paletots. ● Frühjahrs-Anzüge.**  
**Einsegnungs-Anzüge.**  
Am Sonnabend und Sonntag verabsolgen wir beim Einkauf  
eines Anzuges oder Paletots, eine  
**elegante bunte Weste gratis!**

Sozialdemokratischer Wahlverein  
für Britz.  
**Nachruf!**  
Am 16. Februar verstarb unser  
Genosse, der Schlosser  
**Hermann Ballner**  
im 31. Lebensjahre.  
Ehre seinem Andenken!  
202/1 Der Vorstand.

Sozialdemokratisch. Wahlverein  
des  
6. Berliner Wahlkreises.  
Lobes-Anzeige.  
Am 27. u. 28. verstarb unser  
Mitglied, der Schlosser  
**Alfred Graff,**  
Eichstraße 37.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Sonnt.  
tag, den 3. März, nachm. 3 1/2 Uhr,  
von der Halle des neuen Jand-  
Kirchhofes in der Seelstraße statt.  
Um zahlreiche Beteiligung erucht  
Der Vorstand.

Invaliden-Unterstützungskasse  
d. Steindrucker u. Lithographen.  
Die Beerdigung des am  
27. Februar verstorbenen Litho-  
graphen  
**Adolf Brachmann**  
findet am Sonntag, den 3. März,  
nachmittags 3 Uhr, von der Zeichen-  
halle des Georgenkirchhofes, Land-  
berger Allee, statt.  
18215 Das Komitee.

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß  
unser Mitglied, der Dreher  
**Wilh. Kohlmetz**  
am 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr,  
im Sanatorium Beelitz he-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 3. März, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Zeichen-  
halle des alten Jerusalemer Kirch-  
hofes in der Bergmannstraße  
aus statt.  
Rege Beteiligung wird erachtet.  
114/5 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer  
Deutschlands.  
**Sektion Pater.**  
Am Mittwoch, den 27. Februar,  
verstarb unser Mitglied  
**Hermann Baganz.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonnabend, den 2. März, nach-  
mittags 3 Uhr, auf dem Luisen-  
Kirchhof in Charlottenburg statt.  
Um rege Beteiligung erucht  
Die örtliche Verwaltung.  
133/12 J. A.: H. Neumann.

Deutscher  
Holzarbeiter-Verband  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Kollege, Eiserarbeiter  
**Max Holke**  
Berlitzsch Schulle  
am 27. Februar an der Prostaten-  
krankheit verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Montag, den 4. März, nach-  
mittags 4 Uhr, von der Zeichen-  
halle des Zentral-Friedhofes in  
Friedrichshagen aus statt. 82/1  
Um rege Beteiligung erucht  
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband  
der Steinarbeiter.  
Berlin I.  
**Nachruf.**  
Am 22. Februar verstarb unser  
Kollege  
**August Gönnert**  
im Alter von 45 Jahren an der  
Berkleibkrankheit.  
Ehre seinem Andenken!  
172/6 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse  
der deutschen Wagenbauer.  
Filiats Rixdorf.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß das Mitglied  
**Wilhelm Kohlmetz**  
am 26. Februar in der Heilstätte  
Beelitz verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 3. März, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Zeichen-  
halle des alten Jerusalemer Kirch-  
hofes, Bergmannstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung erucht  
253/5 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer  
Deutschlands.  
Zweigverein Berlin.  
Sektion der  
Gips- und Zementbranche.  
**Nachruf.**  
Unseren Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied  
**Gustav Supke**  
am 20. Februar 1907 durch Unfall  
plötzlich verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
137/1 Der Sektionsvorstand.

Zentral-Verband der Maurer  
Deutschlands.  
Zweigverein Berlin.  
Sektion der  
Gips- und Zementbranche.  
**Nachruf.**  
Unseren Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied  
**Gustav Supke**  
am 20. Februar 1907 durch Unfall  
plötzlich verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
137/1 Der Sektionsvorstand.

**Dankfagung.**  
Für die überaus herzliche Teilnahme  
bei der Beerdigung meiner lieben  
Tochter, unserer guten Schweser  
**Therese Ditte**  
sowie allen Verwandten,  
Freunden und Bekannten sowie dem  
gesamten Personal der Firma Rudolf  
Wolke unseren herzlichsten Dank aus.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

Zentralverband der  
Schuhmacher Deutschlands.  
Zahlstelle Berlin.  
Am 27. Februar verstarb plötz-  
lich infolge Blutvergiftung unser  
langjähriges Mitglied, der Schnitt-  
treter  
**Franz Reimann.**  
Ehre seinem Andenken!  
Beerdigung: Sonntag, den  
3. März, nachmittags 2 1/2 Uhr,  
von der Zeichenhalle des Kranken-  
hauses Friedrichshagen nach Bü-  
lowberg.  
Um rege Beteiligung erucht  
160/7 Die Ortsverwaltung.  
Treffpunkt des Gesangsvereins  
um 2 1/2 Uhr am Landberger  
Weg. 4076b

**Dankfagung.**  
Für die herzliche Teilnahme und  
die vielen Kranzpenden bei der Be-  
erdigung unseres Sohnes **Gustav  
Weiß** sagen wir allen Verwandten  
und Bekannten unseren tiefgefühltesten  
Dank, insbesondere dem Gesangsverein  
„Sangeslust“ (Tempelhof), dem Wahl-  
verein (Tempelhof) sowie dem Ge-  
sangsverein „Echo“ (Berlin) und allen  
Mitarbeitern der verschiedenen Ab-  
teilungen vom „Berliner Tageblatt“  
vielen Dank. 18220  
Merseburg, den 1. März 1907.  
Die trauernden Eltern.

**Dankfagung.**  
Für die zahlreiche Beteiligung und  
reichen Kranzpenden bei der Beerdigung  
meiner lieben Frau und guten  
Mutter sagen allen ihren herzlichsten  
Dank. 4076b  
**Reinhold Schulz und Tochter.**

Beachten Sie beim Einkauf von  
**Bettfedern und Betten**  
die enorm billigen Preise in  
**L. Beutlers 4 großen Spezialgeschäften**  
Oranienstr. 8, nahe Hochbahn. Ackerstr. 28, Ecke Invaliden-  
straße. Neanderstr. 29, Reinickendorferstr. 115, Bahnhof Wedding.  
**Große Betten, Oberbett, Unterbett u. 2 Kissen 12, 15, 20, 25,  
30 M. Daunennetten 35 bis 75 M.**  
**Besonders preiswert „Daunendeckbett“!**  
mit bester Mandarindausw. nur 15 M.  
**Bettfedern Pfd. 0,30, 0,75, 1 M. Halbdaunen Pfd. von  
1,50 M. an. Gänsefedern u. Daunen Pfd. 2 bis 8 M.**  
in nur erprobten, staubfreien Qualitäten.  
Große Läger fertiger Inletts, Bezüge, Schin- und Steppdecken.  
**Bettfedern-Dampf-Reinigung.**  
Telephon: Amt IV, 6371. 4071L\*

# Wahlverein Rummelsburg.

Sonntag, den 3. März, nachmittags 1 1/2 Uhr, im Saale der Witwe Weigel, Türschmidstr. 45:

## Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes.
2. Diskussion.
3. Neuwahl des Gesamtvorstandes und der Redaktoren.
4. Kreis-Generalversammlung, Anträge und Wahl der Delegierten hierzu.
5. Vereinsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Zimmer 34, Amt 4, 3353. Engel-Ufer 15. Zimmer 1-5, Amt 4, 9679

Sonntag, den 3. März, vorm. von 9-1 Uhr findet in

Ausführung des Beschlusses der General-Versammlung vom 24. Februar die Wahl der Angestellten unseres Bureaus

in folgenden Lokalen statt:

- Milbrodt's Gesellschaftshaus, Mollerstr. 7.
- Bernhard Rose-Theater, Badstr. 58.
- Wernaus Festsäle, Schwedterstr. 23.
- Boekers Festsäle, Weberstr. 17.
- Graumanns Festsäle, Naunynstr. 27.
- Wiemers Restaurant, Bulowstr. 58.
- Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49.
- Metzdori in Charlottenburg, Potsdamerstr. 44.
- Thiel in Rixdorf, Bergstr. 152.
- Fritsch in Steglitz, Florastr. 2a.
- Böhle in Spandau, Neumeisterstr. 5.
- Kaufhold in Ober-Schöneweide, Wilhelminenhofstr. 18.
- Tempel in Rummelsburg, Alt-Boxhagen 56.
- Hellwig in Köpenick, Schönerlinderstr. 5.
- Schmutz in Weißensee, König-Chaussee 38.
- Gehlhaar in Tegel, Berlinerstr. 92.

Ohne Mitgliedsbuch kann niemand wählen. Die Stimmzettel werden am Eingang zu den Wahllokalen verteilt. Wahlleiter ist der Kollege Josef Hartmann, Engel-Ufer 15 I. Der Beginn der Wahl ist diesmal eine Stunde früher angesetzt, damit die Kollegen, die zur Versammlung gehen, Gelegenheit haben, vorher zur Wahl zu gehen. Die Ortsverwaltung.

# Vereinigung der Musikinstrumenten-Arbeiter Berlins und Umgegend.

Montag, den 4. März, abends 6 Uhr, bei Graumann, Raunynstr. 27:

## Werkstatt-Delegierten-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Das Bildungswesen in der deutschen Arbeiterbewegung. Referent: Kollege C. Haßner.
2. Diskussion.
3. Die Ausgabe neuer Mitgliederbücher.
4. Organisations- und Werkstattangelegenheiten.

Kollegen! Es ist Ehrenpflicht der Delegierten, vollständig und pünktlich zu erscheinen. In den Betrieben, wo ein Delegierter nicht vorhanden, muß unbedingt ein Kollege freiwillig die Vertretung übernehmen und in der Versammlung anwesend sein!

Der Vorstand.

# Barbier- u. Friseur-Genossenschaft „Vorán“

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht).

Sonntag, den 10. März 1907, nachmittags 6 Uhr:

## General-Versammlung

im „Rosenhauer Hof“, Rosenhauerstraße 11-12.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates.
2. Kassenbericht.
3. Berlegung und Genehmigung der Bilanz.
4. Beschlußfassung über Gewinnverteilung.
5. Entwürfe des Vorstandes und Aufsichtsrates.
6. Anträge.
7. Genossenschaftliches.

Das Erscheinen eines jeden Genossen ist Pflicht. Die Bilanz liegt für die Mitglieder bei dem Genossen Langner, Panitzstraße 32 zur Einsicht aus.

Der Vorstand.

Paul Liere. Otto Wermke. Julius Langner.

# Achtung, Steinsetzer!

Filiale Groß-Berlin I. — Unterbezirk Osten.

Sonntag, den 3. März, vormittags 10 Uhr:

## Versammlung

im Gewerkschaftshause, Saal 8, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:

1. Bericht der Vorstandes.
2. Wahl der Delegierten zur Konferenz.
3. Einleitung der Unterbezirksverwaltung.
4. Mitgliedsbuch legitimiert.

Responsible Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

# Steinarbeiter!

Berlin I.

Sonntag, den 3. März, vormittags 10 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Endgültige Beschlußfassung über Annahme bzw. Ablehnung des Tarifs.
2. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert!

Pflicht jedes organisierten Kollegen ist es, zu erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

## Verein der föderierten Anarchisten.

## Oeffentliche Volksversammlung

Sonntag, den 3. März 1907, nachmittags 1 Uhr, im „Moabit Gesellschaftshaus“, Wielefstraße 24.

Tages-Ordnung:

1. Ist es im Sinne des Sozialismus praktisch, sich an den Wahlen und an der Gesetzgebung zu beteiligen?
2. Freie Diskussion.

Zahlreicher Besuch wird erwartet. Der Einberufer.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Achtung! Bautischler. Achtung! Sonntag, den 3. März, vormittags 10 Uhr, in den „Germaniasälen“, Chausseestr. 103:

## Versammlung

der Bautischler Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Die weitere Stellungnahme der Bautischler zur Aussperrung.
2. Diskussion.
3. Bericht der Kommission.

Die in Arbeit stehenden, wie die ausgesperrten Kollegen sind verpflichtet, an dieser Versammlung teil zu nehmen. Mitgliedsbuch legitimiert.

N. N.: Karl Reiche.

### Zeugen gesucht

um Beweis unserer Leistungsfähigkeit zu bringen, sind überaus

Ich empfehle Serie IV:

Getragene Herren-Paletots . . . . .	3, 6 bis 10 Mark
Getragene Herren-Anzüge . . . . .	6, 7 bis 9 Mark
Getragene Hosen . . . . .	1.50 bis 3.50 Mark

Von feinsten Hirschaften. Reisenden nur kurze Zeit gebraucht, für jede Figur.

J. Wand, Hauptgeschäft: Chausseestr. 80a. Bitte genau auf die Nr. 80a zu achten!

1. Geschäft: Prinzen-Strasse 17.  
2. Geschäft: Gr. Frankfurterstr. 116.

## Eigene große Betriebswerkstätten.

# Jeder Herr

welcher Wert darauf legt, zum Frühjahr einen eleganten Anzug oder Paletot fertig oder nach Maß zu tragen, versäume nicht, seinen Bedarf zu decken bei der Firma

# Leske & Lehrer

## 78 Kottbuser Damm 78

Wir bringen eine unerreichte Auswahl in

# Einsegnungs-Anzügen

Unerreicht groß ist unser Lager in Stoffen zur Anfertigung feiner Herren-Moden nach Maß. Sämtliche Sachen werden in eigenen der Neuzeit entsprechend eingerichteten Betriebswerkstätten unter Leitung erster Meister angefertigt. Unsere Abteilung „Anfertigung nach Maß“ ist einzig dastehend. Wir richten an unsere Kunden die ergebenste Bitte, die Bestellung rechtzeitig zu übergeben, damit wir in die Lage gesetzt werden, die bei uns bestellten Maßsachen auf das sorgfältigste verarbeiten zu können und in jeder Weise zufrieden zu stellen.

**W**ir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe. Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl. Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz. Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen. Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen. Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Spezial-Haus eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung fertig und nach Maß

Bekleidung für sämtliche Berufe.

# Leske & Lehrer, Kottbuser Damm 78.

Bitte beachten Sie genau unsere Firma und Hausnummer.

# Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

(Eingetrag. Hilfskass. Nr. 29, Hamburg.) Filiale Berlin 2.

Sonntag, den 3. März 1907, vormittags 10 1/2 Uhr, im Märkischen Hof, Admiralsstr. 18c:

## Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht.
2. Die Anträge des Vorstandes und Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung.
3. Anträge der Mitglieder, auch zur Frauenstrebkass.

Es ist Pflicht der Mitglieder, zahlreich zu erscheinen; beglückten sind die Mitglieder der Frauenstrebkass hiermit eingeladen.

Die Ortsverwaltung.

114/3

## Spezial-Möbel-Halle Harry Goldschmidt

59 Moritzplatz 59

Ecke Stallchreiberstraße.

Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften, welche Garderobe usw. führen.

Extra-Abteilung

verliehen gewesener Möbel.

Wöchentliche oder monatliche Teilzahlung gestattet!

81/20

Handdruck verboten!

# Jeder Arbeiter, jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Leberhose Herkules tragen.

Wien-Berlin. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Farben, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Knöpfe. Halbbare Knöpfe. Große Hüften umfaßt.

Die Herkules-Hose 4 M. 50

Manchester-Hosen . . . 10.50, 5 M. 75

Gefüll. Raucher-Jackett 19.—, 10.50

Echtblaues Monteur-Jackett 1 M. 90

Echtblaues Monteur-Hose . . . 1 M. 50

Echtblaues Monteur-Jackett, prima Körper-Gewebe . . . 2 M. 50

Echtblaues Monteur-Hose, prima Körper-Gewebe . . . 2 M. 10

Waler-Rittel . . . 3.—, 2.50, 2 M. 25

Reichhalter-Rittel (braun) 3.—, 2 M. 50

Weiße Lederhosen . . . 4.50, 3 M.

Reifeleinerer-Anzüge, blau, 5 M. 50

Weiße Jacketts für Friseur, Reifeleinerer, Kambitorer, Röcke usw.

Die Preise gelten für normale Größen.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am 4. d. M. veranstaltet der Berliner Reiner-Klub „Concordia“ im Lokale „Fürstberg-Säle“...

In Grob-Lichterfelde ist Drägers Restaurant „Zum goldenen Löwen“ gesperrt, da der Inhaber trotz gegebener Unterschrift die Hergabe seines Saales zu Versammlungen verweigert.

In Neue Mühle (Lelbow-Deestow) steht uns das Lokal „Gasthof zur Schleuse“ (Znh. B. Thormann, Neue Mühle Nr. 6) zu den bekannten Bedingungen zur Verfügung.

Heute, am 2. d. M., veranstaltet der Verein „Berliner Turnerschaft“ (Korporation) in den Gesammtäumen der „Philharmonie“ ein Kostümfest. Wir weisen auch bei dieser Gelegenheit auf den von den Parteigenossen Grob-Berlins gefassten Beschluß hin, nach welchem die „Philharmonie“ für Parteigenossen gesperrt ist.

Achtung, vierter Wahlkreis! Am 17. d. Mts., abends 5 Uhr, findet in Kellers Festhölle, Koppenstr. 29, ein Sinfonie-Konzert verbunden mit Rezitationen revolutionärer Dichtungen statt.

Friedenau. Sonntag früh Handzettelverteilung. Die Sitzung für den 4. Bezirk fällt am Dienstag aus. Der 2. und 3. Bezirk tagen am Montag gemeinsam bei Graub, Kaiserallee. Der 1. Bezirk wie stets bei Triebisch. Zahlreiche Beteiligung erwartet.

Schwabde. Sonntag, den 3. März, nachmittags 3 Uhr, findet bei Witte („Waldschlößchen“) eine öffentliche Volksversammlung für Männer und Frauen statt. Tagesordnung: Die bevorstehende Gemeinderatswahl.

Wilhelmshagen. Sonntag, den 3. März, vormittags 10 Uhr, findet die Generalversammlung des Wahlvereins im Lokal des Herrn Liebermann statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes; 2. Diskussion; 3. Neuwahlen; 4. Vereinsangelegenheiten.

Berliner Nachrichten.

Wie sich die Geldaristokratie amüsiert.

dürfte aus einem Bericht ersichtlich sein, den eine hiesige Mittagszeitung aus Monte Carlo veröffentlicht. In diesem Bericht heißt es:

Von automobilen Veranstaltungen seien nur die wichtigsten hervorgehoben. Da ist in erster Reihe die Dezember-Konkurrenz Paris-Monte-Carlo-Paris, die Fahrt über das Eigergebirge zu erwähnen, die mehr als eine Prüfung des regelmäßigen Laufes und der Dauerhaftigkeit der Pneumatik und Antiderapants gedacht war.

Im Vordergrund alles sportlichen Interesses steht augenblicklich die große Sensation Ronacos, der Schweserport des Automobilismus: das Rotorbootmeeting im Monat April, zu dem bereits große Vorbereitungen getroffen werden.

An das Rotorbootmeeting schließt sich eine Ausstellung aller genannten Fahrzeuge, die ebenfalls in Ronaco in einer neu erbauten Ausstellungshalle stattfinden. Dem Wasserport wird übrigens in jeder Weise Rechnung getragen.

Wie alljährlich, so bildet auch in dieser Saison das Taubenschießen in Monte Carlo einen Lieblingsport aller Jagdfreunde und ein seltsam originelles Schauspiel für das Publikum, das die Terrasse vor dem Kasino bevölkert.

Es würde zu weit führen, wollten wir alle Zweige des Sports, die hier ein solch fruchtbares Feld finden und mit so großer Liebe und Sorgfalt ausgeübt werden, einzeln aufzählen. Es genügt, wenn nur noch hervorgehoben wird, daß vom 1. Januar bis Ende April in Mentone, Cannes, Nizza, Monte Carlo und San Remo 10 internationale Lawn Tennis-, Golf- und Croquet-Kämpfe ausgefochten werden.

Bekanntlich bilden Monte Carlo, Mentone, Nizza einen Zummelplatz der internationalen Geldaristokratie, zu der die deutsche und nicht zuletzt die Berliner Aristokratie den größten Prozentsatz stellt. Dieselbe Klasse ist es aber, die sich nicht laut genug über die „Begehrlichkeit“ der Arbeiter entäußern kann, derselben Arbeiter, die Tag für Tag, Woche für Woche schwer fronden müssen, um nur das Notdürftigste für sich und ihre Familien zu erschwängen.

Substanzlinie der Automobil-Omnibusse. Für die Automobil-Omnibusslinien der Omnibus-Gesellschaft, bei denen gestern der neue Tarif eingeführt worden ist, gilt folgender Fahrplan: Auf Linie 4 geht der erste Wagen vom Halleschen Tor werlags 5.58, der letzte 1.02; von der Chausseestraße der erste 5.30, der letzte 12.34.

Der neue Tarif eingeführt worden ist, gilt folgender Fahrplan: Auf Linie 4 geht der erste Wagen vom Halleschen Tor werlags 5.58, der letzte 1.02; von der Chausseestraße der erste 5.30, der letzte 12.34. Sonntags geht der erste Wagen vom Halleschen Tor 7.26, der letzte 2.06; von der Chausseestraße 7.00 bis 1.31. Die Wagen verkehren in Abständen von 2-3 Minuten. Auf Linie 8 gehen werlags die Wagen von der Bülowsstraße von 6.06 bis 1.31, dem Straußberger Platz von 5.30 bis 11.57. Sonntags dauert der Betrieb ab Straußberger Platz von 7.00 bis 1.24, ab Bülowsstraße von 7.24 bis 1.58. Die Wagen verkehren in Abständen von 5 bis 6 Minuten. Auf Linie 10 geht der erste Wagen von Roabit werlags 6.00, Sonntags 7.15, der letzte werlags 1.30, Sonntags 1.33.

Vom Alexanderplatz gehen die Wagen werlags 6.00 bis 1.30, Sonntags von 7.15 bis 1.33. Die Wagen verkehren werlags in Abständen von 6-7, Sonntags in solchen von 8 Minuten.

Schülerelbstmorde lautete das Thema eines Vortrages, den dieser Tage Geh. Medizinrat Professor Dr. Eulenburg in einer von Damen und Herren besuchten Versammlung des Berliner Vereins für Schulgesundheitspflege im Bürgerkaafe des Rathauses hielt: Die Gesamtzahl der Schülerelbstmorde im Deutschen Reich von 1880 bis 1903 betrage 1152. Davon entfielen auf Schüler unter 15 Jahren von niederen Schulen 653 männliche, 159 weibliche, von höheren Schulen 61 männliche, 5 weibliche. Unter 20 Jahren haben 242 männliche, 5 weibliche Schüler höherer Lehranstalten in der angegebenen Zeit Selbstmord verübt. In 46 Fällen war die Ursache Furcht vor dem Examen, in 29 Fällen unglückliche Liebe, bei den männlichen Schülern niederer Schulen in 240 Fällen, bei den weiblichen in 78 Fällen, bei den männlichen Schülern höherer Schulen in 19, bei weiblichen in einem Falle Furcht vor Strafe. Obwohl trotz der großen Zunahme der Verbreitung die Schülerelbstmorde in den letzten 24 Jahren sich nicht vermehrt haben, so sei die Zahl noch immer eine so große, daß sie als sehr bedenklich bezeichnet werden müsse. Die weitaus große Mehrheit der Schülerelbstmorde geschehe durch Erschießen. Es empfehle sich daher, den jungen Leuten soweit als möglich den Umgang mit Waffen, insbesondere Schießwaffen zu erschweren. Vielfach begehen Schüler Selbstmorde, in deren Familien Geisteskrankheit, Gang zum Selbstmord, Verbrechen, Trunksucht usw. vorhanden sei. Oftmals seien auch mitleidige Familienverhältnisse Schuld. So habe ein 10jähriger Volksschüler als Ursache seines Selbstmordes schriftlich hinterlassen: „Weil ich es nicht mehr mit ansehen konnte, daß Vater täglich betrunken nach Hause kommt.“ In den meisten Fällen trage das Haus die Schuld an den Selbstmorden. Wenn auch die Schule nicht von aller Schuld freizusprechen sei. Die Schuleinrichtungen seien weniger Schuld als die Behandlung der Schüler seitens der Lehrer. Die Schule müsse mehr Erziehungsanstalt werden, ganz besonders müsse die Individualität der Schüler anstatt werden, ganz besonders müsse die Individualität der Schüler selbstmorde waren das frühzeitige Lesen von Schopenhauer und Nietzsche, der Unglaube, Großstadtvergügnungen, Schülerneidereien, Studienmühseligkeiten usw. Betonen wolle er hierbei, daß Juden einen sehr kleinen Prozentsatz zu den Schülerelbstmorden stellen. Als vor einiger Zeit ein fünfzehnjähriger Untertercierer Selbstmord beging, sagte sein Vater: „Es ist gut, daß es so gekommen ist, im Leben wäre der Junge doch niemals etwas nütze gewesen.“ (Hört! hört!) Welche mitleidige Verhältnisse müssen in solcher Familie herrschen. Die Kinder sollen Vater und Mutter ehren, Voraussetzung sei doch aber, daß Vater und Mutter die Ehrung verdienen. Eltern müssen sich bemühen, ihre Kinder zu verstehen, sich in ihre Seele hineinzudenken, Schule und Haus müssen bemüht sein, auf den Charakter des Kindes einzuwirken, es liebevoll, seinem Wesen und seiner geistigen Veranlagung entsprechend behandeln, alle schädlichen Einflüsse fernzuhalten, die jungen Leute vor geistiger Überanstrengung zu bewahren, insbesondere vom Alkoholgenuß und allen anderen Ausschweifungen zu bewahren, dann werde es gelingen, den Schülerelbstmorden in wirksamer Weise Einhalt zu tun. (Lebhafter, lang anhaltender Beifall.) — Dr. med. Ruskat fragte den Vortragenden, ob auch körperliche Gebrechen Selbstmorde von Schülern verursacht haben. — Professor Dr. Eulenburg: Er glaube, das bejahen zu können; die Statistik habe allerdings diese Frage bisher noch offen gelassen.

Der neue Reisegepäcktarif, der, wie gemeldet, für die Gewichtsgrenzen 1 bis 25 Kilogramm beziehungsweise 26 bis 35 Kilogramm erheblich ermäßigt werden soll, hat bereits eine Preisfrage gezeitigt, die von allgemeinem Interesse ist, die Frage nämlich, wie die Gepäckfracht dem Jahaber mehrerer Fahrarten berechnet wird. Nehmen wir an, es hat jemand — für sich und seine Angehörigen — drei Fahrarten gelöst, etwa für die Zone VI (251 bis 300 Kilometer). So lange noch „Freigeigepäck“ gewährt wird, würden ihm 3 x 25 = 75 Kilogramm Gepäck umsonst befördert werden, gleichviel, ob er nur ein oder mehrere Gepäckstücke mit sich führt, kurz, von dem Gesamtgewicht werden 75 Kilogramm nicht mit Fracht belastet. Anders nach dem neuen Tarif. Hiernach zählt der Reisende, wenn jedes der drei Gepäckstücke nur bis 25 Kilogramm wiegt, auf Grund der drei Fahrarten 3 x 50 Pf. = 1.50 M.; hat er aber nur ein Gepäckstück im Gewicht von 51 bis 75 Kilogramm, so beträgt — trotz der drei Fahrarten — die Gepäckfracht 4.00 M. Bei längeren Reisezeiten gestaltet sich dies Verhältnis noch ungünstiger; denn es würden z. B. für Reisetage von mehr als 800 Kilometer kosten: drei Gepäckstücke a 25 Kilogramm = 3 mal 1 = 3 M., ein Gepäckstück bis zum Gewicht von 75 Kilogramm = 15 M. Man kann danach künftig mit derselben Gepäckfracht billiger und teurer reisen und so wird wohl in der diesjährigen Reise-Saison die Parole des sparsamen Mannes lauten: „Divide et impera!“ (Teile und herrsche!)

Der Wilhelmshagen ist eingezäunt und dient jetzt zum Teil als Werkplatz für den Bau der Unterplasterbahn Potsdamer Platz-Spittelmarkt. Nach der Fertigstellung dieser Bahn wird der schöne Platz eine gründliche Umgestaltung erfahren. Die städtische Verwaltungs-Deputation hat seinerzeit die Pläne des verstorbenen Gartenbau-Direktors Weitzer angenommen, die dann von der Tiefbau-Deputation und dem Magistrat genehmigt wurden. Nach diesen Plänen wird die Mohrenstraße in gerader Linie unter Befassung eines Rondells in der Mitte des Platzes bis zur Böttcherstraße weitergeführt. Das zuständige Ministerium hat seine Zustimmung zu dieser Durchquerung des Wilhelmshagens davon abhängig gemacht, daß die Böttcherstraße nach Westen zum Kemperplatz durchgeleitet und auf diese Weise eine Entlastung der Leipzigerstraße herbeigeführt wird. Bekanntlich haben die Gemeindebehörden das Projekt der Fortführung der Böttcherstraße nach dem Kemperplatz bzw. der Krennstraße schon angenommen, so daß nuncmehr der Ausführung der Weitzer'schen Pläne keine Hindernisse mehr entgegenstehen. Es werden dann die Umwege, die man früher bei der Passierung des Wilhelmshagens machen mußte, wegfallen und eine, wenn auch nicht wesentliche Entlastung des Verkehrs auf dem Potsdamer Platz zu erwarten sein.

Wechsel, Rennpferd und Bürgerpflicht, diesen charakteristischen Worten begegnet man nicht selten in den Ausschüssen der Gerichtstafel. Ein Wechsel aber nahezu 87 000 Franz. spielt in einem Prozesse die Hauptrolle, den eine hiesige Straßenbau-Gesellschaft gegen den bekannten Prinzen Helie von Sagan, früher zu Paris, Rue Comton 45, angestrengt hat, und für ein Rennpferd, das den vielversprechenden Namen „Zahmeister“ führt, verlangt ein Hamburger Kaufmann von dem Pferdebauer Weichardt noch ein Restausgeld von 7000 M. In einer dritten Klage handelt es sich um eine Bürgerpflicht, welche der Hauptmann von Heilfeldt in Charlottenburg in Höhe von 15 000 M. für den früheren Direktor des verlassenen Belle-Alliance-Theater, Bernhard Kraus, geleistet hat. Geldegeber waren in diesem Falle ein Gezülein von Hammerstein und der Opernsänger Stodmann, die übrigens die 15 000 M. wiedererhalten haben. Daß die öffentlich Geladenen zu den Gerichtssitzungen erscheinen werden, ist natürlich nicht anzunehmen.

Die Spree, deren hoher Wasserstand sich tagelang unverändert hielt, ist seit vorgestern wieder in starkem Steigen begriffen und in den letzten vierundzwanzig Stunden um fünfzehn Zentimeter gemachsen. Der Spreewald ist in weiter Ausdehnung überschwemmt und bildet einen einzigen weiten See, über welchen die Kommunikation lediglich mittels Rähnen bewirkt werden kann. Ein weiteres Steigen des Wassers ist um so sicherer, als auch die Nebenflüsse Havel und Nuthe ihren gewaltigen Wassermengen

zuführen. Die wieder aufgenommenen Schiffe können infolgedessen nur unter Schwierigkeiten aufrecht erhalten werden, weil bei der heftigen Strömung ein Staken Stromaufwärts nicht möglich ist und die Schiffe nur durch Schleppdampfer gezogen werden können.

Die am 31. Januar niedergegangenen Schneemassen konnten bis zum heutigen Tage — in einer Frist von vier Wochen — noch nicht aus den Straßen Berlins entfernt werden. In einigen, allerdings verkehrslosen Straßen liegen noch immer Schneehaufen, die jedoch durch das Tauwetter sehr zusammengeschmolzen sind. Die Abfuhr konnte von Mitte Februar ab nicht mehr in dem Umfange erfolgen, wie es in der ersten Hälfte des vergangenen Monats geschah. Die Aufsichtsbehörde hatte die provisorische Erlaubnis, den Schnee in die Spree und Kanäle zu entladen, zurückgezogen, nachdem die Verkehrsstrahlen frei gemacht worden waren, und dazu gestellte sich noch der Mangel an Abfuhrwagen. Mit Eintritt der mildernden Witterung wurde die Bautätigkeit, die so lange ruhte, wieder aufgenommen, und hierdurch wurden circa 1500 Fuhrwerke, die bisher der Stadt Berlin zur Verfügung standen, von den Unternehmern aus dem Betriebe zurückgezogen, weil die Gefährte zum Transport von Steinen und anderen Materialien gebraucht werden. Dazu kam, daß erneute Schneefälle eintraten und der vorhandene Wagenpark wieder zur Freimachung der Hauptverkehrsstrahlen herangezogen werden mußte. In den ersten Tagen der nächsten Woche dürfte jedoch auch der letzte Schnee aus den Straßen Berlins abgefahren sein.

Gestahlener Kohlenwagen. Von der Straße weggestohlen wurde ein Kohlenwagen der Firma Paul Dorf. Das Gefährt, das mit zwei Büchsen bespannt war, hatte am Rahbod-Platz gehalten und wurde in dem Augenblick, als der Kutscher sich in dem Hause aufhielt, entführt.

Die fingierte Erbschaft. Durch einen getriebenen Schwindler sind in der letzten Zeit zahlreiche Geschäftsleute, hauptsächlich Gastwirte, empfindlich geschädigt worden. Der bereits zwanzigmal vorbestrafte Hermann Wshoff spiegelte seinen Opfern vor, er habe 20 000 M. geerbt und am 1. April würde ihm das Geld ausbezahlt. Auf Grund dieser „Erbschaft“ gelang es dem Gauner, sich überall Gelder zu beschaffen. Auch eine ganze Reihe von Abzahlungsgeschäften hat W. geschädigt. Er entnahm Waren auf Abzahlung und verkaufte sie sofort wieder. Trotzdem er unter Polizeiaufsicht steht, gelang es dem Schwindler immer wieder, sich seiner Verhaftung zu entziehen. Erst als er die Dummheit beging, einen Schlafburschen zu bestehlen, wurde er festgenommen.

Zu einem großen Menschenauflauf kam es Donnerstag nachmittags in der Grünthalerstraße auf dem Gesundbrunnen aus Anlaß einer Verhaftung eines Bettlers durch einen Kriminalbeamten. Es kam zu einem Kampf zwischen beiden, und weil ein Passant für den Bettler Partei ergriff, wurden schließlich beide zur Wache gebracht. Ob die Polizei nichts Besseres zu tun hat, als aufzupassen, wenn sich ein armer Teufel etwas zu essen oder einige Pfennige erbetelt? Wir möchten, es gäbe nützlichere Aufgaben für die Polizei.

Vom Vorstand des vierten Wahlkreises werden wir gebeten, mitzuteilen, daß der Transportarbeiter Wihl, Radmann, Plankenfelderstraße 3, nicht identisch ist mit dem Metallarbeiter Radmann, gegen den nach dem letzten Versammlungsbericht vom vierten Kreise das Ausschlußverfahren beantragt ist.

Ueber die neuesten Sonnenflecken und ihren Einfluß auf irdische Erscheinungen spricht Direktor Archenhold am Sonntag, den 3. März, nachmittags 5 Uhr, in einem mit zahlreichen Lichtbildern ausgestatteten Vortrage auf der Drepton-Sternwarte; um 7 Uhr über: „Moderne Riesenferntroble und ihre Leistungen.“ Am Montagabend 9 Uhr behandelt Direktor Archenhold das Thema: „Uranus und Neptun.“ Auch in diesen beiden Vorträgen werden zahlreiche Lichtbilder den Hörern vorgeführt. — Mit dem großen Fernrohr wird während der ganzen Woche nachmittags die Sonne, auf der jetzt wieder große Flecken erschienen sind, abends der Jupiter bzw. der Orionnebel beobachtet.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht kam auf einem Neubau in der Bismarckstraße 69 Feuer aus. Als die Feuerwehr dort ankam, brannte eine Baubude mit Zehntel. Durch kräftiges Wassergeben gelang es, den Brand auf die Bude zu beschränken. Der 17. Löschzug hatte vorgestern einen größeren Wohnungsbrand in der Ritterstraße 62 zu löschen und der 1. Zug längere Zeit in der Dirschstraße 47 zu tun. Dort brannten im ersten Stock des linken Seitenflügels auf dem zweiten Hofe bei Wab. Schuhwaren, Kisten, Möbel, Regale, Verpackungsmaterialien und Decken usw. Es mußte tüchtig Wasser gegeben werden, um die Gefahr für die übrigen Geschäfte zu beseitigen. Ferner hatte die 4. Kompanie in der Türkenstraße 16 zu tun, wo Pfeffeln und anderes im Keller in Brand geraten waren, und in der Eisenbahnstraße 29, wo Gardinen sich über einer Lampe entzündet hatten. Weitere Meldungen liefen aus der Oldenburgerstraße 11a, Brunnenstraße 158, Müllerstraße 34 und von anderen Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Der Charlottenburger Stadthaushaltetat für 1907.

dessen Hauptzahlen wir bereits mitgeteilt haben, weist im Ordinarium eine Steigerung um 1 673 200 M. auf. An den fortdauernden Mehrausgaben sind sämtliche Staatskapitel beteiligt. Die einmaligen Ausgaben dagegen sind nur in einigen Etats erhöht, z. B. in dem der Gemeindefschulen infolge der Erhöhung des Anfaßes für den Bau von Gemeindefschulen. Das Mehreinkommen aus den Gemeindesteuern ist auf 1 267 300 M. veranschlagt; dabei sind die bisherigen Steuerföhe im allgemeinen nicht erhöht worden. Nur bei der Hundesteuer wird eine Erhöhung des Steuerföses eintreten müssen, um die Aufbringung des veranschlagten Solls zu ermöglichen. Außer aus den Gemeindesteuern sind Mehreinkommen u. a. zu erwarten aus den höheren Lehranstalten, den höheren Mädchenschulen, der allgemeinen Verwaltung und einigen anderen Kapiteln, insgesamt in Höhe von 1 755 475 M., denen Mindereinkommen in Höhe von 82 275 M. gegenüberstehen.

Von dem Mehr an fortdauernden Ausgaben bei der allgemeinen Verwaltung entfallen 90 000 M. auf Besoldungen, und zwar teils für neue Stellen, teils für Alterszulagen entsprechend dem Normalstat. In den Etat der Gemeindefschulen sind u. a. eingestellt 22 000 M. zur Durchführung von Maßregeln zur Hebung der Gemeindefschulen, 3000 M. für Arbeitsstunden während der Wintermonate, 300 M. für Jugendkonzerte, 610 000 M. einmalige Ausgaben für den Bau von Gemeindefschulen. Beim Armenwesen sind die Ausgaben in fast allen Abschnitten erheblich gestiegen. Insgesamt betragen die Mehrausgaben 1 383 355 M., und zwar für Unterstühtungen 65 050 M., Erstattungen 12 000 M., Armenfrankenpflege 36 850 M., Begräbnislosten 1500 M., Verschiedenes 11 065 M., für die Familienhäuser in der Sophie-Charlottenstraße 450 M., für das Bürgerhaus 13 410 M., für Entsendung in Waldbergholungsstätten 12 000 M., für Unterbringung von Geisteskranken 10 000 M. und von unheilbaren Augenkranken 5000 M. mehr angelegt. Das

Krankenhaus Westend erfordert 46 845 M., das Krankenhaus in der Kirchstraße 17 994 M. mehr an fortwährenden Ausgaben. Ein Teil der Mehrausgaben ist darauf zurückzuführen, daß das fortgesetzte Steigen der Preise für die wichtigsten Lebensmittel die Erhöhung des Verpflegungssafes für das Unterpersonal nötig gemacht hat. Bei der Straßenreinigung sind die laufenden Ausgaben außerordentlich erhöht worden, einmal weil 110 000 Quadratmeter zu reinigende Fahrdammfläche neu hinzugekommen sind und sodann weil eine häufigere Reinigung der Straßen beabsichtigt ist. Der Etat sieht daher die Einstellung von drei Kolonnenführern und 29 ständigen Arbeitern vor. Dem entsprechend erhöhen sich auch die Ansätze für Bepflanzung und Bedienung von Spülwagen, für Bepflanzung usw. Von den Mehrkosten für die Straßenbeleuchtung entfallen auf die Beleuchtung neuer Straßenzüge mit Gas 21 100 M. und mit Elektrizität 139 000 M.

Von Sonderetats sind neu aufgestellt ein Etat für die vom 1. April 1907 zur Einführung gelangende städtische Einrichtung der Müllbeseitigung und ein Etat für die durch Ankauf in den Besitz der Stadtgemeinde übergegangenen Charlottenburger Wasserwerke.

### Charlottenburg.

Der Wahlverein hielt am Dienstag im Volkshaus seine Generalversammlung ab. Nach dem Vorstandsbericht, den Genosse Schmidt gab, haben im verfloffenen Jahre 51 Vorstandssitzungen, 11 Mitglieder- und 22 öffentliche Versammlungen stattgefunden. Außerdem sind neunmal Flugblätter verbreitet worden. In dem zu Charlottenburg gehörenden Agitationsbezirk sind sechs Agitationstouren unternommen worden. Des Weiteren sind die Genossen zwecks Gewinnung von Abonnenten für den „Vorwärts“ und Mitgliedern für den Wahlverein zweimal in eine Hausagitation eingetreten, wodurch gute Erfolge erzielt wurden. In dem Vortragszyklus beteiligten sich leider im Durchschnitt nur 39 Genossen. Nach dem von Genossen Müller erstatteten Kassenbericht betrug die Einnahme 4624,06 Mark und die Ausgaben 3769,31 M.; davon wurden am Orte verbraucht 677,24 M. und an den Kreis abgeliefert 3082,07 M. Es verbleibt somit ein Kassenbestand von 854,12 M. Die Mitgliederzahl des Wahlvereins ist von 2200 auf 3200 gestiegen. Die Zahl der „Vorwärts“-Abonnenten beträgt gegenwärtig 4400 gegen 3222 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Zur Neuaufnahme in den Wahlverein hatten sich etwa 200 Genossen gemeldet; ein Besuch wurde dem Vorstande zu näherer Prüfung überwiesen, die übrigen Genossen für aufgenommen erklärt. Genosse Will meinte, es müsse bei der großen Zahl der sich zur Aufnahme Meldenden einmal untersucht werden, wer bereits früher Mitglied gewesen sei; es sollten alsdann dieselben event. nicht aufgenommen werden. Genosse Schmidt verwies den Genossen auf die Statuten, wonach niemand zurückgewiesen werden könne; es müsse sich jeder zur Aufgabe machen, die Neuaufgenommenen zu zielbewußten Kämpfern zu erziehen. — In den Vorstand wurden folgende Genossen gewählt: Jitsch erster, Rosenthal zweiter Vorsitzender, Emil Müller, Kaffierer, Jelsmann, Schriftführer, Schmidt, Weißiger, Tatusch, Gebrüder und Habicht, Revisoren. In die Lokalkommission wurden Brill, Dermittel und Wade gewählt. Als Gruppenführer fungieren für die I. Gruppe Eide, II. Schupe, III. Schmod, IV. Breßneider, V. Hensche, VI. Lehmann, VII. Bierl und VIII. Weißheit. Zur Wahl eines Bibliothekars beantragte Genosse Gebert, denselben in einer gemeinschaftlichen Sitzung von Partei und Genossenschaft zu wählen, was die Versammlung auch annahm. Genosse Gebrüder richtete die Frage an den Vorsitzenden, wie man dazu gekommen sei, den Genossen Bernhard am Stichwahltag über das Thema: „Was lehren uns die Reichstagswahlen?“ referieren zu lassen. Genosse Schmidt erwiderte, daß er vom Zentralvorstand keinen anderen Referenten bekommen und sich deshalb an Bernhard gewandt habe. Er bedauere jedoch, daß Bernhard sein Schlüsselwort mißbraucht habe. Genosse Bernhard betonte hierauf, daß, als er bestellt wurde, gleich darauf aufmerksam gemacht habe, daß er das Referat wohl nicht im Sinne aller Parteigenossen halten wird. Genosse Gebert meinte, unter diesen Umständen dürfe Bernhard überhaupt nicht referieren. Ein vom Genossen Habicht gestellter Antrag auf Ausschluß des Genossen Bernhard aus der Partei wurde dem Vorstand überwiesen, der die Angelegenheit zu untersuchen hat. Genosse Gebert erwähnte die Genossen mehr als bisher ihre Vertretung, das Volkshaus, zu unterstützen. Mit der Anstellung eines zweiten Spektors soll sich der neugewählte Vorstand beschäftigen.

### Rigsdorf.

In letzter Zeit wurden, wie uns mitgeteilt wird, mehrere Verhaftungen vorgenommen. Es handelt sich hierbei um aufgefundenen Kinderstrolche. So wurde am Sonntag früh im Hause Rainzgerstraße 59 in einer Stierkiste ein Kinderstrolch aufgefunden. Es stellte sich heraus, daß die Kiste einer dort früher wohnenden Frau G. gehörte. Nach polizeilicher Anzeige gab dieselbe an, daß das Kind von ihrem Onkel umgebracht worden sei und sie habe sich seit 4 Jahren mit demselben in einer Kiste herumgeschleppt. Auch die Onkel M. wurde hierauf verhaftet. Die Frau ist, nachdem sie auf freien Fuß gesetzt worden war, am Donnerstag wieder verhaftet worden. Die weitere Untersuchung wird geheimnisvollen Angelegenheit dürfte erst Klarheit schaffen.

### Schöneberg.

Am 26. Februar hielt der Wahlverein seine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende mit warmen Worten des nach kurzem Krankenlager verstorbenen Genossen Otto Schilling; die Versammlung ehrte das Andenken des Braven, so früh aus unseren Reihen gerissenen Kämpfers durch Erheben von den Plätzen. — Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete sodann Genosse Müller den Vorstandsbericht für das abgelaufene arbeitreiche Geschäftsjahr. Nach dem Bericht fanden vom 1. Januar 1906 bis zum 31. Dezember 1906 statt: 12 Sitzungen des engeren, 31 Sitzungen des erweiterten Vorstandes und 13 Vereinsversammlungen. Die Mitgliederzahl hat sich in erfreulicher Weise erhöht; sie liegt von 1843 am 1. Oktober 1906 auf 2228 am 31. Dezember 1906. Erfreulich ist ferner das Resultat der Statistik, welche ergab, daß bis auf einen winzigen Rest die Wahlvereinsmitglieder (2209) gewerkschaftlich organisiert sind. Umgekehrt ist das Verhältnis leider ein höchst ungünstiges: die Zahl der Wahlvereinsmitglieder langt bei weitem nicht an die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter heran, deren Zahl bis 6000 betragen dürfte. Es ist also noch ein gewaltiges Stück Organisationsarbeit zu leisten. Die Zahl der Vorwärtsabonnenten ist im Geschäftsjahre von 2521 auf 3193 angewachsen; am 15. Februar 1907 betrug dieselbe wiederum 296 mehr, nämlich 3325. Der Besuch der Jahrlabende hat sich in befriedigender Weise entwickelt; an denselben beteiligten sich im letzten Jahre insgesamt 8831 Mitglieder. Hierbei steht an erster Stelle der 8. Kommunalbezirk mit 1016, an letzter Stelle der 1. Bezirk mit 268 Besuchern. Am Oktober-Extraabend waren insgesamt 1268 Genossen anwesend. Zur Bewältigung der Agitationsarbeiten (abgesehen von der Wahlbewegung, es fanden 6 Volksversammlungen statt, 240 000 Flugblätter gelangten am Ort zur Verbreitung) war die Beteiligung der Genossen im allgemeinen zufriedenstellend, immerhin muß unsere Aktionsbereitschaft noch um ein bedeutendes gesteigert werden. Lobend zu erwähnen ist, daß sich die organisierten Frauen in aufopferndster Weise an den Arbeiten beteiligten. Rüter erwähnte im weiteren Verlauf seines Berichts die wichtigeren Vorläufer im Geschäftsjahre. Er besprach unter anderem die mit dem 1. November in Wirksamkeit getretene Neueinteilung der Bezirke, die sicher zur weiteren Ausbreitung unserer Organisation beitragen werde; er stellte weiter eine im Verhältnis zu der Ausdehnung unserer Zeitungsredaktion stehende Erweiterung derselben in Aussicht. Zum Schluß machte er Mitteilung von dem seitend der Konservativen und Nationalliberalen gegen die Gültig-

keit der Wahlzuteilung in unserem Kreise eingelegten Wahlprotest. Hieran knüpfte er dann noch eine kurze Besprechung des Wahlauflages im allgemeinen.

An der Diskussion über den Geschäftsbericht beteiligten sich die Genossen Schent, Steuermann, Jitsch, Peterson und Dornbusch. Ausstellungen an dem Bericht wurden nicht gemacht; die Diskussion drehte sich lediglich um den letzten Teil von Müllers Ausführungen, den Wahlausfall und die Ursachen desselben betreffend. Allgemein kam zum Ausdruck, daß in Zukunft mehr als bisher für Vermeidung der leidigen Parteizwistigkeiten getan werden müsse, die ein zur Teil Schuld an dem Wahlausfall trügen. — Ein mit Bezug auf die Agitation vom Genossen Peterson gestellter Antrag folgenden Inhalts gelangte zur Annahme:

„Den Parteivorstand zu ersuchen, das Parteiprogramm in leichtverständlicher Fassung, also unter Weglassung der Fremdwörter, unentgeltlich an jeden Genossen in unbeschränkter Zahl zwecks Agitation abzugeben.“

Sodann erstattete der Kaffierer Genosse Rüter den Kassenbericht vom letzten Quartal, nach dem die Einnahmen 3138 M., die Ausgaben 2767,20 M. betragen. An den Kreis abgeführt sind 2201,55 M., mithin ist ein Bestand von 870,80 M. vorhanden. Die Gesamteinnahmen vom 1. Oktober 1905 bis 31. Dezember 1906 stellen sich laut Bericht auf 11 410,82 M., die Ausgaben auf 11 040,02 M. Nach einem kurzen Bericht des Genossen Euen als Bibliothekar, aus dem hervorgeht, daß die Vereinsbibliothek zurzeit 550 Bände umfaßt, und daß im Geschäftsjahr 1100 Bände ausgeliehen wurden, und nach einem weiteren Bericht des Genossen Peterson für die Lokalkommission wurden die Wahlen vorgenommen, die folgendes Resultat hatten: 1. Vorsitzender Rüter; 2. Vorsitzender Däumig; Schriftführer Rüter; 1. Kassierer Müller; 2. Kassierer Aug. Korn; Revisoren Heintz, Korn, Belau, Thieleke; Bibliothekare Euen, Jitsch; Lokalkommission Peterson, Ernst Lehmann, Günzel.

Als Delegierte zur nächsten Kreisgeneralversammlung wurden die Genossen Däumig, Jansen und Schellhase gewählt. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen schloß der Vorsitzende die Versammlung.

### Teltow.

Nach dem Tätigkeitsbericht des Wahlvereins, der in der Generalversammlung voriger Woche gegeben wurde, haben stattgefunden vom 1. Oktober 1905 bis 31. Dezember 1906 15 Mitgliederversammlungen, 18 Vorstandssitzungen, 5 öffentliche Versammlungen und 4 Agitationstouren. Die Mitgliederzahl ist gestiegen von 110 auf 122. Aufgenommen wurden 55, 10 wurden wegen rezidierender Beiträge gestrichen und 83 Genossen sind verjagt. Den 122 politisch organisierten Genossen stehen 343 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gegenüber. So sind von 63 gewerkschaftlich organisierten Wählern 34 von 83 gewerkschaftlich organisierten Zimmerern nur 16 politisch organisiert. Nach dem Kassenbericht betragen die Einnahmen 538,75 M. und die Ausgaben 302,10 M. An die Zentralkasse abgeliefert wurden 349,39 M. Die Einnahme für die Reichstagswahl betrug 147,15 M. und die Ausgabe 102,80 M. „Vorwärts“-Leser sind 190. Eine rege Debatte entspann sich über die Reichstagswahl; allgemein war die Meinung vorhanden, daß viel intensiver agitiert werden müsse, um den Gegnern die Aussichten auf einen Sieg zu nehmen. Aus der Vorstandswahl gingen hervor die Genossen Wenow als erster, Kehler als zweiter Vorsitzender, Marx als Kassierer, Wieberlein als Schriftführer, Stärke als Revisor, als Revisoren Franke, Gänserl und Bielle; in die Lokalkommission wurden Schlanbach und als Bezirksführer Schlanbach, Sagert, Wieberlein, Scherer, Junler, Palm und Heinrich gewählt. Als Delegierte zur Generalversammlung wählte die Versammlung die Genossen Marx, Schlanbach und Schuppe. Zum Schluß wies der Vorsitzende darauf hin, daß in der nächsten Versammlung am 24. März bei Piesenhagen ein Vortrag stattfindet.

### Tichtenberg.

In einer am Montag im „Schwarzen Adler“ stattgefundenen, mächtig besuchten Versammlung erstattete Genosse Grauer Bericht über die Tätigkeit der sozialistischen Gemeindefraktion. Durch Hineinwerfen der Aussprüche, die das sozialdemokratische Kommunalprogramm eröffnet, gestaltete der Redner den Bericht zu einem sehr instruktiven Vortrag über Kommunalpolitik. Besonders interessant waren die Schilderungen über die Kämpfe, die die Fraktion mit ihren sozialpolitischen Forderungen durchzuführen hatte. So sind fast alle Reformen auf dem Gebiete der Volksschule gegen den Willen der Bürgerlichen, Schritt für Schritt erkämpft worden. Bei der Frage der Fortbildungsschule, den Bau eines Krankenhauses, der Regelung der Arbeitsverhältnisse der Gemeindegewerkschaft, immer hatte man erst den Widerstand des Tichtenberger Kommunalvereins zu überwinden. Diese Gesellschaft war in Erfüllung ihrer kommunalpolitischen Aufgaben so rückständig, daß wiederholt die Regierung sich einmündigen Veranlassung fand und Abstellung der schreiendsten Mißstände verlangte. Besser kann der Kommunalverein gar nicht gekennzeichnet werden, als durch die Tatsache, daß die Regierung den sozialen Eifer der nationalen Wiedermänner anzuspornen sich veranlaßt sah. Die Freisinnsmänner blieben trotzdem dieselben. Der Gemeindevorstand mußte aus der Not eine Tugend machen und bei verschiedenen Reformen mit der Sozialdemokratie gegen die Bürgerlichen gehen. Da die Regierung die Reformen verlangt hat, dürfen die Herren wegen ihres „verräterischen Treibens“, mit der Sozialdemokratie gegen die Bürgerlichen gestimmt zu haben, wohl auf Milde und Gnade rechnen. Im weiteren besprach Redner die Steuerpolitik. Der Kommunalsteuerausgleich soll nun auf 100 Proz. herabgesetzt werden. Das hat aber mit Arbeiterfreundlichkeit nichts zu tun. Die Grundbesitzer erwarten von der Herabsetzung einen stärkeren Zugang und damit die Möglichkeit der Mietssteigerungen. Also für sich selbst doppelten Nutzen, für den Arbeiter und Mieter Nachteil. Zum Schluß seines mit großem Beifall und spannendem Interesse aufgenommenen Vortrages richtete Genosse Grauer unter Hinweis auf die Bedeutung der sozialistischen Vertretung im Gemeindeparkament einen kräftigen Appell an die Versammelten, für die in der ersten Hälfte des März stattfindende Wahl alle Kräfte einzusetzen. In der Diskussion wurden noch verschiedene Anregungen gegeben und Beschwerden über die Armenverwaltung geführt. Die Vertreter ersuchten, ihnen das Beweismaterial anzustellen, dann werde man in der Gemeindevverwaltung die Sachen zur Sprache bringen. Genosse Hebermann, der wie die übrigen Diskussionsredner Zufriedenheit mit der Tätigkeit unserer Fraktion bekundete, machte einige interessante Mitteilungen über Fortbildungsschulwesen und gab unter anderem der Erwartung Ausdruck, daß die sozialdemokratische Fraktion wie bisher energisch weiter arbeite. Der Vorsitzende, Genosse Brühl, gab bekannt, daß in der aller-nächsten Zeit eine Versammlung stattfinden, in der die Kandidaten aufgestellt werden sollen. Sodann forderte er die Genossen ebenfalls auf, dafür zu sorgen, daß sich bei der Wahl der Sieg an die Fahne der Sozialdemokratie hefte. Mit einem eindringlichen Hinweis auf die Notwendigkeit der Ausbreitung unserer Organisation und Presse, wobei ein jeder Genosse helfen müsse, schloß er die eindrucksvolle Versammlung.

Gemeindevwahl! Die Ershawahl zur Gemeindevertretung ist für die 3. Wählerklasse auf Montag, den 11. März, angesetzt. Der Genosse Georg Treue hat sein Mandat als Gemeindevertreter niedergelegt. Einer der ersten, die in das „rote Haus“ von Tichtenberg einzogen, hat Treue seit etwa 7 Jahren in diesem Vertrauensamt gewirkt. Schwere andauernde Erkrankung veranlaßt ihn, das Mandat zurückzugeben. Nunmehr sind in der 3. Wählerklasse sechs Ershawahlen vorzunehmen. Es scheiden nach 6-jähriger Amtsdauer aus: die Genossen Carl Weitz, Carl Schulz und O. Grauer. Ershawahlen finden für die Genossen Tiele, Ebert und Treue statt. Zu wählen sind 4 „Hausbesitzer“ und 2 „Habe-nichtse“.

Nun gilt es, die wenigen Tage auszunützen, weisen doch die Bürgerlichen schon nicht mißzuversiehend auf den Umstand hin, daß die 3. Abteilung allerdings 4 „Besitzer“ wählen müsse!

### Friedrichsfelde.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete der Vorsitzende Genosse Gronwald den Tätigkeitsbericht vom 30. Oktober 1905 bis Februar 1907. Danach haben stattgefunden in Friedrichsfelde 8 öffentliche Versammlungen, in Karlshorst 5 und in Biesdorf 3. Jahrlabende hielten als Friedrichsfelde 15, Karlshorst 11. Der Mitgliederstand ist in Friedrichsfelde von 103 auf 156 und der von Karlshorst inklusive Neudorf auf 104 gestiegen; hier sind im Laufe des Jahres 80 neue Mitglieder gewonnen worden. Die Gesamteinnahme betrug 969,03 M. und die Ausgabe 844,25 M., so daß ein Bestand von 124,78 M. verbleibt. In den Vorstand wurden folgende Genossen gewählt: 1. Vorsitzender Gronwald; 2. Vorsitzender Rubens; Kassierer Bode; 1. Schriftführer Karl Krause; 2. Schriftführer Max Krause; Revisor Krauser, Münnich; Revisoren Pinfeler, Maycolt, Jozakowsh; Bezirksführer Bogdan, Kölnitz, Mancoled, Brunl; Bibliothekar Steffen; Zeitungskommission Brunl; Lokalkommission Tabbert, Rubenz und Friedrich. Als Delegierte auf ein Jahr für Groß-Berlin und zur Kreisgeneralversammlung wurden gewählt: Gronwald, Münnich und Rubens; als Ersatzmann Brunl. Beschlossen wurde, im Lokal Bartholomäus, Prinzen-Allee, einen neuen Jahrlabend einzurichten.

Der Gemeindevorsteher Böhert ist, noch bevor er die letzten 4 Wochen seiner Amtszeit vollenden konnte, arbeitsunfähig geworden. Nur noch kurze Zeit, so tritt ein anderer an seine Stelle. Um die ausgeschriebene Stelle des Gemeindevorstehers haben sich 39 Bewerber gemeldet; die Wahl wird in kurzer Zeit vollzogen werden. Das letzte Geschäftsjahr soll nach Angabe des Kandidaten voraussichtlich einen Ueberschuß von circa 60 000 M. bringen, so daß der Kommunalsteuerausgleich, welcher zurzeit 130 Proz. beträgt, herabgesetzt werden soll. Genosse Pinfeler regte in der letzten Sitzung an, der Einführung der Wertzuwachssteuer näher zu treten, da durch die Ausschließung der Ländereien zu Bauland eine kolossale Versteigerung eintritt. Ein formeller Antrag wird von unseren Genossen noch eingebracht werden. — Die Uebernahme der Kreischauffee Oberhämmele-Maxagen auf die Gemeinde gegen eine einmalige Abfindungssumme von 138 000 M., ist beschlossen worden; somit sind alle Strafen innerhalb des Bebauungsplanes Gemeindegutentum.

### Weißensee.

Dr. Rabe — vom Dienst entlassen. Die vorgeordnete Behörde hat endlich die vorläufige Amtsenthebung des Dr. Rabe verfügt. Bis das Disziplinarverfahren entschieden hat. Wer den Alkohol bekämpft, wird seines Amtes entbunden, unter diesem Rubrum machte er sich in dem bekannten Krankenlassenkonflikte einen Namen weit über die Grenzen von Groß-Berlin. Als Gemeindevorsteher gegen die Arbeiterschaft parteinehmend, mußten ihm, dem Juristen, gegen die Funktionen als solchen abgenommen und in die Hände eines Nicht-Juristen übergeben werden. Unsere Genossen im Gemeindeparkament haben manchen Strauß mit ihm ausgefochten; nun liegt er am Boden. — Öffentlich sind jetzt die Akten über ihn geschlossen.

Die Klage des früheren Gemeindevorstehers Ringenberg aus Alt-Weißensee gegen die Gemeinde auf Zahlung einer jährlichen Pension von 1800 M. ist rechtskräftig abgewiesen.

### Pankow.

Die Anstellung eines zweiten Schularztes und eines Spezialarztes für Augenuntersuchungen ist in der letzten Gemeindevorsteher-Sitzung beschlossen worden. Unsere Genossen wiesen darauf hin, daß sie schon bei den im vorigen Jahre stattgefundenen Beratungen derartige Anträge gestellt hätten, leider ohne Erfolg. Trotzdem die Verhältnisse dieselben waren, behauptete man, daß wir dem Schularzt mit unserer Forderung ein Mißtrauensvotum ausstellen wollten; dies natürlich nur, um den sozialdemokratischen Antrag nicht annehmen zu brauchen. Da die Schulärzte für ihre Tätigkeit nur 600 Mark pro Jahr bekommen, so stellen unsere Genossen den Antrag, mindestens 1000 Mark zu gewähren. Der Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, daß das Amt eines Schularztes gewissermaßen ein Ehrenamt sei. Eine sehr lebhafte Debatte entstand über den Antrag, 20 000 M. für die Aufstellung von zwei zweiklassigen Schulbaracken zu bewilligen. Unter anderem wurde bekannt gegeben, daß zurzeit sechzehn fliegende Klassen bestehen. Da aber 640 000 Mark für den Bau von Gemeindefschulen im Etat ausgeworfen sind und der Anbau der zweiten und der Neubau der 5. Gemeindefschule ihrer Vollenendung entgegengehen, will man sich mit der Aufstellung von nur zwei Baracken bescheiden. Das schon lange schwebende Projekt, eine katholische Kirche in Pankow zu errichten, scheint zur Freude aller Gläubigen nun endlich in Erfüllung zu gehen, indem ein Bauprojekt zur Kirche der Gemeinde vorgelegt wurde, um Ueberfreitungen der festgelegten Bauaufsichtlinien zu gestatten; die Gemeindevorstellung kam selbstverständlich diesem Wunsche nach.

### Nowawes-Neudorf.

Eine Umgestaltung und Verbesserung des Volksschulwesens in Nowawes-Neudorf wird die am 1. April stattfindende Vereinigung der beiden genannten Gemeinden herbeiführen. Der am Mittwoch stattgefundenen Gemeindevorsteher-Sitzung in Nowawes lag ein Antrag der Schuldeputation vor, welcher unter Mitwirkung des Schulrates Komorowsky, der beiden Gemeindevorsteher von Nowawes und Neudorf, sowie der Rektoren ausgearbeitet war, wonach eine Durchschnittszahl von 50 Schülern für jede Klasse zugrunde gelegt ist. Die Klassen, wöchentlichen Unterrichtsstunden und das Lehrpersonal verteilen sich nach diesem, von der Vertretung genehmigten Plan folgendermaßen:

	M.	Stb.	Rektor	Lehrer	Lehrerin.	Gandarbeitsschulrektorin
Knabenschule Priesterstr.:	16	428	1	14	—	—
Mädchenschule Auguststr.:	15	412	1	8	6	1
Knabenschule Poststraße:	15	400	1	13	—	—
Mädchenschule Schulstr.:	15	406	1	6	8	1
Zusammen	61	1646	4	41	14	2
Vorhanden sind zurzeit	53	1450	3	36	13	2
Es fehlen somit	8	196	1	5	1	—

Die Vertretung bewilligte die Mittel zur Anstellung von einem Rektor, fünf Lehrern und einer wissenschaftlichen Lehrerin ab 1. April. Selbstverständlich wird von diesem Zeitpunkt ab auch eine zweckentsprechendere Einschulung der Kinder erfolgen, als es bei der jetzigen Verwaltung möglich war, so daß dieselben nicht mehr gezwungen sind, wie jetzt ein Teil der Neudorfer Kinder, an ein paar Unterrichtsanstalten vorbei laufen zu müssen, ehe sie die Schule erreicht haben, wo ihnen ihre Lebensweisheit beigebracht werden soll.

### Bezirk Waidmannslust.

Einen erfreulichen Fortschritt hat, wie aus dem Vorstandsbericht der letzten Generalversammlung hervorgeht, der Wahlverein im zweiten halben Geschäftsjahre 1906 gemacht. Die Mitgliederzahl hat sich seit dem letzten Halbjahresbericht von 224 auf 429 erhöht. In dem letzten Monat sind allein 70 neue Aufnahmen vollzogen worden. In den einzelnen Abteilungen ist der Mitgliederbestand folgender: In Pankow 150, Wittenau 75, Waidmannslust, Lübars 70, Dornbusch, Glienicke, Schönfließ 92, Bergfelde, Hohens Neudorf und Stolpe 42. Es haben im abgelaufenen zweiten halben Geschäftsjahre 10 öffentliche und 11 Mitgliederversammlungen sowie 11 Vorstands- und erweiterte Sitzungen stattgefunden. Bei der Reichstagswahl sowie bei den Vorarbeiten dazu haben die Genossen ein reges Interesse gezeigt. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme von 1028,82 M. und eine Ausgabe von 995,55 M., so daß ein Bestand von 33,27 M. verbleibt. Das Ergebnis der Vorstandswahl ist folgendes: 1. Vorsitzender Genosse Kollerba, 2. Vorsitzender Genosse Rappfuß, Kassierer Genosse Weitz, Schriftführer Genosse Künze, Revisoren Genossen Schrauer, Blümel, Rosanowsh. In die Lokalkommission wurde Genosse Wilk, Schulze, Wolligolde, in die Zeitungskommission Genossen Marquardt und Willigerth und als

**Wittolbeler Genosse Kugel gewählt.** Als Abteilungsleiter fungiert für Vorkriegszeiten Genosse W. Schulze, für Wittenau Genosse Busse, für Waldmannslust Genosse Lischer, für Hermsdorf Genosse Paul Schulz, für Hohen-Reudorf und Stolpe Genosse H. Herrmann.

Als Delegierte zur Kreis-Generalversammlung und zur Generalversammlung von Groß-Berlin wurden der 1. Vorsitzende und die Abteilungsleiter gewählt. Aus dem Bericht der Zeitungskommission ging hervor, daß im Bezirk 500 „Vorwärts“-Abonnenten vorhanden sind. An der Aufnahme der Statistik beteiligten sich 274 Genossen, davon waren gewerkschaftlich organisiert 220, nicht organisiert 47, selbständig 7 Genossen. „Vorwärts“-Abonnenten davon waren 216, „Morgenpost“-Abonnenten 8, „Deutsches Blatt“ 1 und keine Zeitung lesen 40 Mitglieder. — Vor Eintritt in die Tagesordnung erbat die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen Clausen-Wittenau in der üblichen Weise.

### Mordversuch und Selbstmord.

Auf dem Inselsteiger an der Fischerbrücke 18 hat sich gestern abend ein blutiges Drama abgespielt. Der Arbeiter **Kremer** aus der Köhlischenstraße versuchte erst seine Geliebte, die 24jährige Emma Griese, die bei dem Oberleutnant Pollack an der Fischerbrücke 17/18 in Stellung ist, zu töten und erschah sich dann selbst. Verschwämte Liebe und Eifersucht sind die Motive zu dem Drama. Schwer verletzt wurde das junge Mädchen nach der Charité gebracht.

Zwischen dem Dienstmädchen und K. hatte seit einiger Zeit ein Liebesverhältnis bestanden. Vor einigen Wochen wandte sich die G. von dem Geliebten ab. Dieser nahm sich dies sehr zu Herzen und wiederholt versuchte, er das junge Mädchen wieder umzustimmen. Er hatte aber keinen Erfolg. Die Absicht, die G. ums Leben zu bringen, hatte er bereits vor einem Monat gehabt, doch damals konnte die Bedrohung noch im letzten Augenblick abgewandt werden. Gestern abend in der achten Stunde erschien er an der Wohnung der Herrschaft der Geliebten. Er klingelte an der Korridortür und rechnete wohl bestimmt damit, daß das Dienstmädchen öffnen würde. Dies geschah denn auch. Doch kaum war die G. in die Türöffnung getreten, so trachten kurz hintereinander drei Schüsse. Aus dem bereitgehaltenen Revolver hatte K. die Kugeln auf das Mädchen abgefeuert. Entsetzt hielt die G. die Hände vor das Gesicht, um sich dadurch zu schützen. Dies war auch ihr Glück. Die erste Kugel, die direkt gegen die Stirn gerichtet war, traf die vorgehaltene rechte Hand und durchschlug drei Finger. Die beiden anderen Kugeln streiften die Stirn. In dem Glauben, die Geliebte erschossen zu haben, eilte nun K. die Treppe hinunter, setzte sich auf die unterste Stufe und schoß sich in die Schläfe. Diesmal hatte die Kugel ihr Ziel nicht verfehlt; K. war auf der Stelle tot. Kurz darauf kam eine ältere Frau die Treppe hinauf und nun spielte sich ein weiterer tragischer Vorgang ab. Als die Fremde der Leiche und des Revolvers ansichtig wurde, geriet sie plötzlich in einen Anfall der Raserei. Schreiend stürzte sie die Treppen hinunter, fiel auf die Straße und fiel über einen Schuhmann, der ihr entgegenkam, her. Sie schlug ihm den Helm vom Kopf und zertrümmerte ihn auf der Erde. Nur mit Mühe vermochten sechs Passanten die Wahnsinnige zu bändigen.

Das angeschossene Mädchen wurde von Schulleuten nach der Unfallstation in der Brüderstraße gebracht, wo es die ersten Notverbände erhielt. In einem Krankenwagen wurde es sodann nach der Charité übergeführt. Die Verletzungen sind zwar sehr schwerer Natur, doch liegt eine Lebensgefahr vorläufig nicht vor. Auch die unglückliche Frau, die infolge der blutigen Tragödie vom Wahnsinn befallen wurde, fand in der Charité Aufnahme. Die Leiche des Mörder des Dramas wurde polizeilich beschlagnahmt und in das Schauhaus eingeliefert. In der Nachbarschaft hatte der Vorgang ungeheures Aufsehen hervorgerufen.

## Gerichts-Zeitung.

### Ein Angefallener des „Reichsverbandes“.

Ein Einbruchsdiebstahl im Bureau des „Reichsverbandes“ gegen die Sozialdemokratie“ beschäftigte gestern die 7. Strafammer des Landgerichts I. Angeklagt war der jugendliche Bureaubote **Erich Siewert**, der mehrere Monate im Bureau des Reichsverbandes beschäftigt war und am 24. August d. J. einen Diebstahl daselbst ausgeführt hat. Der Angestellte a. D. des Reichsverbandes hatte sich am gestrigen Tage auch noch vor einer anderen Abteilung des Schöffengerichts wegen Betruges und wider-natürlicher Unzucht zu verantworten. Der schöffengerichtliche Termin mußte aber vertagt werden. Dem Angeklagten war am 24. August seine Stellung zum 1. September gekündigt worden. Er fand Gelegenheit, am 24. August nach Schluß der Bureaustunden noch einmal Eingang in die Bureauräume zu erhalten und in das Zimmer des Bureauvorstehers zu dringen, in dessen Kasten, wie er wußte, eine Geldkassette bewahrt wurde. Er öffnete das Schloß des Kastes mit einem Messer und suchte mit der verschlossenen Kassette, in welcher sich 588 Mark befanden, das Weite. Er ging damit zu einem in der Königgräberstraße wohnhaften Schlosser, dessen Adresse er sich verschafft hatte und ersuchte diesen, die Kassette zu öffnen. Zur Erklärung gab er an, daß er von einem in der Nähe wohnenden Kaufmann komme, der den Schlüssel verlegt habe. Der Schlosser öffnete auch das Schloß und der Angeklagte gab ihm aus dem Inhalt der Kassette eine Mark. Die Sache war dem Schlosser aber doch verdächtig vorgekommen und er ging dem Angeklagten nach. Als dieser merkte, daß er verfolgt wurde, ergriff er die Flucht, wurde aber festgenommen. Der Angeklagte behauptete, daß er zu diesem Diebstahl durch einen Mann angestiftet worden sei, der auf Grund von Drohungen mit einer Anzeige wegen Betruges gegen § 175 St.-G.-B. Gelder von ihm erprete habe. Diesem Mann, von dem er behauptet, daß er v. Rauch heiße und angeblich der Sohn des früheren Stellmeisters der alten Kaiserin Auguste sein soll, habe er das Geld aus der Kassette geben wollen. Der Verteidiger legte auch ein Telegramm und eine Postkarte vor, die ein Herr v. Rauch aus München an den Angeklagten gerichtet hat und die Mutter des letzteren behandelt, daß ihr Sohn einmal Herrn v. Rauch in München besucht habe und von dort so verheißt zurückgekehrt sei, daß sie Herrn v. R. brieflich um Auskunft ersucht habe, was denn mit dem Sohne passiert sei; sie habe aber darauf gar keine Antwort erhalten. Dieser famole frühere Angestellte des Verbandes, dessen Vorname General von Liebert führt, ist in der Charité auf seinen Geisteszustand beobachtet worden. Nach dem Gutachten des Stabarztes Dr. Schulz ist er zweifellos erblich belastet und geistig minderwertig, fällt aber nicht unter § 51 des Strafgesetzbuches. — Der Staatsanwalt beantragte vier Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf einen Monat Gefängnis unter dem gleichzeitigen Hinweis an den Angeklagten, daß er durch gute Führung sich von der Verbannung der Strafe befreien könne.

Die Frage, ob die Zunahme der geistigen Minderwertigkeit des Angeklagten mit seiner Beschäftigung in dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in Verbindung steht, gelangte in der Verhandlung nicht zur Erörterung. Würden wir uns nur ein wenig an die von uns und allen anständigen Menschen verurteilte Methode des Reichsverbandes, dessen Votum der Beurteilung war, anzuheften, würden wir etwa zu sagen haben:

Zu welchem Grad sittlicher Verwahrlosung, Verkümmern, Immoralität und zu welchen Verbrechen eine Beschäftigung in dem

von General Liebert und Landgerichtsdirektor Hagemann mißleiteten Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie führt, zeigten gestern zwei Verhandlungen vor dem Berliner Gericht gegen den noch jugendlichen ehemaligen Boten dieses Vereins. Vor seiner Beschäftigung in dem Verbands war der Angeklagte völlig unbescholten. Die kurze Zeit Bureaubeschäftigung in diesem Verband hatte genügt, um den jungen Menschen wegen Einbruchsdiebstahls, Betrugs und sexueller Schändereien auf die Anklagebank zu bringen. Den Rest moralischen Faltes mußte er in dem so oft von uns gekennzeichneten Bureau schon kurze Zeit nach dem Eintritt in dasselbe verlieren.

Selbstredend lehnen wir diese hiermit gekennzeichnete Methode ausdrücklich ab.

### Prozess Sauter und Genossen.

Gestern gelangten zwei umfangreiche Prozesse wegen angeblich durch Verbreitung anarchoistischer Druckschriften begangener Vergehen der Anreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten und der Anreizung von Militärpersonen zum Ungehorsam vor dem Landgericht I zur Verhandlung. Angeklagt sind der Elektrotechniker **Karl Sauter**, der Schuhmacher **Peter Schauf** und der (flüchtig gewordene) Drechsler **Artur Woljha**.

Das Urteil lautete gegen Sauter auf 1 Jahr Gefängnis (beantragt waren 2 Jahre 3 Monate), gegen Schauf auf 3 Monate Gefängnis, von denen 14 Tage auf die Untersuchungshaft angerechnet wurden. Schauf wurde aus der Haft entlassen, Sauter, der sich seit dem 7. Februar in Untersuchungshaft befindet, blieb in Haft. Ueber die erst spät abends beendete Verhandlung, die sich ungeheures Strafmäß zeitigte, können wir wegen Raummangels leider erst morgen berichten.

Als zweifelhafter Schutzhelmer eines betrunkenen Arbeit-willigen entpuppte sich vor dem Roabiter Schöffengericht kürzlich Herr **Rasse jr.**, der Sohn des bekannten Generalsekretärs vom Verband der Metallwarenfabrikanten. Angeklagt war dort nämlich der als Beamter des Metallarbeiterverbandes tätige Genosse **Blumenthal** wegen Verleumdung und Körperverletzung eines Kupferschmieds **Hesse**; und zwar sollte B. in dem Restaurant der Frau P., gegenüber dem Arbeitsnachweis der Metallwarenfabrikanten, den **Lump und Streibtrecher** genannt und ihn in Gemeinschaft mit anderen körperlich gemißhandelt haben. Der Angeklagte erklärte in der Verhandlung, von dem ganzen Vorfall überhaupt nichts zu wissen, er sei in jenem Restaurant gar nicht gewesen und kenne den H. auch nicht. Von letzterem wurde dagegen zeugensichtlich feil und feil behauptet, Blumenthal sei der Täter gewesen. Befragt, wer ihm denn eigentlich die Strafanzeige verfaßt habe, antwortete der Zeuge, das habe Herr Rasse jr. verfaßt. Dieser habe sich nämlich von ihm die Verlon des Täters beschreiben lassen und darauf gesagt, das sei niemand anders als der Blumenthal gewesen, denn dessen Signalement kenne er, weil B. sich auf dem Arbeitsnachweis um einen Arbeitsschein beworben habe, der ihm jedoch verweigert wurde. Hierauf erklärte B. den Richtern, er sei auf jenem Arbeitsnachweis noch nie um einen Arbeitsschein vorstellig geworden. Um diesen gegenseitig widersprechenden Angaben auf den Grund zu kommen, vertagte das Gericht die Sache und setzte einen zweiten Termin an, zu dem auch Herr Rasse jr. und die Restaurateurin P. als Zeugen geladen wurden. Hesse blieb auch jetzt bei seiner früheren Aussage und behauptete besonders, den Namen Blumenthal nur von Herrn Rasse erfahren zu haben, denn er selbst kenne B. gar nicht. Der Zeuge Rasse bestritt dies und sagte, umgekehrt sei es richtig, der Name Blumenthal sei ihm von Hesse genannt worden. Ob nun B. sich jemals einen Arbeitsschein vom Nachweis geholt habe, wisse er nicht. Doch stehe Blumenthal in den Listen des Metallwarenfabrikantenvereins als eine Person verzeichnet, der kein Arbeitsschein verabsolgt werden dürfe. Daher kenne er dessen Signalement. — Von der Restaurateurin P. wurde behauptet, sie sehe Blumenthal zum erstenmal. In ihrem Restaurant sei er nicht gewesen. Tatsache sei aber, daß Hesse in dem Lokal umhergestanzt habe und schließlich von anderen Leuten verprügelt worden ist. Um die Glaubwürdigkeit der Zeugin zu prüfen, wurde sie darauf gefragt, ob sie etwa mit dem Metallarbeiterverband in Verbindung stehe. Die Zeugin verneinte dies und sagte: Nicht mit dem Metallarbeiterverband, sondern vielmehr mit dem Metallindustriellenverband stehe sie in gewisser Fühlung, weil ja die auf dem Arbeitsnachweis der Metallwarenfabrikanten bemittelten oder Arbeit suchenden Leute bei ihr verkehren. — Als weiterer Zeuge wird ein Schuhmann vernommen. Er behauptet, daß Hesse an jenem Tage (an dem Herr Rasse jr. die Strafanzeige für diesen verfaßt hatte) ungewissheit auf ihn den Eindruck der Bekanntheit gemacht habe. Auch hat H. ihm damals erklärt, den Namen des Schlägers kenne er nicht. — Trotz dieses Ergebnisses der Beweisaufnahme beantragte der Amtsanwalt eine Freiheitsstrafe.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt **Dr. Heinemann**, bestritt besonders die Widersprüche in den Aussagen des Herrn Rasse und seines Schützlings Hesse unter gebührender Berücksichtigung der Verlobungen des Schuhmanns und rügte ferner die Tatsache, daß Herr Rasse sich so bereitwillig zur Abfassung einer Strafanzeige für einen betrunkenen Anstalter hergab, in das rechte Licht. — Das Gericht hielt denn die Täterschaft Blumenthals als nicht vorliegend und erkannte auf Freisprechung.

### Die Justiz im Kampf gegen die Polen.

Der Prälat **Paubitz** wurde gestern wegen Vergehens gegen § 110 des Strafgesetzbuches von der Strafammer zu Hohenalza zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Dem Redakteur des „**Kurier Pognanski**“, **Jolowski** wurden von der polen Strafammer gestern wegen Vergehens gegen § 110 des Strafgesetzbuches (Aufzorderung zum Schultzeiß in vier Fällen Geldstrafen von 50, 400, 70 und 70, insgesamt 590 Mark auferlegt. Die gesamten gegen Jolowski bisher erkannten Geldstrafen belaufen sich auf annähernd 2700 Mark.

### Die Hamburger Polizei gegen den „Simplizissimus“.

Am 3. Dezember 1906 wurden zwei Straßenskolporteur polizeilich notiert, weil sie die den „Salon Niemi“ behandelnde „Simplizissimus“-Nummer auf der Straße feilboten. Nach Ansicht der in ihrem sittenlichen Empfinden verletzten Polizei soll diese Nummer in sittlicher Beziehung Kernernis erregen, weshalb sie die beiden Kolporteur mit Strafmandaten bedachte. Da die beiden Empfinden erhoben, hatte sich das Schöffengericht I. zu Hamburg mit dem Inhalt des Blattes zu beschäftigen. Auf dem Titelbilde mit der Ueberschrift: „Der Weg in die Freiheit“ erblickt man auf einem Schiffsdeck einen Mann, und Madame Niemi bemerkt dazu: „Das ist das erstemal, daß das Mädchen frische Luft bekommt.“ Eine weitere Serie Bilder behandelt Madame Niemi als Erzählerin; auf einem anderen Bilde sehen sich zwei Mädchen in der Grünorgasse traurig an, und das eine Mädchen sagt: „Reißhalb nennt man uns Freudenmädchen?“ In einem anderen Bilde ist dargestellt, wie ein Polizeikommissar mit „Salon Niemi“ — in einem Welt liegt ein verletztes Mädchen — auf seinen Dienstfeld erklärt, daß man so etwas doch nicht als Mißhandlung bezeichnen könne. Ganz besonders wies der Vorsitzende, Amtsrichter **Dr. Hansen**, auf das Bild hin, wo Madame Niemi in der Kirche vor zwei Pfarrern steht und sagt: „Zwei Kirchenfenster sollen's haben, hochwürdige Herren, aber für die gefallenen Mädchen gebe ich nichts, das tut keine anständige Frau nicht.“

Die Angeklagten erklärten, die Nummer sofort nach Empfang feilgebieten und in dem Inhalt derselben nichts Anstößiges gefunden zu haben, zumal sie sich auch in solchen Dingen kein Urteil anmaßen. Vorsitzender: Wenn Sie solche Sammelblätter in die Hand bekommen, müssen Sie sich doch selbst sagen, daß sie geeignet sind, in sittlicher Beziehung Kernernis zu erregen.“ Der Vertreter der Anklage beantragte auf Grund der Para-

graphen 66<sup>a</sup>, 42e und 148 der Gewerbeordnung die Bestrafung der Angeklagten. Nach kurzer Beratung erkennt das Gericht wie folgt: Die Angeklagten werden freigesprochen und der Staatskasse die Kosten auferlegt. In seiner Majorität erblickt das Gericht in dem Inhalt der „Simplizissimus“-Nummer zwar eine grobe Satire, die aber nicht geeignet erscheint, in sittlicher Beziehung einen Anstoß zu erregen.“

Demnach hat das gesunde Empfinden der Schöffen, daß die Verletzung von Sittenlichkeiten nichts Anstößiges ist, gegen die Ansicht des Vorsitzenden gestimmt. Durch den Hinweis auf die „Majorität“ hat der Vorsitzende seine Niederlage selbst angezeigt und die Vorschrift der Geheimhaltung der Beratungen scharf gewahrt.

### Zur Haftung der Stadtgemeinde für Unfälle.

Der Hüttenarbeiter **G. v. Mansfeld** sucht gegen die Stadt-gemeinde **Mansfeld** Schadenersatzansprüche herzuweisen aus einem Unfall, den seine Frau am 13. Dezember 1905, abends um 6 Uhr, auf einer Straße namens „Hinter der Kirche“ erlitten hat. Infolge Legung eines Wasserleitungsnetzes befand sich an der bezeichneten Stelle ein zirka 60 Schritt langer, 1 1/2 Meter breiter und 1 Meter tiefer Graben. Dieser war nicht durch ein Geländer verwahrt und nur an den Stirnseiten beleuchtet; an den Längsseiten war nur die Erde aufgeworfen. Die Verunglückte, die vorstehend mit ihrem 10jährigen Knecht entlang ging, stieß an einen Stein und wollte ausweichen. Hierbei stürzte sie in den Graben, den Jungen mit sich ziehend. Für die erlittenen Beschädigungen berechnet der klagende Ehemann pro Tag 1 M. Ausgaben für die Verpflegung von eingetretenen Wirtschaftsbeschwerden. Die belangte Stadtgemeinde beruft sich auf ihre kontraktliche Uebertragung aller Vorkehrungsmaßnahmen an die den Wasserleitungsbaun ausführende Firma **A.**, welche ebenfalls vom Kläger mit in Anspruch genommen wird.

Das Landgericht **Halle a. S.** erkannte den Anspruch des Klägers gegen die belangte Stadtgemeinde dem Grunde nach für gerechtfertigt an. Es sieht als erwiesen an, daß der Graben weder eine ausreichende Umfriedigung hatte, noch genügend beleuchtet war. Die gegläubten Vertreter der Stadt hätten aber hierüber hinreichende Anordnungen treffen müssen und sich nicht auf die Sicherheitsmaßnahmen der bauausführenden Firma und die Kontrolle des Stadtbaumeisters darüber verlassen dürfen.

Auf die Verurteilung der Beklagten erkannte hingegen das Oberlandesgericht **Raumburg** auf Abweisung der Klage, indem es durch das Vorbringen der beiden Beklagten den Beweis dafür erbracht sieht, daß sie keine Verantwortung treffen. Was die belangte Stadtgemeinde anlangt, so hatte sie keineswegs für das Versehen ihrer Polizeibeamten, sondern hätten diese ein Verschulden selbst zu vertreten. Außerdem habe der Bauherr die Sicherung der Arbeiten übernommen. Dabei treffe zwar die Stadt-gemeinde eine Kontrollpflicht, welche sie aber dem Baumeister **A.** übertragen hatte. Hieraus habe sich die Beklagte jedoch verlassen können, und hebe es die im Verleth erforderliche Sorgfalt über-nommen, wenn man bei der konkreten Sachlage noch von den Vertretern der Stadt eine tägliche Kontrolle verlangen wollte.

Gegen dieses Urteil hatte der Kläger Revision eingelegt. Der VI. Zivilsenat des Reichsgerichts bringt zum Ausdruck, daß der Verurteilung wohl von richtigen Grundlagen bei seiner Beurteilung ausgehe. Jedoch hätte sich die Stadt-gemeinde nicht schlechthin auf das Gutdünken der Firma **A.** verlassen dürfen, wie auch nicht auf das allenfalls nötige eigene Eingreifen des Stadtbaumeisters. Vielmehr lag den Vertretern der Stadt die Pflicht ob, allgemein vorzuschreiben, inwieweit die Sicherung zu erfolgen habe. Denn es war voraus-zusehen, daß bei einem so langen Graben die Beleuchtung durch eine Laterne an der Stirnseite nicht ausreichte. Da jedoch in den Vorinstanzen auf diese Frage kein Gewicht gelegt worden war, mußte das Urteil aufgehoben und die Sache zur weiteren Entscheidung über diesen Punkt an das Oberlandesgericht zurückverwiesen werden.

## Verfammlungen.

Genosse **Eduard Bernstein** ersucht uns um die Mitteilung, daß er auf die Resolution, die am Dienstag in einer Versammlung des vierten Kreises angenommen wurde, soweit sie seine Person anbetrifft, im vierten Kreise selbst antworten werde.

## Vermischtes.

**Arbeiterlos.** Auf dem Eisenwerk in Neunkirchen geriet vorgestern abend der Hüttenarbeiter **Stoll** unter eine Lokomotive und erlitt darunter schwere Verletzungen, daß sein sofortiger Tod erfolgte. Der Verunglückte war 40 Jahre alt und hinterläßt sieben unmündige Kinder.

**Einmal eine vernünftige Polizeiverordnung.** Dem Verein für Radwettkämpfe in Dresden ist, wie der „Dresdener Anzeiger“ erfährt, von der Kreispolizeibehörde untersagt worden, künftig Rennen mit Motorführung zu veranstalten.

**Verstümmelt.** Auf der Zeche „Zollverein“ wurden gestern nacht zwei Bergleute verstümmelt. Bis gestern mittag war es nicht möglich, sie zu bergen. Man hörte noch schwache Lebenszeichen, die aber nur von einem der Verletzten ausgehen schienen. Die Rettungsarbeiten werden rastlos fortgesetzt.

**Zum Fall Denschel in München** wird noch berichtet, daß Wieder-hofer dem Untersuchungsrichter bereits ein teilweises Geständnis abgelegt hat. Wiederhofer gab an, daß sein früherer Zirkussekretär **Leopold Groß** den jungen Denschel ermordet hat, und daß sie die Leiche gemeinsam in das von dem früheren Raschmischer und Hausmeister **Jakob Meier** auf dem Jirulusgäule gegrabene Loch vergraben haben. Man nimmt an, daß Groß sich in Wien aufhält, die dortige Sicherheitsbehörde wurde telegraphisch aufgefordert, den Wörder zu verhaften. Bisher ist aber der Aufenthaltsort des Groß nicht festgestellt worden. Er soll sich zuletzt in Triest aufgehalten haben, seither ist es nicht gelungen, seinen Aufenthalt sicher festzustellen.

Eine Rolle in der Wodaffäre spielt auch der Kaufmann **Philipp Lahmann**, dieser soll sich gegenwärtig in Köln aufhalten.

**Wer ist der Mörder?** Unter dem Verdacht, den Ueberfall auf **Rich Lohse** im Mailänder Sammelzug verübt zu haben, wurde in einer Abtei ein junger französischer Priester verhaftet. Er war in Rom gewesen und vom Papste in Audienz empfangen worden. Einige Personen glauben in ihm den Täter wiederzuerkennen.

Die **Uloformierte Frau Dr. Meher**. Nach einer Meldung des „**A. Rap**“ wurde die Gattin des Wiener Advokaten **Dr. Meher** während der Eisenbahnfahrt von **Miloloz** nach **Budapest** von zwei Ritzeifenden Uloformierten und ihres Dammpäckchens, welches für 25 000 Kronen Pretiosen enthielt, beraubt. Als Frau Meher wieder zum Bewußtsein kam, waren die beiden Diebsegefahrten verschwunden. Auf der Bahn behauptet man aber, von einem Ueberfall nichts zu wissen!

**Schiffszusammenstoß.** Der Dampfer „**Tremona**“ aus Dundee, von **Edwards** nach **Spezia** bestimmt, ist, wie aus London berichtet wird, schwer beschädigt auf dem Tunesenflusse wieder eingetroffen. Er ist in der Nähe der Fortsbrekrüste mit dem deutschen Dampfer „**Spectra**“ zusammengestoßen, der ebenfalls, und zwar am Bug, schwer beschädigt ist. Von der „**Tremona**“ wird der erste Offizier vermißt.

**Seefranke.** Der Hamburger Schoner „**Wanderer**“, Kapitän **Schmaderer**, mit einer Zementladung von **Nalborg** nach **Niel** unterwegs, ist gestern morgen auf **Refsonedriff** gestrandet. Das Schiff ist voll Wasser und gilt als verloren. Die Mannschaft ist gerettet.

# Warenhaus Wilhelm Stein

Berlin N. 39, Chausseestraße 64, 65, 66.

Von Sonnabend, den 2. März, bis Dienstag, den 5. März cr.

so lange Vorrat

## Fleischwaren

Feinste Salamiwurst . . . . . Pfd. 1,05	Feinste Landleberwurst . . . . . Pfd. 0,90	Feinste harte Mettwurst . . . . . Pfd. 0,75
„ Cervelatwurst . . . . . „ 1,05	„ Fleischwurst . . . . . „ 0,90	„ Pomm. Rotwurst . . . . . „ 0,53
„ Kalbsleberwurst . . . . . „ 1,00	„ Westfälische Bratwurst . . . . . „ 1,00	„ „ Zwiebelleberwurst . . . . . „ 0,53
„ Jagdwurst . . . . . „ 1,00	„ Braunschweiger Mettwurst . . . . . „ 0,95	„ „ Gänsebrust . . . . . „ 1,40

Pomm. Gänsepökelfleisch Pfd. 0,70.

Feinster Kasseler Rippespeer Pfd. 0,85.

**Zucker 5 Pfd. 0,95.**

Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

## Gebrannter Kaffee

Mischung:	IV	III	II	I
	0,90	1,10	1,30	1,50

Unsere Marken sind der vorzügl. Qualität wegen allseits bevorzugt.

**Nathan Wand**  
129 Stalitzerstr. 129.  
Die schönsten 33872\*  
**Herren-Sommer-Paletots und Anzüge** in neu sowie speziell  
**Monats-Garderobe**  
von Kavallieren getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Bauanzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.  
**Nathan Wand**  
129 Stalitzerstr. 129.  
Hochachtungsvoll Rothbuser Tor.  
Bitte auf Hausnummer zu achten.

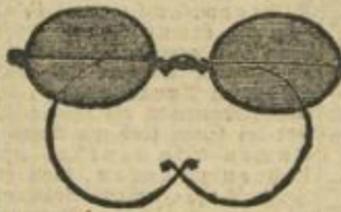
Unerreicht an Wohlgeschmack



**ZARI**  
2/3  
Cigarette

Cigarettenfabrik TUMA Dresden, gegr. 1876.

4075L. Weltbekannt sind **Rathenower Augengläser.**



Echt Rathenower Brillen 1,00  
Pincenez (echt Nickel) M. 1,50  
„ Double . . . . . 5,00  
„ Gold . . . . . 12,00  
„ Schildpatt . . . . . 4,50  
Opern- u. Reise gläser v. 6,00 an  
Barometer, garant. gute Werkk., von 6,00 an

**A. Grün, Optiker,**  
Brunnen-Straße 4  
— am Rosenthaler Tor. —

Englischen Unterricht, einzeln und im Zirkel, 36372\*  
**Gertrud Swienty,**  
Schöneberg, Sedanstraße 67, III.

**Achtung!**  
Maurer-Anzüge  
Arbeiter-Kleidg.  
umgezogen n. d.  
Brunnenstraße 158.  
Gelber Laden.

# Eröffnung unseres Kaufhauses

Sonnabend, den 2. März, nachmittags 4 Uhr.

Wir bringen folgende Gegenstände zu äußerst billigen Preisen zum Verkauf:

- |               |                  |               |
|---------------|------------------|---------------|
| Kleiderstoffe | Damenkonfektion  | Wollwaren     |
| Baumwollwaren | Blusen           | Kurzwaren     |
| Leinenstoffe  | Kostümröcke      | Passementerie |
| Seidenstoffe  | Kinderkonfektion | Spitzen       |
| Gardinen      | Damenputz        | Korsetts      |
| Teppiche      | Putzartikel      | Handschuhe    |
| Tischdecken   | Kindermützen     | Weißwaren     |
| Damenwäsche   | Tapisserien      | Schürzen      |
| Herrenartikel | Trikotagen       | Gürtel        |

**Gebr. Preuss,** Beussel-Straße, Ecke Hutten-Straße  
Mitglied sämtlicher Sparvereine.

Am Eröffnungstage erhält jeder Käufer ein wundervolles Geschenk

Außerdem beim Einkauf von 8 M. an einen prachtvollen Karton enthaltend 1/2 Dtzd. Ia Linon Taschentücher

Erste deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinnen-Interessen.

Die Tagung, welche bürgerliche Sozialreformer und Angehörige der bürgerlichen Frauenbewegung unter dem obigen Titel veranstaltet haben, wurde gestern Vormittag im großen Hörsaal der Akademie eröffnet. — Frau Friedenthal leitete die Verhandlungen mit einer Ansprache ein, in der sie die Bestrebungen und das Programm der Konferenz darlegte. Ein Hauptzweck der Konferenz sei: das gebildete Publikum zu überzeugen, daß die Lage der Arbeiterinnen verbessert werden muß. —

Die Lohnfrage der gewerblichen Arbeiterin ist als erster Beratungsgegenstand auf der Tagesordnung. Die erste Referentin, Dr. Alice Salomon, beleuchtete die schlechte Lage der Lohnarbeiterinnen. In der Hauptsache trat die Referentin dafür ein, daß die weibliche Arbeit besser entlohnt werde. Das wird dadurch erreicht, daß die bisher mindere Leistungsfähigkeit der Arbeiterin gehoben werde, so daß sie der des Mannes gleichkomme. Höhere Löhne würden nicht dadurch erreicht, daß sie gefordert werden, sondern dadurch, daß man daselbe leistet wie der eher entlohnte Konkurrent.

Die zweite Referentin, Helene Simon besprach die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation, als Mittel, das Lohnniveau zu heben. Unverzichtbar sei eine gesetzliche Schutz. Neben der Forderung sei eine Hebung der Kaufkraft der Löhne angestrebt durch Käuferorganisationen — Konsumvereine. Weiter sei nicht nur berufliche, sondern auch hauswirtschaftliche Fortbildung erforderlich.

Frau Braun, als erste Diskussionsrednerin, bemerkte, sie spreche nicht im Auftrag einer Organisation oder Partei, sondern nur in ihrer Person. Die Rednerin bedauert, daß die freien Gewerkschaften hier nicht offiziell vertreten sind, sie hoffe, der Verlauf dieser Konferenz werde beweisen, daß auch den freien Gewerkschaften die Teilnahme an derselben gut und nützlich sein würde. Sie selbst, sagte die Rednerin, begrüße die Konferenz mit großer Freude, insbesondere deshalb, weil vor der Tatsache eines überordentlich reaktionären Reichstages stehen. Sie möchte auch darauf aufmerksam machen, daß schon seit Jahren im Anschluß an die sozialdemokratischen Parteitage Frauenkonferenzen abgehalten wurden. Da sind Beschlüsse und Resolutionen gefaßt worden, die für die Sozialreform von weittragender Bedeutung sind und sich im wesentlichen mit dem denken dürfen, was hier vertreten wird. Es ist zwar richtig, daß die Interessen der Arbeiterinnen in gewissem Maße mit den allgemeinen Fraueninteressen zusammenfallen, in der Hauptsache aber stehen die Arbeiterinnen den Männern ihrer Klasse viel näher als den Frauen der bürgerlichen Klasse. — Die Rednerin ging nun zu einer Besprechung der Leitfrage der Vorträge über. Es müsse mit Nachdruck gefordert werden die gesetzliche Einführung des Zehn-Stunden-Tages, dem mit der Zeit der Neunstunden- und der Achtstundentag zu folgen hat. — Die in den Leitfragen geforderte Pflege der besonderen weiblichen Anlagen sei nicht zu billigen, denn es würde zur weiteren Verabredung des weiblichen Geschlechts beitragen.

Die Vorsitzende, Margarete Friedenthal, bemerkt, die Forderungen, welche die Vortragsrednerin vorgetragen, seien in einer Resolution enthalten, die der Konferenz nach dem dritten Referat vorgelegt werden sollte. Es sei aber doch besser, die Resolution sogleich zu verteilen. — Das geschieht. — Die Resolution lautet:

Als dringende praktische Forderungen zur Hebung der Lohnlage und Lebenshaltung der Arbeiterinnen fordert die Konferenz: I. Soziale Hilfe. a) Kürzung der Arbeitszeit. Zunächst den Zehn-Stunden-Tag. b) Erweiterung des Schwangerschafts- und Wochenruheschutzes mit entsprechend ausgedehnter Krankenunterstützung. c) Schutz der Arbeiterinnen in Hausindustrie und Heimarbeit.

II. Selbsthilfe. Die Konferenz tritt für die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisation der Frauen ein. a) Als Vorbedingung der Selbsthilfe fordert die Konferenz vom Staate die Gewährung und Sicherung der Koalitionsfreiheit. b) Zur Förderung der Selbsthilfe verlangt die Konferenz die gesetzliche Regelung des Tarifvertrages.

III. Vorbildung. Die Konferenz hält es für notwendig, den Mädchen, ganz unabhängig davon, ob sie vorübergehend oder dauernd beruflich tätig sind, eine den Anforderungen des Berufslebens entsprechende, der männlichen gleichwertige Vorbildung zu gewähren. Auf diesem Wege kann erreicht werden, daß die Arbeiterinnen nicht mehr auf Grund allgemein geringerer Leistungen in ihrer Eigenschaft als Frau niedriger entlohnt werden als der Mann. Unter diesem Gesichtspunkte fordert die Konferenz auch von Staat und Gemeinde obligatorischen weiblichen Fortbildungsunterricht. Auch fordert die Konferenz, unabhängig davon, ob das Mädchen später Hausfrau und Mutter wird oder nicht, einen obligatorischen hauswirtschaftlichen Unterricht, damit die Arbeiterin in der Lebenslage ihren Lohn in wirtschaftlicher Weise anzunehmen imstande ist.

Dr. Kay-Hamburg vertret die Forderung der gemeinsamen gewerkschaftlichen Organisation für beide Geschlechter. Weiter führte der Redner aus, er vermisse hier eine Vertretung der Arbeiter, ohne deren Teilnahme man doch nicht über Arbeiterinneninteressen beraten könne. (Zuruf: Die sind eingeladen.) Das weiß ich, aber es ist doch begrifflich, daß sich die großen Organisationen der freien Gewerkschaften nicht von anderen ins Schlepp nehmen lassen.

Die Vorsitzende, Margarete Friedenthal, sagt dazu: Vor der Konferenz haben wir die Vertreter der freien Gewerkschaften zu einer unerbittlichen Besprechung eingeladen. Unsere Einladung ist jedoch abgelehnt worden. Wir wissen uns frei von dem Vorwurf, eine Gruppe der Arbeiter ausgeschlossen zu haben.

Reichstagsabgeordneter Dr. Fleischer, Vertreter des Verbandes katholischer Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen, führt unter anderem aus: Obwohl wir auf dem Boden einer gesonderten Frauorganisation stehen, nehmen wir an dieser Konferenz teil, um die aufgestellten praktischen Forderungen mitzutreten. Lohnfragen seien nicht Nachfragen sondern Nachfragen.

Im weiteren Verlauf der Debatte sprach unter anderen Margarete Behm, eine Vertreterin der christlichen Organisation, die unter lebhaftem Beifall sagte, es gebe außer den freien Gewerkschaften noch andere Organisationen, deren Existenz auch berechtigt sei.

Reichstagsabg. Dr. David polemisiert gegen Dr. Fleischer. Die christlichen Organisationen beständen doch schon seit 2000 Jahren, sie hätten für die Arbeiter noch nichts geleistet. Wenn die freien Gewerkschaften, die erst seit 40 Jahren bestehen, ein Lebensalter von 2000 Jahren hätten, dann bräuchten wir diesen Kongreß nicht mehr. Die Resolution fordere nichts, was nicht von der Sozialdemokratie schon seit Jahrzehnten gefordert wird. Doch sei die Erfüllung dieser Forderungen nur als Abschlagszahlung anzusehen.

Frau Klausner trat für paritätische Arbeitsnachweise und Dr. Abelsdorf für Tarifgemeinschaft ein.

Reichstagsabg. Rostke kennzeichnete die bisherige Sozialgesetzgebung als unzulänglich. Er vertret gegenüber Dr. Fleischer den Standpunkt, daß Lohnfragen Nachfragen sind. Um die Interessen der Arbeiter zu fördern, müßten die Kräfte so viel wie möglich zusammengeschlossen werden. Verleßt sei es, die Arbeiterinnen gesondert zu organisieren. Das Sinken der Arbeiterinnenlöhne könne nur verhindert werden, wenn Arbeiter und Arbeiterinnen in gemeinsamer Organisation ihre Interessen vertreten.

In der Nachmittagsitzung stand das Thema: Die hausgewerbliche Ausbildung der Arbeiterin

auf der Tagesordnung. Die Referentin, Dr. Marie Baum, in der Hauptsache fordert die Rednerin Reformen, welche es den weiblichen Arbeiterinnen ermöglichen, eine ebenso gründliche Fachausbildung wie die männlichen Arbeiter zu genießen, sowohl in praktischer Lehrzeit wie in Fortbildungs-, Fach- und Gewerkschulen, damit auch leitende Stellen in gewerblichen und Fabrikbetrieben durch Frauen und Mädchen besetzt werden können. Daneben trat die Referentin auch für hauswirtschaftlichen Unterricht in den Volksschulen ein, da ja doch ein Teil der Frauen ihren Lebensberuf in Erfüllung der Hausfrauenpflichten finden.

Da in der Vormittagsitzung nicht alle gemeldeten Diskussionsredner zum Wort gekommen waren, so erstreckte sich die nun folgende Debatte zunächst auf die beiden am Vormittag gehaltenen Vorträge. Unter den vielen Rednern und Rednerinnen trat eine Frau Fabian auf, die sich als Arbeiterin aus Sagan bezeichnete. Sie führte aus, in ihrer Heimat seien die Löhne der Männer so niedrig, daß die Frauen gezwungen seien, für den Erwerb zu arbeiten. Aber auch die Arbeiterinnen verdienen selten mehr wie 6 M. in der Woche. Die Hauptsache sei, daß die Männer höhere Löhne bekommen, damit die Frauarbeit ganz fortfallen könne.

Frl. Wisniewska sagte unter anderem, es sei nicht richtig, daß der Erwerb der Frau oft nur einen Aufschlag im Haushalt bilde. Solange selbst ordentliche Arbeiter 25 Proz. ihres Lohnes für Alkohol ausgeben, sei die Frau die Erhalterin der Familie und der Mann gebe ihr nur einen Aufschlag. — Die Rednerin trat für besondere Organisationen der Arbeiterinnen ein. Diesen Standpunkt vertret auch noch eine andere Rednerin unter lebhaftem Beifall. — Dr. Kay trat dem Gedanken der weiblichen Sonderorganisation entgegen mit dem Hinweis, daß Lohnbewegungen und Tarifverträge gemeinsame Organisationen von Arbeitern und Arbeiterinnen zur Voraussetzung haben. — Nach einem Schlusswort der Damen Alice Salomon und Helene Simon wurde die Diskussion über das Referat von Frl. Baum eröffnet. Diefelbe war nur kurz. Grundsätzliche Einwendungen gegen die von der Referentin aufgestellten Forderungen wurden nicht erhoben. Simon Rayenstein führte aus, man könne mit den Leitfragen des Referats einverstanden sein, jedoch werde die praktische Durchführung derselben auf Widerstand stoßen.

Nach dem Schlusswort der Referentin erfolgte die Abstimmung über die vorliegende Resolution. Zu Absatz Ia: „Kürzung der Arbeitszeit, zunächst den Zehn-Stunden-Tag“ beantragt V. Braun: „Schleunigste Einführung des Zehn-Stundentages unter der Voraussetzung einer weiteren allmählichen Herabsetzung zunächst auf 8, dann auf 6 Stunden.“ — Der Antrag Braun wurde gegen wenige Stimmen abgelehnt.

Nun Absatz Ic: „Schutz der Arbeiterinnen in Hausindustrie und Heimarbeit“ beantragt V. Braun einen Zusatz: „im Sinne der vom Heimarbeiterskongreß beschlossenen Forderungen.“ — Dieser Antrag entfiel nach einer längeren Debatte. Gegen denselben wird eingewandt, daß den hier Anwesenden die Forderungen des Heimarbeiterskongresses nicht bekannt sind, sie auch nicht dafür stimmen könnten. Einige Rednerinnen, denen die Forderungen bekannt sind, hatten auch Bedenken gegen Annahme des Antrages.

Braun, V. Braun zieht schließlich ihren Antrag zurück, nachdem Frl. Baum beantragt hatte, die wesentlichen Forderungen des Heimarbeiterskongresses in die Resolution einzuführen und dem Absatz Ic hinzuzufügen: „Einführung von Heimarbeit, Unterstützung unter der Gewerbeaufsicht, Ausdehnung der Kranken- und Invalidenversicherung auf die Heimarbeiter.“ — Dieser Antrag wird angenommen.

Zu Absatz IIa beantragt V. Braun: Sicherung des Koalitionsrechts für alle in der Industrie, dem Handel, der Landwirtschaft und im häuslichen Dienst beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.“

Alice Salomon wendet sich gegen den Antrag, Dr. Fleischer schließt sich dem an. — Nach weiterer Debatte wird der Antrag Braun gegen wenige Stimmen abgelehnt. — Hierauf beantragt ein Vertreter der Hirsch-Dunderschen Richtung, das Koalitionsrecht zu fordern „für alle gegen Entgelt beschäftigten Personen“. Gegen diesen Antrag werden dieselben Einwände gemacht wie gegen den Antrag Braun. Alice Salomon und Margarete Friedenthal verwahren sich dagegen, daß sie den Landarbeitern und Dienstboten das Koalitionsrecht vorenthalten wollten, sie seien nur deshalb gegen den Antrag, weil er nicht in das Programm der Konferenz passe. — V. Braun sagte dagegen, man solle sich doch nicht auf solche Spitzfindigkeiten berufen. Wer es mit dem Koalitionsrecht ernstlich meine, der müsse dessen weitestgehende Ausdehnung fordern, wo sich immer die Gelegenheit dazu biete. — Auch der Hirsch-Dundersche Antrag wurde fast einstimmig abgelehnt. — Zum Absatz III der Resolution wurden noch einige weniger bedeutungsvolle Zusätze beschlossen und dann die ganze Resolution angenommen.

Table with 2 columns: Stationen and various numerical data points representing market prices for various goods like flour, oil, and other commodities.

Witterungsübersicht vom 1. März 1907, morgens 8 Uhr.

Table showing weather forecast data for various stations including temperature, wind, and precipitation.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 2. März 1907. Vielwolke, nachts leichter Frost, am Tage mild bei mäßigen südwestlichen Winden; keine oder unbedeutliche Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Jedes Wort 10 Pfennig. Es erste Wort (mitgedruckt) 20 Pf. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf.; das erste Wort (mitgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annehmstellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 49, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe. Teppiche mit farbigen Flecken, Bettdecken, Gardinen, etc. Various items for sale with prices.

Wandbilder, Bildergalerien, etc. Various art and decorative items for sale.

Wandbilder, Bildergalerien, etc. Various art and decorative items for sale.

Wandbilder, Bildergalerien, etc. Various art and decorative items for sale.

Wandbilder, Bildergalerien, etc. Various art and decorative items for sale.

Wandbilder, Bildergalerien, etc. Various art and decorative items for sale.

